

Der 62. Städtetag



30. Mai bis 1. Juni 2012

GRENZEN DER ÖFFENTLICHEN LEISTUNG

KOMMUNALE FINANZEN

ZUKUNFT STADTREGION

BÜRGERBETEILIGUNG

GENERALSEKRETÄR



Städtetag: Nicht nur Sparen, sondern gemeinsam Wachsen

Der 62. Städtetag in Dornbirn bietet einmal mehr den Rahmen für einen regen Austausch, österreichweite Vorzeigebispiele und die volle Aufmerksamkeit von Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. In Zeiten knapper werdender Finanzmittel gilt es, Effizienzpotenziale zu nutzen: diese werden von Städten und Gemeinden beispielsweise durch das Bilden von Gemeindekooperationen bereits seit geraumer Zeit wahrgenommen. Der eingeschlagene Weg muss aber auch weiter verfolgt werden. Es bedarf einer verstärkten Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Gemeinden.

Doch nicht nur auf der Seite der Städte und Gemeinden sollte ein Umdenkprozess gestartet werden. Auch Bund und Länder, die in jüngerer Vergangenheit immer wieder Aufgaben und Mitfinanzierungsverpflichtungen den Städten und Gemeinden überantwortet haben, sollten neue Überlegungen anstellen. Umlagen und Beiträgen dürfen maximal im selben Umfang steigen wie die Ertragsanteile. An dieser Stelle danke ich Bürgermeister Wolfgang Rümmele und der Stadt Dornbirn für die Organisation und professionelle Zusammenarbeit vor Ort und wünsche allen TeilnehmerInnen drei intensive Tage voller Impulse und Informationen.



Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

- 2 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Nicht nur Sparen, sondern gemeinsam Wachsen
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Willkommen beim 62. Städtetag
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 4 *Interview mit Hannes Swoboda*
Trotz Emotionen Ergebnisse bringen
- 6 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 14 *Bürgermeister Wolfgang Rümmele*
Willkommen in Dornbirn
Der 62. Städtetag in Vorarlbergs größter Stadt
- 15 Städtetag 2012 in Dornbirn
Das Motto: „Stadt: Titel ohne Mittel!“
- 16 Wirtschaftsstadt mit hoher Lebensqualität
Stadtplanung, die funktioniert
- 18 „Dorobioro“ am Puls der Zeit
Dornbirn ist ein innovatives Zentrum
- 20 „ausgewogen 2015“
Ein Projekt zur nachhaltigen Budgetsanierung
- 22 Verwaltungsreform im Rathaus
„Verwalten & gestalten“ für eine moderne Stadtverwaltung
- 23 Dornbirner Umweltprogramm
Konkrete Maßnahmen für die Umwelt
- 24 Zehn Jahre Familienleitbild
Erfolgreiche Familienpolitik in Dornbirn
- 25 Pflege und Betreuung
Ein umfassendes Konzept für eine positive Entwicklung
- 26 Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik
Das Integrationsleitbild der Stadt Dornbirn

INHALT

- 27 Europa-Infostelle
Vorsprung durch Information
- 30 *Reinhard Troper*
Europa: Erstes EU-Städteforum
Cities, what else?
- 32 Was denken Österreichs SchülerInnen?
Die Europäische Bürgerinitiative
- 34 Aktives Altern 2012
Europäisches Jahr für aktives Altern und Generationensolidarität
- 35 *Mitglied des Europäischen Parlaments*
MdEP Josef Weidenholzer
Engagement für die Zivilgesellschaft
- 38 Magazin: www.sozialinfo.wien.gv.at
BürgerInnennah und immer aktuell
- 39 *Johannes Schmid*
„Bluten“ unsere Städte aus?
Tagung des Rechtsausschusses in Innsbruck
- 42 *Manuel Köfel*
Transferrechner für Österreichs Städte
Für Transparenz zwischen Ländern und Gemeinden
- 43 Amtstafel
Zahlreiche Neuerungen zum einjährigen Jubiläum
- 44 *Elke Atzler*
Die Europäischen Kulturstraßen des Europarates
Kulturstraßen verbinden die Gemeinden Europas
- 45 Weitere Magazinbeiträge
Literatur, Finanzen

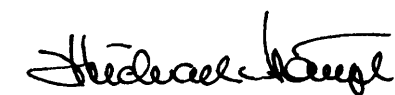
IMPRESSUM: ÖGZ, Österreichische Gemeinde-Zeitung Ausgabe Nr. 5/2012 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993, Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Gesellschaft m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Redaktion der Österreichischen Gemeindezeitung: Mag.ª Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Cover: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges.m.b.H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2012: 10 Ausgaben • Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungs-wesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung • Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

PRÄSIDENT



Willkommen beim 62. Städtetag

Als Präsident des Österreichischen Städtebundes heiße ich Sie herzlich beim 62. Städtetag in Dornbirn willkommen. Das diesjährige Generalthema lautet „Stadt: Titel ohne Mittel!? Kommunale Leistungen: Ja, bitte! Aber wer zahlt's?“. Nicht nur die Wirtschaftskrise hat die Position der Städte enorm geschwächt. Durch das enge finanzielle Korsett wird der Spielraum für neue Aufgaben, die der Bund an Länder und Gemeinden delegiert, sehr eingeschränkt. Österreichs Städte und Gemeinden tragen schon jetzt wesentlich zur Budgetkonsolidierung bei, indem sie sich im Stabilitäts-pakt zu einer Neuverschuldung von Null Prozent verpflichtet haben. Städte und Gemeinden müssen ihre Investitionstätigkeit aufrecht erhalten können. So brauchen wir bei der Grundsteuer ein einfaches, transparentes System, das den Kommunen Planungssicherheit gibt. Nur so können Städte wieder als Investoren fungieren und jene Leistungen erbringen, die sich Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten: Eine funktionierende Infrastruktur mit attraktiven Arbeitsplätzen, Schulen, Kindergärten sowie dem öffentlichem Nahverkehr. Es gilt, alles daran zu setzen, kommunale Leistungen aufrechtzuerhalten, die soziale Balance zu stärken und die Lebensqualität auszubauen.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes



Trotz Emotionen Ergebnisse bringen

Die wirtschaftliche Schräglage Europas ist längst in den hiesigen Kommunen spürbar. Die ÖGZ hat Europaabgeordneten Hannes Swoboda zum Gespräch bezüglich aufgeladener Infrastrukturdebatten, der Zukunftsherausforderungen der Kommunen und des Verhältnisses der Politik zur Ehrlichkeit gebeten.

Städte stehen vor großen demographischen Veränderungen, die etwa in Form von Pflege und Gratiskindergärten auch monetär schlagend werden. Gleichzeitig bekommen Städte in ihren Budgets auch die Krise zu spüren. Wie ist mit diesem Widerspruch umzugehen? Wir stecken grundsätzlich in einer Wirtschaftskrise, die auch die Städte stark betrifft. Dazu kommt, dass Europa einem deutlichen Verstärkerprozess unterliegt. Die demographischen Veränderungen, etwa durch Migration, werden meiner Meinung nach trotz der Krise nicht aufhören und daher werden diese Probleme nicht kleiner werden. Was man auf jeden Fall tun muss, ist die Verteilungsfrage zur Diskussion zu stellen. Wir kommen nicht daran vorbei, die vermögenden Schichten mit einem größeren Beitrag zur Gesamtfinanzierung einzubeziehen – was angesichts gesellschaftlicher Parameter wie Sicherheit und sozialer Ausgeglichenheit auch von deren eigenem Interesse ist. Gesunde Wohnverhältnisse oder die Erhaltung der Natur: das sind Dinge, die kosten dementsprechend. Ohne ein stärkeres Gleichgewicht herzustellen, so wie wir es vor 10 bis 15 Jahren hatten, werden wir die Finanzkraft der Städte nicht stärken können. Und um soziale Verwerfungen zu vermeiden, müssen Leistungen wie etwa Gratiskindergärten gesamtgesellschaftlich finanziert werden.

Nun werden Stimmen laut, die die Synchronisierung von Stabilitätspakt und Finanzausgleich fordern, um budgetär besser planen zu können. Das gibt dem Sparen zwar Struktur, aber füllt keine Finanzlöcher ... Ich hätte nichts gegen eine solche Angleichung. Wir müssen aber gleichzeitig eine ordentliche Wachstumspolitik betreiben

und immer an die notwendige Verknüpfung von europäischer, nationaler und kommunaler Politik denken. Wir können nicht das eine ohne das andere machen. Daher fordere ich auch gerade im Interesse der Gemeinden eine viel stärkere Wachstumspolitik. Denn wenn in Europa eine falsche Politik gemacht wird, hat das eben Rückwirkungen auf die Gemeindefinanzen.

Blickt man nach Deutschland, ergeben sich für manche Kommunen unangenehme Szenarien. In manchen Orten im Ruhrpott wird nachts das Licht abgedreht. Der Gemeinde Ochtrup im Münsterland wurde unlängst von der Bank ein Kredit verweigert. Wie gut oder schlecht stehen nun österreichische Gemeinden in der EU da?

Zum einen wurde in vielen österreichischen Gemeinden hinsichtlich der Budgetentwicklung eine verantwortungsvolle Politik betrieben. Man hörte rechtzeitig auf, Geld in Dinge zu stecken, die zwar prinzipiell finanzierbar sind, deren laufender Betrieb jedoch nicht mehr machbar war. Und wir haben eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung. Deutschland und Österreich sind dennoch positiv, da sie über entsprechende Industriezweige verfügen und eine relativ geringere Arbeitslosigkeit aufweisen. Österreich hat sogar die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Doch wenn wir Vergleiche mit dem Ruhrgebiet anstellen, müssen wir uns die Situation dort, wo die VOEST früher war ansehen. Man hat erwartet, dass alles den Bach runter geht. Doch die VOEST wurde wunderbar umstrukturiert. Und zwar in Form einer Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, was für viele andere Länder ein Vorbild sein sollte.

Es werden den Gemeinden Zusammenlegungen von Infrastruktureinrichtungen empfohlen. Damit verbunden ist ein enormer emotionaler Zugang der Bevölkerung und der Entscheidungsgremien. Wie kann man da zu einer gewissen Sachlichkeit übergehen?

Ich glaube, die Politikerinnen und Politiker müssen Mut haben. In der Steiermark wurde es ja gezeigt. Da wurden trotz dieser Emotionen Ergebnisse gebracht. Ich glaube, wenn die Vorschläge vernünftig sind und nicht die wesentlichen Lebensgrundlagen zerstören, und wenn die Leute sehen, dass die Reformen von politischen Kräften gemeinsam verantwortet werden, sind alle bereit, solche Reformen einzugehen. Das gilt für das Gesundheitswesen ebenso wie für die Administration. Die Steiermark gibt in vielen Fällen ein gutes Beispiel ab.

Sie haben bereits im Jahr 2004 vor Privatisierungen im Infrastrukturbereich gewarnt. Nun hat Portugal im Zuge der Krise bereits Teile des Stromnetzes an China verkauft. Wie steht es um das Verhältnis zwischen Neoliberalismus und Krise?

Krisen spielen direkt in die Hände des Neoliberalismus bzw. werden Krisen durch eine neoliberale Politik verschärft. Dann kommt es eben zu solchen abstrusen Phänomenen, wie im Fall von Portugal, wo gesagt wird: Besser die Chinesen als die Deutschen, weil die Deutschen für die Portugiesen eine unsympathische Politik betreiben. Das ist eine echte Katastrophe.

Nun ist es so, dass es innerhalb der EU eine kulturelle Frage ist, welche Formen der Daseinsvorsorge von den Kommunen zu bedienen sind. Ist es dadurch nicht schwierig, über Kommunen EU-weit zu sprechen?

Natürlich kann man über solche Dinge diskutieren. Aber im Zuge einer Bewegung, die den Menschen demokratische Rechte und Möglichkeiten zurückgeben möchte, spielen die Kommunen ohnehin eine sehr große Rolle im alltäglichen Bereich. Kommunen müssen sich überlegen, wie man junge Leute anspricht und einbezieht oder etwa Sport als Integrationsmaßnahme verwendet. Kommunen sind vom traditionellen Schwimmbad- und Straßenbau schon etwas weggekommen – auch wenn das wichtige Dinge sind. Doch das auseinanderklaffen von Lebenswelten, der Aufbruch von Gesellschaft oder Migration, das sind wichtige Aufgaben, die von

Kommunen wieder zu entdecken sind. Dann bekommen diese auch mehr Unterstützung.

Sie haben im Jahr 2008 ehrliche Worte gefunden, und davon gesprochen, dass es das Geld zur Krisenabsicherung in dieser Form nicht gibt und wurden dafür durchaus kritisiert. Ist die Wirtschaftskrise auch eine Wahrheits- und Bewusstseinskrise?

Politik ist in vielen Fällen viel zu unehrlich. Die Menschen vertragen mehr Ehrlichkeit. Deshalb muss auch deutlich gesagt sein, dass es mit dem Sparen nicht erledigt ist. Wir müssen kombinieren. Wir brauchen mehr Entwicklung, mehr Be-

schäftigung und wir müssen dort sparen, wo zuviel ausgegeben wird. Etwa bei hypertrophen Verwaltungen oder eben dort, wo man Infrastruktur gemeinsam benutzen kann. Das sind kommunizierende Gefäße: Und genau da muss die Politik ehrlich sein. Ich finde es grotesk, was wir mit kleinen Spitälern aufführen. Wo wir doch alle wissen, dass die Versorgung schlechter ist als in einem gemeinsamen Spital. Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger für Sparmaßnahmen bereit sind, wenn diese begründet sind, und Grundwerte wie soziale Sicherheit oder die Gesundheitsversorgung gewährleistet sind.

Das Interview führte Johannes Luxner



FINANZIERUNGSNÖTE DER STÄDTE

Vor Kurzem traf sich Wiener Neustadts Bürgermeister Bernhard Müller in Wien zu Arbeitsgesprächen mit zwei hochrangigen BundespolitikerInnen. Am 2. März stattete das Stadtoberhaupt Staatssekretär Josef Ostermayer einen Besuch ab. Inhalt der Gespräche im Bundeskanzleramt waren die akuten Finanzierungsnöte der Städte und Gemeinden. Außerdem präsentierte er dem Bundespolitiker Vorschläge für eine Verwaltungsreform. Ostermayer sagte Unterstützung zu. Auch die Unterredung mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer rund ein Monat zuvor stand ganz im Zeichen der finanziellen Lage der österreichischen Kommunen. Weitere Gespräche wurden vereinbart.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer
im Gespräch mit Wiener Neustadts
Bürgermeister Bernhard Müller



KOMMUNALWIRTSCHAFTSFORUM: DEMOGRAPHISCHER WANDEL IST GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

„Der demographische Wandel ist für Städte und Gemeinden eine große Herausforderung“, sagte Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, bei der Eröffnung des Kommunalwirtschaftsforums in Velden.

„Schon jetzt macht sich bemerkbar, dass sich aufgrund der demographischen Veränderungen die Nachfrage nach altersspezifischen Leistungen der Städte und Gemeinden verändert, und jeweils individuelle Anpassungsmaßnahmen erforderlich

werden. Durch Zuzug (aus dem ländlichen Raum innerhalb Österreichs, aber auch durch Migration von außerhalb) und durch die demographischen Veränderungen muss die lokale und regionale Infrastruktur in Frage gestellt werden und neu entworfen werden“, kündigte Weninger an.

So sei die Pflege schon jetzt eine schwierige finanzielle Herausforderung für Städte und

Gemeinden: Derzeit wird ein Teil der Pflegekosten durch die Sozialhilfe aufgebracht. Die Sozialhilfe, als Aufgabe der Bundesländer, wird in Form von Umlagen durch die Städte und Gemeinden mitfinanziert, zum Teil zahlen die Kommunen bis zu 100 Prozent.

„Diese Ausgaben, die innerhalb der Gemeindebudgets um ein Drittel angewachsen sind, tragen wesentlich zu den Schulden bei, die Städten und Gemeinden inzwischen über den Kopf wachsen“, warnte Weninger.

WIENER NEUSTÄDTER HANDY-PARKEN WIRD AUSGEBAUT – TEST FÜR „ONLINE TICKET“!

Das beliebte Wiener Neustädter Handy-Parken (bisher haben sich 650 NutzerInnen registriert) wird in den nächsten Monaten um die Funktion „Online Ticket“ ergänzt. Derzeit arbeiten die ExpertInnen von der FOTEC und der WNSKS Parken mit Hochdruck an der Erweiterung der maßgeschneiderten Lösung, die von der FH-Forschungstochter FOTEC entwickelt wurde. Bereits am 3. April hat der Testbetrieb für die Neuerungen begonnen. Künftig wird es möglich sein, ein Guthaben für die Parkgebühr auch online zu erwerben. Im Internet entsteht derzeit ein Portal, das den Vorverkauf ergänzen wird und mittels Kreditkarte, PayPal und eps Online-Überweisung funktioniert. Handy-ParkerInnen können sich künftig online registrieren und zu einem bestehenden oder neuen Parkkonto Geld in verschiedenen Staffeln aufladen. Dabei entsteht auch eine Infoplattform über Tarifzeiten und Zonengrenzen. Ziel ist die Umsetzung bis Sommer 2012. Es wird angedacht, auch die parkenden AnrainerInnen in das Handy-Parken-System zu integrieren.

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf www.wnsks.at/de/parkraumbewirtschaftung/handy-parken/

ERSTER GEDÄCHTNISPARCOURS IN VORARLBERG

Der erste Gedächtnisparcours in Vorarlberg wurde am 13. April am Dornbirner Achdamm offiziell eröffnet. Als Modellgemeinde der „Aktion Demenz“ möchte die Stadt Dornbirn mit dieser Einrichtung Menschen aller Altersgruppen für das Thema Demenz sensibilisieren und ein „Trainingsgerät“ bzw. Tipps anbieten.

Weitere Informationen zum Gedächtnisparcours und zur Aktion Demenz erhalten Sie beim Amt der Stadt Dornbirn, Tel. 05572/306-3200, www.aktion-demenz.at.

STÄDTEBUND BERÄT ÜBER KONSOLIDIERUNGSMASSNAHMEN DES BUNDES

Die Konsolidierungspläne der Bundesregierung waren auch Thema der Diskussionen der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes, die vor Kurzem in Wien tagte. „Österreichs Städte und Gemeinden tragen schon jetzt wesentlich zur Budgetkonsolidierung bei, indem sie sich im Stabilitätspakt zu einer Neuverschuldung von Null Prozent verpflichtet haben“, sagte Bürgermeister Michael Häupl, Präsident des

„Die Grundsteuer ist die zweitwichtigste Steuer der Gemeinden und ist aufgrund der jahrzehntelangen Nicht-Aktualisierung der Einheitswerte bereits mehrfach vom Verfassungsgerichtshof kritisiert worden“, sagte Michael Häupl.

Österreichischen Städtebundes, und forderte eine Akkordierung von Finanzausgleich und Stabilitätspakt: „Man kann nicht künftige Ausgaben planen, ohne die Einnahmen zu kennen“, meinte Häupl.

„Der vorliegende Entwurf des Stabilitätsgesetzes 2012 enthält im Bereich der Umsatzsteuer Regelungen, die massive Mehrbelas-

tungen für Städte und Gemeinden nach sich ziehen: Der Verlust des Vorsteuerabzugs bedeutet, dass Investitionen in Schulen und andere Bildungseinrichtungen um 20 Prozent teurer werden und daher sicher nicht in vollem Ausmaß weitergeführt werden können“, sagte Häupl.

„Der Österreichische Städtebund appelliert daher an die Bundesregierung, die kommunalen Investitionen für Bildung aus der Vorsteuerregelung auszunehmen“, so Häupl weiter. Die Abschaffung der Möglichkeit des Vorsteuerabzugs für Städte und Gemeinden wurde zuletzt um einige Monate – auf 1. September 2012 – verschoben. Dennoch wird diese Neuregelung spürbare Konsequenzen haben.

Der Österreichische Städtebund fordert daher

- Kurzfristig die Erhöhung des Hebesatzes, um zumindest die weitere Erodierung der Grundsteuer in den Haushalten der Städte und Gemeinden hintanzuhalten.

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND BEGRÜSST VERSCHIEBUNG DER NEUEN VORSTEUERABZUG-REGELUNG AUF 1. SEPTEMBER 2012

Die Verschiebung der Neuregelung für Städte und Gemeinden, künftig keinen Vorsteuerabzug mehr geltend machen zu können, wurde durch Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger begrüßt: „Die Abschaffung des Vorsteuerabzugs für Städte und Gemeinden ist ein schmerzhafter Einschnitt in die ohnehin schwierige Finanzsituation der Kommunen. Durch die Verschiebung der Frist ist es zumindest möglich, beschlossene Bauvorhaben zu den begonnenen Konditionen durchzuführen“, so Weninger. Und merkte allgemein an: „Wir unterstützen die Konsolidierungsbemühungen des Bundes, aber die Abschaffung der Vorsteuer-Regelung bringt keine Verbesserung des Gesamtdefizits, weil die Mehreinnahmen des Bundes zu Lasten der

- Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Finanzministerium unter Einbeziehung der kommunalen ExpertInnen zur grundlegenden Reform des Bewertungsgesetzes und der Grundsteuer bis längstens 2014.
- Eine „Verlängerung“ wird entschieden abgelehnt.

„Die Grundsteuer ist die zweitwichtigste Steuer der Gemeinden und ist aufgrund der jahrzehntelangen Nicht-Aktualisierung der Einheitswerte bereits mehrfach vom Verfassungsgerichtshof kritisiert worden. Eine eingeschränkte Reform, die sich ausschließlich auf Agrarflächen bezieht, wie sie jetzt vorgesehen ist, ist völlig ineffizient und widerspricht den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes. Wir brauchen ein einfaches und transparentes System, das die unterschiedlichen Wertentwicklungen gerecht darstellt und den Städten und Gemeinden Sicherheit für ihre Planungen gibt“, meinte Häupl.



BÜRGERINNEN-SOLARKRAFTWERK: VERKAUF GESTARTET

Die Nachfrage ist immer noch groß, nachdem das erste Beteiligungs-Solarkraftwerk im Februar innerhalb von nur 26 Stunden ausverkauft war. Der Verkauf des dritten Sonnenkraftwerks wurde nun gestartet. BürgerInnen, die keine Möglichkeit haben, eigene Solarpaneele zu errichten, können sich an den Anlagen von Wien Energie beteiligen und so umweltfreundlich und nachhaltig Energie nutzen. Ab 475 Euro ist man dabei – bei einer garantierten jährlichen Vergütung von 3,1 Prozent.

Standorte

Wien Energie arbeitet an der Umsetzung des ersten Kraftwerks mit der geplanten Eröffnung im Mai 2012 am Gelände des Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerks in Wien Donaustadt. Damit können rund 200 Wiener Haushalte mit Sonnenstrom versorgt werden. Die zweite Anlage wird am Gelände von Wien Energie Gasnetz in Wien Leopoldau geplant. Für das dritte Kraftwerk sind zwei Standorte im 23. Bezirk in der Detailprüfung. Bis Herbst sind vier Solarkraftwerke mit einer Leistung von 2.000 kWp in Wien geplant: Ökostrom für rund 800 Wiener Haushalte. Für die Umwelt bedeutet die Umsetzung eine jährliche Einsparung von rund 800 Tonnen CO₂. Diese Menge entspricht der jährlichen Kohlendioxid-Emission von 600 Autos. In zwei Jahren soll eine installierte Leistung von 10.000 kWp erreicht sein, das spart 4.000 Tonnen CO₂ pro Jahr, jene Menge, die knapp 3.000 Autos jährlich emittieren.

Das Beteiligungsmodell im Detail

Über die Internetseite „www.buergersolarkraftwerk.at“ oder unter der Telefonnummer 0810 610 803 kann jede Bürgerin und



jeder Bürger sich bis zu maximal zehn Photovoltaik-Module, auch Paneele genannt, sichern. Ein halbes Paneel kostet 475 Euro, ein ganzes Paneel 950 Euro. Mit Einzahlung des Erlagscheins, der per Post zugestellt wird, tritt der Vertrag mit Wien Energie in Kraft. Wien Energie errichtet das Photovoltaik-Modul für die/den Bürgerin/Bürger. Die einzelnen BürgerInnen vermieten die Paneele an Wien Energie und erhalten dafür jährlich 3,1 Prozent vom investierten Betrag. Wien Energie vergütet diesen Ertrag einmal jährlich. Die Laufzeit beträgt mindestens fünf Jahre, wobei es eine Möglichkeit zur vorzeitigen Kündigung gibt. Nach Ablauf der Lebensdauer der Anlage nach zirka 25 Jahren kauft Wien Energie die Photovoltaik-Module zurück und der Beteiligungsbetrag fließt zur Gänze an die BürgerInnen retour.

Infoanfragen: buergersolarkraftwerk@wienenergie.at

Das 50-Prozent-Ziel an erneuerbaren Energieträgern

Wien Energie-Geschäftsführerin Susanna Zapreva: „Das Beteiligungsmodell ist ein erster Meilenstein der Photovoltaik-Initiative von Wien Energie. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 50 Prozent zu erhöhen. Wien Energie beschreitet mit seinen Beteiligungs-Solarkraftwerken für Wien ein neues Marktfeld. Der Ökostrom wird in einem stark verbauten, daher schwierigen Umfeld Verbrauchernah produziert. Damit werden Übertragungsverluste minimiert und die Abhängigkeit von Strom-Importen reduziert. Erstmals ist ein solches Beteiligungsmodell im Stadtgebiet wirtschaftlich möglich – auch ohne geförderte Einspeisetarife. Wien Energie verstärkt mit dem neuen Projekt das bereits wirksame, innovative Wiener Modell und schafft Green Jobs in Wien.“



Wir verbinden Städte



Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

Wir schaffen Lebensqualität

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

www.staedtebund.gv.at

EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE ZU WASSERVER- UND -ENTSORGUNG

Ein Jahr hat die vom Europäischen Gewerkschaftsverband für Öffentliche Dienste (EGÖD) initiierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ Zeit, um eine Million Unterschriften zu sammeln. „Wir unterstützen die Initiative voll und ganz. Die EU-Kommission versucht zum wiederholten Male, neuerdings über den Entwurf zu Dienstleistungskonzessionen, die kommunale Wasserwirtschaft sozusagen durch die Hintertür zu liberalisieren“, erklärte der Internationale Sekretär der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten/Kunst, Medien, Sport, freie Berufe Thomas Kattnig.

„Alle Menschen brauchen sauberes Trinkwasser und eine qualitativ hochwertige sanitäre Grundversorgung. Mit der Bürgerinitiative fordern die europäischen Gewerkschaften – unterstützt von vielen NGOs – die Europäische Union auf, diese Menschenrechte durch die Förderung einer Wasser- und Abwasservirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle sicherzustellen und in die Tat umzusetzen.“

Thomas Kattnig

Die Kampagne will bei der Europäischen Kommission einen Umdenkprozess bewirken

Für 25. April 2012 war die Bestätigung der Registrierung durch die Kommission erwartet worden. „Das wäre in diesem Fall der erste Tag der Unterschriftensammlung. An ihrem Ende müssen die klare Forderung nach freiem Zugang zu sauberem Wasser in ganz Europa, eine eindeutige Absage an die Liberalisierung des Wassermarktes und eine verstärkte Initiative stehen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen“, stellte Kattnig klar.

TAGUNG „GESUNDE STÄDTE“ NETZWERK ÖSTERREICH

Bereits zum 57. Mal tagten am 29. und 30. März 2012 die Mitglieder des Städtebund-Ausschusses Netzwerk „Gesunde Städte Österreich“. Diesmal war Wien Gastgeber, und hatte sich der Förderung des Gesundheitsbewusstseins in österreichischen Städten verschrieben. Die dritte Landtagspräsidentin Marianne Klicka konnte VertreterInnen von teilnehmenden Städten aus ganz Österreich und diesmal auch RepräsentantInnen aus dem Netzwerk „Gesunde Städte Deutschland“ willkommen heißen. Die Stadt Wien ist seit der Gründung 1992 Mitglied im Netzwerk der gesundheitsfördernden Städte und nimmt als Vertreterin der österreichischen Städte im „Gesunde Städte“-Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation eine Vorreiterrolle ein.

Nähere Details unter: <http://e-government.adv.at/2012>

E-GOVERNMENT-KONFERENZ 2012 IN GRAZ

Die nächste E-Government-Konferenz findet unter dem Motto „Sparpaket für Österreich – Beiträge des E-Government“ am 19. und 20. Juni 2012 in Graz statt. Unter anderem werden Themenschwerpunkte wie die neuen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Bereich, Bürokratieabbau durch One-Stop-Shops und Anwendungsbeispiele mit aufzeigbarem Sparpotenzial behandelt. Auch Erfahrungen mit dem Einsatz von Social Media sind ein Programmpunkt.

Nähere Details unter: <http://e-government.adv.at/2012>

GEMEINDE ENGERWITZDORF ERHÄLT AUSZEICHNUNG

Die Gemeindeverwaltung Engerwitzdorf ist seit vielen Jahren bestrebt, die Qualität ihrer Leistungen und Produkte für die BürgerInnen und KundInnen stetig zu verbessern. Nun hat sich die Gemeinde dem umfassenden Qualitätszertifizierungsverfahren „NPO-Label - Management Excellence“ gestellt und als bisher einzige Gemeinde im gesamten deutschsprachigen Raum dieses Zertifikat erhalten.

Nach dem Anerkennungspreis der Universität Speyer im Jahr 2005, mit dem die Entwicklung eines eigenen Produktkataloges ausgezeichnet wurde, unterzog sich die Gemeinde nun einem beschwerlichen und aufwändigen Zertifizierungsverfahren. In eindrucksvoller Weise stellte die Gemeinde unter Beweis, dass sie mit ihren Qualitätsstandards zu den Besten gehört.

Für Fragen steht Ihnen Amtsleiter Alfred Watzinger, Telefon 07235/66955-12 bzw. E-Mail a.watzinger@engerwitzdorf.gv.at sehr gerne zur Verfügung.



Gemeinde Engerwitzdorf



Stadtamt Tulln a. d. Donau

GESUCHT: DIE 100 SCHÖNSTEN DINGE TULLNS

Was müssen Tulln-BesucherInnen unbedingt sehen, erleben, hören und genießen – und warum? BürgerInnen und Gäste der Blumenstadt sind im Wettbewerb „Gesucht: Die 100 schönsten Dinge Tullns“ gefragt, ihre Lieblingstipps in der Stadt, an der Donau oder in der Natur zu nennen und dabei tolle Preise zu gewinnen: als Hauptpreis wartet eine Spiegelreflexkamera.

Der Wettbewerb: Von 12. April bis 15. Juni läuft die erste Etappe des Wettbewerbs. BürgerInnen und Gäste können in diesen Wochen ihre Lieblingsorte und Geheimtipps mit Titel, Beschreibung und nach Möglichkeit mit aussagekräftigem Foto einreichen:

- Direkt via Online-Plattform auf www.tulln.at/100dinge
- Für Facebook-FreundInnen auf www.facebook.com/tullnist-schoener
- Vor Ort im BürgerInnenservice des Rathauses Tulln (Minoritenplatz 1) oder in der Außenstelle Langenlebern (Wiener Straße 40)
- In der TouristInnen-Infostelle Tulln (Minoritenplatz 2)

Tolle Tipps werden belohnt

In der ersten Etappe werden die schönsten Plätze, Dinge und Erlebnisse der Frühlings- und Frühsommermonate gesucht. Danach wählt eine Jury die Top 20-Beiträge aus und die Fans der Facebook-Seite „Tulln ist schöner“ können zwei Wochen lang ihre Stimme abgeben, um die 10 GewinnerInnen aus diesen Top 20 zu küren. Die besten Tipps erhalten tolle Preise, zum Beispiel:

- 3x2 Tickets für Veranstaltungen auf der Donaubühne
- Saisonkarten für die GARTEN TULLN
- eine Bootstour mit Picknick im Wasserpark
- u.v.m.

Die zweite Runde des Wettbewerbs im Spätsommer/Herbst wird ebenso abgewickelt. Danach wird unter den SiegerInnen beider Etappen eine Spiegelreflexkamera als Hauptpreis verlost! Der Wettbewerb „Die 100 schönsten Dinge Tullns“ ist Teil des EU-geförderten LEADER-Projektes „Nachhaltige Positionierung der Tourismusstadt Tulln“. Projektträger und -abwicklung: Donau NÖ und Stadtgemeinde Tulln.

WIENER NEUSTADT: BOOM BEIM WIRTSCHAFTSTOURISMUS

Die aktuellen Zahlen über die Nächtigungen in der Stadt Wiener Neustadt geben Anlass zur Freude. Im Jahr 2011 kratzte die Stadt an der 100.000er-Schallmauer. Damit ergibt sich eine Steigerung von 12,74 Prozent gegenüber 2010. „Solche Zahlen freuen mich natürlich sehr. Es zeigt sich, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Beherbergungsbetrieben – seien es nun Privatquartiere oder Hotels – hervorragend funktioniert. Für uns ist der Anstieg der Nächtigungen aber gleichzeitig Auftrag, die Bestrebungen im Tourismusbereich weiter zu forcieren“, so Bürgermeister Bernhard Müller.

Die Zahlen im Detail

Im Jahr 2011 verzeichneten die Unterkünfte in der Stadt insgesamt 95.219 Nächtigungen. Zum Vergleich: 2003 lag die Stadt noch bei 47.691 Nächtigungen. Somit konnte die Anzahl in den letzten acht Jahren mehr als verdoppelt werden.

Weitere Infos zu allen Beherbergungsbetrieben gibt es auf www.wiener-neustadt.at (Tourismus) oder unter Tel. 02622/373-311 oder bei der Stadtinformation auf dem Hauptplatz.

UNIPARK NONNTAL
ARCHITEKTUR: STÖRCH, EHLERS & PARTNER
FOTO: ANDREW PHELPS



Besuchen Sie uns
am Städtetag!
30. Mai – 1. Juni 2012
Dornbirn

RAUM FÜR DIE ZUKUNFT

Als Österreichs größter Immobiliendienstleister bieten wir Ihnen optimale Gebäude- und Grundstücksflächen zu besten Konditionen. Wir sind Ihr kompetenter Partner bei der Realisierung neuer Projekte.

Vertrauen Sie auf unser professionelles Know-how, das Ihnen modernste Architektur, Top-Lagen und damit höchstes Wertsteigerungspotential garantiert.

BIG Bundes
Immobilien
Gesellschaft

Hintere Zollamtsstraße 1,
1031 Wien, T 05 0244 - 1358
office@big.at, www.big.at



AUSSTELLUNG „FAHR RAD IN WIEN“

Die Wiener Planungswerkstatt ist seit 12. April 2012 in das „FahrRADhaus“ umgewandelt. Die Vermittlung des Themas „Radfahren in Wien“ wird dabei bis 25. Oktober die Hauptaufgabe sein. Das FahrRADhaus wird allen Besucherinnen und Besuchern von Montag bis Freitag von 9 bis 20 Uhr offen stehen und einen Programmmix bieten, der Information und praktisches Know-how verbindet. Es wird zum Beispiel eine Radbibliothek mit gemütlicher Lounge zum Schmökern eingerichtet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Radfahragentur Wien werden einmal pro Woche für Fragen zur Verfügung stehen. Bei monatlichen Treffen von Radlobbys aus ganz Österreich können Besucherinnen und Besucher erfahren, was in der Radzene aktuell diskutiert wird. Darüber hinaus findet einmal im Monat eine spannende Podiumsdiskussion statt. Neben einem Teil der Ausstellung „Fahr Rad in Wien“ wird die interaktive Radausstellung „Kettenreaktion“ zu sehen sein. Die neue Radkarte „Wien - Übersicht 2012“ wird gratis zur Mitnahme bereitliegen.



BESUCH AUS DER PARTNERSTADT

Einen Arbeitsbesuch in Wien nutzte der oberste Strafrichter Necdet Vural aus Alanya/Türkei, um Schwechat, Alanyas Partnerstadt, kennenzulernen. Recht spontan entschloss er sich, ein paar freie Stunden zu nutzen, um Schwechat erstmals zu besuchen. Bürgermeister Hannes Fazekas empfing ungeplant, aber umso herzlicher den Gast aus der Türkei. Gemeinsam absolvierte man eine Rundfahrt durch das Stadtgebiet, um danach im Rathaus noch angeregt zu plaudern.



AKTION FÜR INTERNATIONALEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ

Am 20. Juni findet der „EUROPEAN UMBRELLA MARCH 2012“, der internationale Tag des Flüchtlings, statt. Parallel findet der Tag zum Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, der Türkei und Tschechien statt. Die Regenschirme, die die TeilnehmerInnen dieses Marsches tragen, symbolisieren den Schutz für Flüchtlinge und Vertriebene. Im vergangenen Jahr haben neben dem ÖGB und der WKÖ auch die Österreichische Hochschüler-schaft, das UNHCR und viele Prominente aus Kunst und Wissenschaft zur Teilnahme am „European Umbrella March“ aufgerufen. Heuer wird der Marsch am 20. Juni um 18 Uhr beginnen und sich in Wien von der Freyung über den Ring (Parlament) zum Ballhausplatz bewegen. Nähere Details unter: www.asyl.at

FÜNF NEUE KOMMUNALE MOBILITÄTSMANAGER IN NIEDERÖSTERREICH

Vor Kurzem haben fünf NiederösterreicherInnen aus den Regionen Mautern, Wiener Neustadt, Zwettl, Pitten und St. Pantaleon-Erla den „Kommunalen Mobilitätsmanager“-Kurs von „umweltberatung“ und Klimabündnis Österreich erfolgreich abgeschlossen. Sie sind nun befähigt, umweltfreundliche Verkehrslösungen zu initiieren und damit einen Beitrag zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes zu leisten. Die 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich und der Schweiz besuchten im Rahmen der Ausbildung verschiedenste Seminare und Vorträge, erarbeiteten spezifische Problemstellungen und besichtigten Best-Practice-Beispiele im Radverkehr. Bewusstseinsbildung im Mobilitätsbereich, Verkehr und Mobilität in der Gemeindepraxis, planerische Maßnahmen zu bedarfsgesteuertem Verkehr, Mobilitätsmanagement sowie Kommunikation stellten die Schwerpunkte der Ausbildung dar. Mit den mehrstufigen Kursen zum Kommunalen Mobilitätsmanager wird erstmals eine längere, fundierte Ausbildung angeboten. Die Kursleitung erfolgt in Kooperation mit der Energie- und Umweltagentur NÖ und entspricht internationalen Kriterien. Das Weiterbildungsangebot richtet sich vor allem an GemeindevertreterInnen und Interessierte, die mit dem Thema Verkehr beruflich zu tun haben. Neben der viertägigen Ausbildung zum Kommunalen Mobilitätsmanager gab es auch eine Option, nur einen Lehrgang zur/zum RadverkehrsmanagerIn zu absolvieren. Insgesamt fünf AbsolventInnen konnten mit diesem Zertifikat ausgezeichnet werden.

„Die gute Vernetzung zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und kommunaler Praxis ist eine große Stärke der Kommunalen Mobilitätsmanager“, so Stephan Pernkopf. „Verkehr und Mobilität bilden ein komplexes Themenfeld, welches ein fundiertes Basiswissen erfordert. Deshalb werden im Lehrgang neben den Grundlagen auch viele Beispiele aus der Praxis vorgestellt“, betonte der Landesrat.



Nähere Informationen und Anmeldung bei der NÖ Energie- und Umweltagentur, Telefon 02742/219 19, www.enu.at, bzw. bei „die umweltberatung“ Niederösterreich, Telefon 02742/718 29, www.umweltberatung.at

SITUATION FÜR WOHNUNGSSUCHEDE BEI LINZER GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSGESELLSCHAFT

Die Wohnungsnachfrage in Oberösterreich steigt besonders im Linzer Zentralraum weiter an. Laut der neuesten Erhebung der Wohnungsnachfrage des Landes Oberösterreich wurde 2011 mit insgesamt über 49.000 Wohnungssuchenden ein neuer Spitzenwert erreicht. Mehr als 24.000 davon gaben Dringlichkeitsgründe an (Primärbedarf). Das sind Menschen, die einen Hausstand gründen, eine Trennung durchlaufen oder Kinder bekommen. Mehr als die Hälfte aller oberösterreichischen Wohnungssuchenden, nämlich 13.700 WohnungswerberInnen (oder 56 Prozent) mit Primärbedarf, möchte in Linz wohnen. Die Zahl der Wohnungen in Linz ist zwar innerhalb des vergangenen Jahres um 1.127 auf den historischen Höchststand von exakt 109.768 gestiegen, ebenso aber auch die Wohnungsnachfrage. Gesamt betrachtet besteht unter allen Bezirken

Oberösterreichs in der Landeshauptstadt Linz die mit Abstand höchste Wohnungsnachfrage und auch der größte Neubaubedarf. „Dieser steigende Trend spiegelt sich auch in den aktuellen Vormerkzahlen bei der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GWG) wider. In Linz ist die GWG mit fast 18.000 Mietwohnungen der größte gemeinnützige Wohnbau-träger. Fast jede/r sechste LinzerIn wohnt in einer GWG-Wohnung. Aktuell sind insgesamt 10.868 Personen für GWG-Wohnungen angemeldet“, berichtete GWG-Aufsichtsratsvorsitzender Vizebürgermeister Klaus Luger. Auffallend hoch ist auch der Anteil der „dringend Wohnungssuchenden“ bei der GWG. 40 Prozent aller Anmeldungen sind solche mit „Dringlichkeitsgründen“ (Scheidung, Kinderzuwachs, körperliche Beeinträchtigung, etc.).

Willkommen in Dornbirn

Dass der 62. Städtetag in Vorarlbergs größter Stadt stattfindet, ist für Dornbirn eine große Auszeichnung. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit einladen, unsere Stadt sowie Land und Leute kennen zu lernen.

Der diesjährige Städtetag wird von der schwersten Krise der Nachkriegszeit überschattet. Wie alle Städte des Landes steht auch Dornbirn vor großen Herausforderungen. Das Motto des heurigen Städtetages – „Stadt: Titel ohne Mittel?!“ – betrifft uns alle gleichermaßen. Immer größer werden die Anforderungen an die Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Immer schwieriger wird es, diesen Ansprüchen, vor allem was den Sozial-, den Familien-, den Gesundheits- oder den Pflegebereich betrifft, zu genügen. Die Investitionen und Ausgaben der österreichischen Kommunen schreiten den Einnahmen weit voraus. Es ist an der Zeit, diese Entwicklung genau zu hinterfragen und die hohen Standards, welche auch die Kosten steigen lassen, zu überprüfen. Ich erhoffe mir von diesem Städtetag eine klare und gemeinsame Positionierung der österreichischen Kommunen zu diesem Thema.

Die Konjunkturkrise der vergangenen Jahre war für Dornbirn Anlass, im Rahmen eines eigenen Projekts mit dem Titel „ausgewogen2015“ sämtliche Produkte und Leistungen der Stadt und damit auch die Ausgabe-positionen zu hinterfragen. Gemeinsam mit der Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern und den Fraktionen der Stadtvertretung wurde ein ganzer Katalog an möglichen Verbesserungen und Einsparungen er-



Stadt Dornbirn

arbeitet. Beeindruckend waren das große Verständnis aller Beteiligten und die konstruktive Mitwirkung an den Diskussionen. Diese Offenheit, Leistungen der öffentlichen Hand auch kritisch zu betrachten, hat uns alle überrascht. Gleichzeitig konnten wir auch erkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl Verständnis für die finanzielle Situation der Städte haben. Inwieweit sie auch eine mögliche Reduktion der Qualität oder des Umfangs der Produkte mitzutragen in der Lage sind, wird sich erst erweisen, wenn die ersten Maßnahmen umgesetzt werden. Das Bewusstsein ist jedenfalls vorhanden. Ich freue mich, dass die Stadt Dornbirn dieses Projekt in einem Arbeitskreis vorstellen kann. Noch mehr freue ich mich auf eine anregende Diskussion. Dornbirn ist eine krisenereprobte Stadt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten mussten wir mit der Textilkrise den Niedergang unserer Leitindustrie bewältigen. Es ist uns offensichtlich gelungen, zur richtigen Zeit auch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Der Wirtschaftsstandort Dornbirn ist heute breit aufgestellt und in den Hallen der ehemaligen Textil-

unternehmen arbeiten heute mehr Menschen als zur Hochblüte der Textilindustrie. Neben wirtschaftsfördernden Maßnahmen haben wir auch im Bereich der Stadtplanung reagiert und für die kurzfristig leerstehenden Industrieareale planerische Konzepte entwickelt. Zwei Vorzeigeprojekte können Sie im Rahmenprogramm besichtigen: die „inatura“, die ein modernes naturkundliches Museum mit historischer Industriearchitektur verbindet, sowie „Rhomberts Fabrik“, ein Industriekomplex, in dem heute gutgehende und vor allem innovative Unternehmen angesiedelt sind. Die Vielfalt des Rahmenprogramms wird Sie vor die Qual der Wahl stellen. Dabei haben Sie zwei Möglichkeiten: Ihren Besuch in Vorarlberg zu verlängern oder wieder zu kommen. Beides würde mich freuen und ich kann Ihnen versichern, dass Sie in Dornbirn jederzeit willkommen sind. ■

Ich wünsche Ihnen spannende und anregende Tage beim 62. Städtetag in Dornbirn.

DI Wolfgang Rümmele
Bürgermeister der Stadt Dornbirn



Markus Wache

Städtetag 2012 in Dornbirn

Dornbirn heißt im Rahmen des 62. Städtetages rund 750 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeindefraktare willkommen. Das Motto des diesjährigen Städtetages lautet: „Stadt: Titel ohne Mittel?!“ und soll unter anderem auf die Schwierigkeiten der Finanzierung der laufend steigenden Anforderungen und Leistungen der österreichischen Städte aufmerksam machen.

Die Stadt Dornbirn hat sich bereits im Vorjahr dieser Thematik mit dem Projekt „ausgewogen2015“ angenommen. Das Projekt zur Verbesserung der Effizienz der städtischen Produkte hat bundesweit Interesse geweckt, weshalb Bürgermeister DI Wolfgang Rümmele auch einen der insgesamt vier Arbeitskreise, in denen die Themenbereiche gemeinsam diskutiert werden, leiten wird. Seit den 60er-Jahren fand der Städtetag nicht mehr in Dornbirn statt. Neben interessanten Vorträgen und Diskussionen zum Thema „Stadt“ soll auch der gesellschaftliche Aspekt nicht zu kurz kommen. Dementsprechend wurde auch das Rahmenprogramm gestaltet. So stehen neben beispielhaften wirtschaftlichen Projekten wie „Rhomberts Fabrik“ – ein Beispiel einer erfolgreichen Nachnutzung eines Industrie-Areals – und den Firmen Zumtobel Lighting und Meisterbäcker Öl auch die „inatura“, das Gütle mit dem Rolls-Royce-Museum und der Rappenlochschlucht, sowie eine historische Stadtführung und ein architektonischer Stadtpaziergang auf dem Programm. Der Empfang des Eröffnungstages, der von Landeshauptmann Dr. Markus Wallner und Bürgermeister DI Wolfgang Rümmele gegeben wird, findet im „Haus der Messe“ statt. Traditioneller und etwas entspannter wird der BürgermeisterInnenempfang am Donnerstag Abend sein. Hier trifft man sich im Rathaus sowie im benachbarten Braukeller der Mohrenbrauerei. ■



Markus Wache



Wirtschaftsstadt mit hoher Lebensqualität

In Dornbirn sieht man es mit der Stadtplanung so wie mit der Hygiene im Krankenhaus: Solange sie funktioniert, sieht man sie nicht. Wenn sie aber fehlt, ist die Pest im Haus.

Karl Kraus hat den Sinn und die Notwendigkeit von Stadtplanung indirekt mit einem schönen Zitat beschrieben. Er verlangt von einer Stadt, in der er leben will: Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung, Warmwasserleitung. Gemütlich sei er selbst. Dies ist wohl eine Art pla-

nerischer Determinismus, der sich weitgehend aus dem Wiener Herz erklärt. In Dornbirn sieht man das anders. Nachhaltige Stadtentwicklung ist immer ein Bündel von Strategien unter Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Entwicklung. Fast alle Ausgangs- und Problemlagen sind letzt-

lich in der kleinsten staatlichen Einheit – der Gemeinde – beeinflussbar und verbesserbar, ohne immer die nationalen oder globalen Strategien abzuwarten. Das auf einen Punkt gebrachte Leitbild zur guten räumlichen Entwicklung Dornbirns lautet: Wirtschaftsstadt mit hoher Lebensqualität!

Dornbirn ist in den vergangenen Jahrzehnten sowohl flächenmäßig als auch bei der Bevölkerung stark gewachsen. Um unseren hochwertigen Lebensraum sowie die Begrenzung der Siedlungsränder durch die Flächenwidmungsplanung zu erhalten, musste die Expansion ins Ried gestoppt werden. In den vergangenen Jahren konnte eine Umkehr dieser Entwicklung bewirkt werden: Unsere Stadt wächst seit Jahren qualitativ nach innen.

Der Dornbirner Flächenwidmungsplan wird heuer dreißig Jahre alt. Gerade auch in den Hangzonen und Berggebieten ist das Halten der Siedlungsränder von großer Bedeutung. So wichtig das Einhalten von Grenzen im öffentlichen Interesse ist, so

schwer verständlich ist dieses Ziel manchmal aus Sicht jener GrundeigentümerInnen, deren Grundstücke außerhalb der Siedlungsränder liegen. Aber ein schönes Orts- und Landschaftsbild mit hoher Wohnqualität wird nur durch das richtige Spannungsverhältnis zwischen bebauten und unbebauten Flächen geformt. Deshalb kann nicht jeder Bauwunsch erfüllt werden. Dies wird seit Jahren immer stärker anerkannt. Dies gilt sowohl für die sensiblen Hangzonen als auch für jene Siedlungsbereiche, die ans Ried angrenzen.

Die Ziele der Stadtentwicklungsplanung lagen deshalb seit den 1980er-Jahren im Halten der äußeren Siedlungsränder, in der Optimierung und gestalterischen Verbesserung der Bauflächennutzung nach innen, in der Stärkung und Entwicklung der Stadtteilzentren, in der Verbesserung der Grün- und Freiflächenausstattung im Siedlungsraum, in der Sicherung und im Ausbau von Arbeitsstätten, in der Entwicklung eines umweltverträglichen Verkehrssystems sowie in der qualitätsvollen Umsetzung der öffentlichen Bauten und Anlagen.

In der Stadtentwicklung geht es im wesentlichen um Stadtqualität und Lebensqualität des gesamten Stadtraumes. Im Stadtraum finden die Daseinsgrundfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Bildung, Freizeit und Erholung ihren Platz. Diese Funktionen werden durch Mobilität verbunden.

Folgende Teilkonzepte der Stadtentwicklungsplanung wurden in den vergangenen Jahren erarbeitet:

- Verkehrskonzept, Aktualisierung und Weiterführung
- Landschafts- und Grünraumkonzept
- Wirtschaftsstudie: „Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität“
- Plan öffentliche Bauten und Anlagen
- Sportstättenkonzept
- Schulraumkonzept
- Kindergartenkonzept

Ein wichtiger Mosaikstein für eine gute und urbane Stadtentwicklung ist zweifellos die Verfügbarkeit von öffentlichem Raum für Freizeit und Erholung für die Bevölkerung: Dazu zählen Strukturen und Flächen für gesellschaftliches Zusammenleben: z.B. Fußgängerzonen mit attraktiven Geschäfts-

zonen, öffentliche Räume und Plätze als Treffpunkte, Kulturangebote, Sportanlagen, oder hochwertige Aufenthaltsbereiche – aber auch intakte Naturräume zur Erholung, wie Stadtteilparks, Dornbirner Ach mit Umland, Ried- und Berggebiete, etc. Durch die lebendige Gestaltung des Stadtzentrums und der Stadtteil- und Stadtbezirkszentren – Hatlerdorf, Oberdorf, Rohrbach, Haselstauden, Mühlebach – ergeben sich gesellschaftliche und auch wirtschaftliche Entwicklungsvorteile.

Unsere Stadt, aber auch die Region, verfügen über eine gute Ausgangslage. Die Flächenwidmungspläne wurden in den 1970er-Jahren erstellt – heute haben wir immer noch große Baulandreserven. Aufgrund der großen Siedlungsreserven nach innen könnten ohne wesentliche Änderung der Bebauungsdichte ca. weitere 20.000 EinwohnerInnen im heutigen Stadtgebiet Platz finden. Dies wird jedoch aufgrund der verlangsamten Bevölkerungsentwicklung noch lange nicht der Fall sein. Rein statistisch müsste es deshalb ein leichtes sein, die Siedlungsränder zu halten.

Dornbirn hat im Vergleich zu anderen Städten auch hohe Potenziale für einen Urbanisierungsprozess und Zentralitätsgewinn in der Region. Diese Potenziale sind qualitativ auszureichend, verlangen das Zulassen von Dynamik und Vielfältigkeit, und bedingen auch etwas Mut zu Neuem und zur Urbanität. Der Charme einer Stadt hat auch viel zu tun mit Lebendigkeit und offen sein für Veränderungen. Die Stärke Dornbirns ist der vielfältige urbane Raum, wo Wohnen, Erholung, Freizeit, Arbeiten, Einkaufen und Kultur auf überschaubarem Raum zusammentreffen. Dornbirn ist rührig und hat sich dadurch eine attraktive Marke in der Region erarbeitet, nämlich die Wirtschaftsstadt des Landes mit hoher Lebensqualität zu sein.

Dornbirn ist eine Stadt mit hoher Standortqualität. Das dichte Bildungs-, Einkaufs-, Kultur-, Freizeit- und Arbeitsstättenangebot, aber auch die günstige Lage tragen dazu bei. Dies produziert individuelle Mobilität, die zweifellos von großem Nutzen ist und zur Steigerung der Lebensqualität beiträgt. Diese scheinbar „grenzenlose“ Mobilität hat andererseits ein Ausmaß erreicht, das sich auf unsere Lebensqualität und Gesundheit auch negativ auswirkt. ■

„Dorobioro“ am Puls der Zeit

Dornbirn ist ein innovatives Wirtschaftszentrum, Messestadt, Studierstadt und Einkaufsstadt. Die nahen Erholungsgebiete und die gepflegte Hotellerie und Gastronomie machen Vorarlbergs größte Stadt zu einem lohnenden Ziel für UrlauberInnen und Geschäftsreisende.

Textiles, Design und Kreativität spielen in Dornbirn schon immer eine zentrale Rolle. Einst setzten die „Textilbarone“ wichtige Impulse. Heute ist Dornbirn mit rund 49.000 EinwohnerInnen Standort einer weitum bekannten Fachhochschule und Messestadt. Pulsierend und wach, mit einem überaus regen Kulturleben und besuchenswerten Museen. Dennoch: den dörflich-gemütlichen Charakter hat sich Dornbirn bewahrt. So kommt es auch, dass die Dornbirner nach wie vor ihren urigen Dialekt pflegen. Dornbirn auf dornbirnerisch hört sich zum Beispiel wie „Dorobioro“ an.

Dornbirn gilt als „die Einkaufsstadt“ in Vorarlberg. In der Innenstadt und im Einkaufszentrum Messenpark locken viele unterschiedliche Geschäfte. Spannend das Nebeneinander von Altem und Neuem: Zahlreiche Bauten moderner Vorarlberger Architektur fügen sich stimmig in das von Gärten und Parks geprägte Stadtbild ein. Dornbirn profitiert von seiner günstigen

Lage im Vierländereck zwischen Österreich, dem Fürstentum Liechtenstein, der Schweiz und Deutschland. Noch näher liegen die Ferienregionen und Attraktionen Vorarlbergs: die Landeshauptstadt Bregenz am Bodensee mit den Festspielen, Arlberg, Bregenzerwald, Montafon mit der Silvretta-Hochalpenstraße, das Große und Kleine Walsertal, Schwarzenberg mit der Schubertiade oder Hohenems, die Nachbarstadt, mit dem Renaissancepalast, dem Jüdischen Museum und neuerdings auch wieder Konzerten im Rahmen der Schubertiade.

Aus der Geschichte

„Torripuirron“ wurde im 9. Jahrhundert erstmals erwähnt. Der Name weist auf eine „Ansiedlung des Torro“ hin. Mit „Dornen“ oder „Birnen“ hat der Name der Stadt also nichts zu tun, auch wenn das Stadtwappen – ein Baum mit goldfarbenen Birnen – diesen Eindruck vermittelt. 1380 wurde Dornbirn habsburgisch.

1655 erhielt Dornbirn ein Stadtwappen. Im Jahr 1881 wurde in Dornbirn die erste Telefonanlage der K&K-Monarchie in Betrieb genommen. Zu diesem außergewöhnlichen Ereignis reiste sogar Kaiser Franz Joseph persönlich an. 1901 wurde Dornbirn dank „kaiserlicher Entschlie-ßung“ zur Stadt erhoben.

Ausstellungen & Museen

Galerien präsentieren die Werke zeitgenössischer KünstlerInnen. Leseratten steht in der leistungsfähigsten Stadtbibliothek Österreichs eine große Auswahl an Büchern und eine umfangreiche Sammlung an neuen Medien zur Verfügung. Das Stadtmuseum, das gemeinsam mit dem Stadtarchiv das „Haus der Geschichte“ am Marktplatz bildet, beherbergt überregional bedeutende Sammlungen und zeigt laufend Sonderausstellungen.

Zeitgenössischer Architektur widmen sich die Ausstellungen des Vorarlberger Architektur-Instituts. Zeitgenössisches zeigt auch der „Kunstraum Dornbirn“. Seit 2004 belebt die Kunstinitiative die revitalisierte Alte Montagehalle am Areal der ehemaligen Rüschwerke mit faszinierenden Ausstellungen. Das im Urzustand erhaltene und 1893 erbaute Kleinod im Stadtgarten gilt als hervorragendes Beispiel Dornbirner Industriearchitektur. Landesweite Bedeutung hat die „inatura“, das spektakulärste naturkundliche Erlebnis-Museum im Bodenseeraum. Auch dieses befindet sich im Stadtgarten, auf dem ehemaligen Dornbirner Industrieareal. Allein die Architektur, die Verbindung von historischer Bausubstanz mit modernsten Präsentationstechniken, ist einen Besuch wert.

Ein mit internationalen ExpertInnen entwickeltes Konzept macht Vorarlbergs Natur interaktiv erlebbar. Ein völlig neues, wegweisendes Naturmuseum. Erleben steht hier im Vordergrund und die Natur



mit anderen Augen entdecken. Eine Sonnenstation, das Unterwasser-Kino, ein Lawinsimulator, die Schmetterlingswiese und vieles mehr bieten neue beeindruckende Einblicke. Am Konzept mitgewirkt haben der Biokybernetiker Frederic Vester, Sir David Attenborough von BBC London und weitere international renommierte Größen.

Das Rolls-Royce-Museum ist ein weiterer Höhepunkt. Die weltweit größte Sammlung zeigt gut 30 Phantom-Modelle und Exponate der Kultmarke. Die „Hall of Fame“ beherbergt ausschließlich Fahrzeuge, in denen berühmte Persönlichkeiten chauffiert wurden: Queen Mum, Diktator Franco, King George V, Malcolm Campbell oder Prinz Ali Khan. Ergänzt wird das Museum durch die originale, funktionsfähige Produktionsanlage „Cooke Street“, eine Restaurationswerkstatt und den eleganten „English Tea Room“. Das Rolls-Royce-Museum ist auch beliebter Veranstaltungsort für Firmenpräsentationen, Shows und Seminare.

Schul- und Studierstadt

Als Schulstadt hat Dornbirn Tradition. Zur qualifizierten Ausbildung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen gründeten Textilfabrikanten bereits 1889 eine „Textilschule“. Später wurde sie in eine Höhere Technische Lehranstalt Textil mit mehreren Ausbildungszweigen umgewandelt.

Seit 1994 ist Dornbirn Sitz der Fachhochschule Vorarlberg, die neben zahlreichen Weiterbildungs- und Masterprogrammen folgende Studiengänge anbietet:

- Mechatronik (Bakkalaureat-Studium)
- Informatik (Bakkalaureat-Studium)
- Betriebswirtschaft (Bakkalaureat-Studium)
- Wirtschaftsingenieurwesen (Bakkalaureat-Studium)
- Mediengestaltung (Bakkalaureat-Studium)
- Sozialarbeit (Diplom-Studiengang)

Darüber hinaus ist Dornbirn Standort zahlreicher allgemein- und berufsbildender Schulen. Auch Erwachsenenbildungsinstitute und wissenschaftliche Institutio-

nen haben ihre Büros und Labors in Dornbirn.

Einkaufs- und Marktstadt

Dornbirn hat einen ausgezeichneten Ruf als Einkaufsstadt und ist als solche führend in Vorarlberg. Zum Einkaufsbummel locken Geschäfte, Gemeinschaftswarenhäuser und Märkte in der autofreien Innenstadt rund um den zentralen Marktplatz. Über 1600 Parkplätze in unmittelbarer Umgebung dienen dem bequemen Einkaufsbummel ebenso wie der attraktive Mix aus Geschäften, Cafés, Bars und Restaurants. Am Marktplatz bieten mittwochs und samstags Bäuerinnen und Bauern aus der Umgebung an ihren Marktständen frische regionale Agrarprodukte von hoher Qualität an. Veranstaltungen und Märkte wie der Dornbirner Herbst, der traditionelle Martinimarkt im November, der Christkindlmarkt im Dezember sowie Floh-, Trödel- und andere Märkte tragen zum unverwechselbaren Flair der Dornbirner Innenstadt bei.

Eine gastliche Stadt

Dornbirn ist keine typische Tourismusstadt und vielleicht gerade deshalb für Gäste attraktiv. Die meisten Besucher kommen geschäftlich nach Dornbirn. Doch immer mehr Geschäftsreisende entdecken die Reize von Dornbirn und seiner Umgebung und verbringen hier mit der Familie ein paar Urlaubstage. Gäste von Kulturveranstaltungen wie den Bregenzer Festspielen oder der Schubertiade im Bregenzerwald wählen ihre Unterkunft auch gerne in Dornbirn. Bus-Shuttles und der ausgezeichnet organisierte Öffentliche Verkehr schaffen günstige Verbindungen in alle Richtungen. Das Schönste an Dornbirns Freizeitmöglichkeiten sind die Wanderwege auf und rund um die beiden Ausichtsberge Karren (976m) und Hoher Staufen (1456m). Auf ersteren führt eine moderne Kabinenseilbahn. Die Wanderwege im Karren- und Staufengebiet, im Bergdorf Ebnit (1075m), an den Sonnen-



hängen von Watzenegg, Oberfallenbergl und Kehlegg sind gut markiert und auch für Familien geeignet. Genügend Gastronomiebetriebe und Hütten sorgen dafür, dass der Rucksack leicht bleiben kann. Wer höher hinauf will, wählt die Hohe Kugel oder das Firstgebiet als Wanderziel. ■

INFOS:

Dornbirn in Stichworten

- rund 49.000 EinwohnerInnen
- 12 km vom Bodensee und der Vorarlberger Landeshauptstadt Bregenz entfernt
- 1.638 Gästebetten, von der Pension bis zum Vier-Sterne-Hotel
- Schnellzugstation Westbahn Bregenz-Wien
- 2 Autobahnanschlüsse (A 14)
- Flugplatz Altenrhein, 20 min (täglich mehrere Linienflüge mit AUA nach Wien, eigener Zubringerbus ab Zentrum Stadtstraße)
- Flughafen Friedrichshafen, 45 min, (wichtiger Flughafen für Verbindungen innerhalb Deutschlands)
- Industrie, Gewerbe, Handelsstadt, Dornbirner Messe, ORF-Landesstudio, Fachhochschule, Schul- und Sportzentrum
- Freizeit- und Sportanlagen: Kunsteisbahn und -halle, Tennisplätze und -hallen, Squashhalle, das Stadtbad, Kletterhalle, Badmintonhalle, das Waldbad Enz, Fitness-Parcours, Reitställe, Sportanlage Birkenweise, Landessportschule, 120 km Radwegenetz, Wanderwege, Seilbahn Karren, Skigebiet Bödele mit 9 Liften und Langlaufloipe

Dornbirn Tourismus,
Rathausplatz 1, 6850 Dornbirn
Telefonnummer +43 5572 22188,
Fax +43 5572 31233
tourismus@dornbirn.at
www.dornbirn.info

„ausgewogen 2015“ – ein Projekt zur nachhaltigen Budgetsanierung

Die weltweite Konjunkturkrise der vergangenen Jahre ist auch am Haushalt der Stadt Dornbirn nicht spurlos vorbeigegangen. Die Stadt war in den vergangenen Jahren mit laufenden Steigerungen im ordentlichen Haushalt konfrontiert, während die Ertragsanteile – glücklicherweise nicht die Kommunalsteuer – zurückgingen. Das war der Grund, das Projekt „ausgewogen2015“ zu starten.

Die Ziele für das Projekt „ausgewogen2015“ waren eindeutig und für jeden nachvollziehbar: sämtliche Produkte und Leistungen der Verwaltung auf Verbesserungs- und Einsparpotenziale zu untersuchen und damit das laufende Budget zu entlasten. Damit wiederum sollen Spielräume geschaffen werden, um in die Entwicklung der Stadt investieren zu können. Pate und Namensgeber war ein gleichlaufendes Projekt der Liechtensteiner Landesregierung.

Die genauen Ziele des Projektes:

- Das freie Budget (also der Überschuss aus dem ordentlichen Haushalt) soll mindestens 5% der ordentlichen Einnahmen ausmachen – das sind derzeit etwa 9 Millionen Euro
- Die Investitionen der Stadt sollen mit mindestens 30% aus dem freien Budget finanziert werden
- Keine Netto-Neuverschuldung (Darlehensaufnahmen entsprechen den Darlehensstilgungen)
- Für Krisenzeiten oder einmalige Gelegenheiten der Stadtentwicklung soll eine freie Rücklage gebildet werden, die 10% der ordentlichen Ausgaben (das sind derzeit etwa 18 Millionen Euro) betragen soll.

Diese Vorgaben sind ausgesprochen ambitioniert, wurden aber schon im Rechnungsabschluss des Jahres 2007 nahezu erreicht. Es galt also, die laufende Verwaltung an die veränderten Rahmenbedingungen soweit wieder anzupassen, dass sie in Relation wieder den Werten aus 2007 entsprechen konnte. Bis zum Jahr 2015 hat sich die Stadt Dornbirn Zeit gegeben, die zahlreichen Maßnahmen, die aus dem Projekt entstanden sind, umzusetzen. Nachhaltig sparen kann man am besten an den Wurzeln – „radikal“. Also bei den ein-

zelnen Produkten und Leistungen. Der bereits einige Jahre zuvor entwickelte Produktkatalog wurde zunächst aktualisiert und ergänzt. Dabei hat sich die Stadt am Produktkatalog des KDZ orientiert. Die Produkte wurden in weiterer Folge mit den Budgetzahlen und den von den Abteilungen geschätzten Stundenaufwendungen verknüpft. Das Ergebnis dieses ersten Prozessschrittes sollte ein Entwurf für eine produktgenaue Kostenrechnung sein: zwar noch ungenau, aber für die Ziele des Projekts ausreichend. Der Produktkatalog und die Kostenrechnung wurden heuer, im Rahmen eines Folgeprojekts zum „New Public Management“ verfeinert und

weiterentwickelt. Als Ziel wurde die Vorlage eines „Produktorientierten Vorschlags“ für das Budgetjahr 2013 formuliert.

42 Arbeitsgruppen der Verwaltung hinterfragen ihre tägliche Arbeit

Im zweiten Prozessschritt zu „ausgewogen2015“ wurden die Produkte auf insgesamt 42 Arbeitsgruppen aus der Stadtverwaltung strukturiert aufgeteilt. Der Auftrag lautete, sämtliche Leistungen im Produktkatalog zu hinterfragen und Vorschläge auszuarbeiten, wie die Produkte zukünftig einfacher und damit auch kostengünstiger angeboten werden können.



In diesen Arbeitsgruppen wurden auch die Ideen und Anregungen der Dornbirner Bevölkerung diskutiert.

Die Stadt hatte nämlich mit einem umfangreichen Beteiligungsverfahren die Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit eingeladen. Über mehrere Monate wurde das Projekt kommuniziert und es gab neben zwei BürgerInnenveranstaltungen auf verschiedenen Wegen die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Insgesamt konnten so rund 250 Vorschläge aus der Bevölkerung in das Projekt eingebracht werden. Sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch die Bevölkerung arbeiteten engagiert mit, was dem Projekt eine breite Basis verschafft hat.

Als dritte wesentliche Säule waren die Fraktionen der Stadtvertretung eingebunden. Auch für die Politik waren die Produkte in mehreren Veranstaltungen und Dokumentationen aufbereitet worden. Der Politik kommt innerhalb des Projekts auch eine Schlüsselrolle zu, muss sie letztlich doch die Entscheidungen über die Umsetzung der Vorschläge treffen. Von vornherein war klar und wichtig, dass „ausgewogen2015“ nur im politischen Konsens durchgeführt werden kann. Die Kommunikation, extern und intern, war von großer Offenheit geprägt. Damit sollte politisches Taktieren verhindert werden. Anlässlich der Präsentation des Projekts vor der Presse waren alle Fraktionen gleichberechtigt vertreten.

387 Ideen wurden von der Politik bewertet

Die Vorschläge wurden den politischen Fraktionen als Bericht der Verwaltung übergeben. Die Parteien hatten die Aufgabe, die Vorschläge zu sichten und auch zu bewerten. Sie taten dies in eigenen Arbeitsgruppen und Fraktionssitzungen. Ausdrücklich erwünscht war das Einbringen eigener Ideen und Anregungen durch die Politik. Die Rückmeldungen an das Projektteam erfolgten vor wenigen Wochen. Sie werden nun in einen Schlussbericht eingearbeitet, der demnächst den zuständigen politischen Gremien zur Be-



Gemeinsame Pressekonferenz aller Fraktionen zum Start von „ausgewogen2015“ – v.l. Projektleiter Vizebürgermeister Mag. Martin Ruepp (ÖVP), Bürgermeister DI Wolfgang Rümmele (ÖVP), Stadtrat DI Martin Konzet (Grüne), Stadtrat Mag. Gebhard Greber (SPÖ), Stadtrat Walter Schönbeck (FPÖ).

schlussfassung vorgelegt werden kann. Darin werden letztlich auch die Aufträge an die Verwaltung zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen formuliert. Einzelne Punkte, die von vornherein außer Streit gestellt werden konnten, sind im Budget der Stadt für dieses Jahr bereits eingebaut. Für andere Maßnahmen werden längere Vorarbeiten notwendig sein. Deshalb wurde als Zeitspanne zur Erreichung der Ziele von „ausgewogen2015“ auch mehrere Jahre gewählt.

Reformprozess wurde in Gang gesetzt

Ein wesentliches Ergebnis dieses Projekts war es, dass damit ein umfassender Reformprozess – mit dem Ziel, „New Public Management“ auf allen Ebenen der Stadtverwaltung einzusetzen – gestartet werden konnte.

Ein Nachfolgeprojekt zur Reform der Dornbirner Stadtverwaltung wurde bereits in Gang gesetzt. Unterstützt wird die Stadt dabei durch das KDZ. Ziel dieses neuen Projekts ist die Einführung eines umfassenden Management-Systems, die Überarbeitung der Organisation, eine

langfristig ausgelegte Personal- und Führungsentwicklung, die Etablierung einer Innovationskultur und die Verbesserung der BürgerInnenorientierung der Stadtverwaltung. Das Projekt wurde bereits gestartet und soll in den kommenden zwei Jahren umgesetzt werden.

FAZIT

Aus einem „Einsparungsprojekt“, das die integrativen Kräfte in der Stadt Dornbirn (BürgerInnen, Verwaltung und Politik) ansprechen und zur Mitarbeit gewinnen konnte, hat sich ein Projekt zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit aller Beteiligten sowie der Managementstrukturen innerhalb der Verwaltung entwickelt. Das große Engagement der beteiligten Gruppen und einzelner Personen war bisher mehr als beeindruckend. Gleichzeitig wurden aber auch die Erwartungen in die Ergebnisse dieses Prozesses hochgeschraubt. Erst das kommende Jahr wird zeigen, inwieweit diese auch erfüllt werden können. Hervorstreichen sind Ernsthaftigkeit und die professionelle Abwicklung des Projekts, das auch bereits im Umfeld Dornbirns für Interesse gesorgt hat. ■

Verwaltungsreform im Rathaus

„Verwalten & gestalten“ nennt sich das Projekt, mit dem die Dornbirner Stadtverwaltung mit einem modernen Managementsystem nach den Regeln des „New Public Management“ ausgestattet werden soll.

Entstanden ist die Initiative aus dem Projekt „ausgewogen2015“, mit welchem die städtischen Produkte und Leitungen effizienter und kostengünstiger gestaltet werden. Das überaus große Engagement von Politik, Verwaltung und BürgerInnen hat das Folgeprojekt begünstigt. Unterstützt wird die Dornbirner Verwaltung dabei von Dr. Klaus Wirth vom KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung, sowie dem Unternehmensberater Dr. Helmut Bechter, der die Stadt Dornbirn schon mehrere Jahre begleitet.

Auch eine öffentliche Verwaltung muss weiterentwickelt werden, um den ständig steigenden und teilweise auch wechselnden Anforderungen mit modernen Managementmethoden und einer zukunftsorientierten Organisation begegnen zu können. Die Instrumente des „New Public Management“ sind eine gute Grundlage für eine solche Entwicklung, die auch in anderen österreichischen Städten erfolgreich umgesetzt werden konnte. Möglichst schlanke aber gut organisierte

Strukturen einer Verwaltung sind die Voraussetzung für eine moderne und effiziente Verwaltung. In Dornbirn wird darauf seit jeher Wert gelegt – der bisherige Erfolg von „ausgewogen2015“ ist unter anderem darauf zurückzuführen. Nun geht die Stadt den nächsten Schritt zu einer Weiterentwicklung der Verwaltung.

Sieben „Bausteine“ werden in den kommenden zwei Jahren intensiv bearbeitet.

- Managementinstrumente – hier geht es darum, die Produkte und Leistungen der Stadtverwaltung nach innen und nach außen transparent darzustellen und steuerbar zu machen.
- Führungsgrundsätze und Führungsleitbild
- Projektmanagement – dies betrifft heute in erster Linie die Großprojekte der Stadt. Es dient zur besseren Organisation und Abwicklung und soll zukünftig auch für kleinere, abteilungs-

übergreifende Projekte herangezogen werden.

- Personalmanagement und Personalentwicklung
- Organisationsstruktur – Der überarbeitete Produktkatalog aus dem Projekt „ausgewogen2015“ ist die Grundlage für die Adaption der Organisation der Stadtverwaltung.
- Kommunikation – Diese Arbeitsgruppe hat zum Ziel, die Kommunikation innerhalb der Verwaltung, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern.
- BürgerInnenservice und BürgerInnenpartizipation

Das Projekt soll in den kommenden zwei Jahren erarbeitet und umgesetzt werden, wobei der Großteil der Reformschritte schon heuer durchgeführt werden soll. Das Dornbirner Rathaus wird gemeinsam mit den städtischen Betrieben eine der modernsten und effizientesten Verwaltungen haben. ■



Wie in anderen Bereichen operiert die Stadt Dornbirn auch bei der Umwelt auf der Basis eines Leitbildes und konkreter Maßnahmen, die jährlich neu definiert und von den politischen Gremien abgesegnet werden müssen.

Diese Vorgangsweise garantiert eine Verbindlichkeit, und die Koordination der konkreten Projekte innerhalb einer eigenen Steuerungsgruppe trägt dem Querschnittcharakter der Materie Rechnung. Das Modell ist durchaus erfolgreich und wird nun schon seit dem Jahr 1999 – das sind immerhin 13 Jahre – mit nachhaltigen und vorzeigbaren Resultaten umgesetzt.

Das Umweltprogramm der Stadt Dornbirn ist sehr komplex. Viele Bereiche der

Verwaltung und des öffentlichen Lebens sind in die Umsetzung eingebunden – es handelt sich um eine klassische Querschnittmaterie. Um die Breite und die Vielfalt besser organisieren zu können, wurde vor Jahren eine Projektsteuerungsgruppe eingerichtet, die sich mindestens viermal jährlich trifft. Hier werden die verschiedenen Umsetzungsschritte abgestimmt, hier werden Projekte entwickelt oder deren Umsetzung überwacht. Diese orientiert sich am Umweltleitbild der

Stadt. Laufende Entwicklung, Kontrolle und Akzeptanz sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung. Die Stadt Dornbirn ist bemüht, das Konzept gemeinsam mit allen Interessenten schrittweise zu realisieren. Jedes Projekt, das verwirklicht werden konnte, zieht ein neues nach sich.

Das Umweltprogramm wird jährlich aktualisiert – das Jahresprogramm wird den zuständigen Gremien im Jänner zur Beschlussfassung vorgelegt. Reduktion von Energie-, Wasser- und Rohstoffverbrauch und dadurch Abfälle und Emissionen einsparen, sind die Ziele: die Umweltbilanz der Stadt Dornbirn verbessert sich mit jedem weiteren Schritt. Die Stadt geht in vielen Bereichen mit positiven Beispielen voran. Viele private InvestorInnen nehmen sich an den Projekten der Stadt ein Beispiel und setzen auch in ihren Bereichen auf Nachhaltigkeit.

Dornbirn bekennt sich im Sinne von „Umweltschutz ist Menschenenschutz“ zur Nachhaltigkeit in seiner Stadtentwicklung. Dies bedeutet eine dauerhafte, umweltgerechte Entwicklung unter Beachtung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz. Die Stadt trägt die höchste Auszeichnung des e5-Programms für energieeffiziente Gemeinden. ■



Busbahnhof Dornbirn: Öffentliche Verkehrsmittel sparen Emissionen.

Zehn Jahre Familienleitbild

Als im Jahr 2002 das Dornbirner Familienleitbild beschlossen wurde, war die Stadt österreichweit Vorreiter. Das Leitbild wurde mit der Beteiligung verschiedener Fachleute aber auch zahlreicher Familien erarbeitet und hatte das Ziel, die zukünftige Familienpolitik festzuschreiben.

Besonders wichtig war dabei, konkrete Maßnahmen herauszuarbeiten, um die Situation für die Familien grundlegend zu verbessern. Heute kann festgestellt werden, dass in allen Bereichen, von der Kinderbetreuung über die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens bis hin zu konkreten Hilfestellungen für Familien, vieles umgesetzt werden konnte. Es ist ein gutes Leitbild und es hat viel bewirkt.

mit Zuwandererfamilien, mit Kindergarten- und SpielgruppenleiterInnen sowie mit SchülerInnen der 4. Schulstufe geführt. Aus diesen Gesprächen und einer Analyse von Fachleuten wurden sogenannte „Idealstandards“ in den wesentlichen Bereichen wie Wohnen, Wohnumfeld, ökonomische Situation und Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben formuliert. Die Stadt hat sich in diesen Bereichen in den vergangenen Jahren erfolgreich enga-

milienpsychologischer, gesellschaftlicher und politischer Grundlage formuliert. Wo die Analyse Handlungsbedarf festgestellt hat, wurden Maßnahmen ausgearbeitet. Da der Bereich der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben besonders auch mit Kinderbetreuung zu tun hat, wurde diese Thematik in Zusammenarbeit mit der Frey-Akademie (als externer Partner) unter dem Titel „Zukunftsorientierte Kinderbetreuung in Dornbirn“ eigenständig bearbeitet. Die wesentlichen Ergebnisse sind in das Familienleitbild eingeflossen.

Maßnahmen aus dem Leitbild:

- Verbesserung der Information und des Beratungsangebotes.
- Verbesserung der Sicherheit: weitere Verkehrsberuhigung in kinderreichen Gebieten.
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben: Flexibilisierung der Arbeitszeiten.
- Verbesserung der Situation von MigrantInnen- und Ein-Elternfamilien.
- Die Einrichtung einer Familienkommission.
- Die Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung bei Bauvorhaben und familienrelevanten Entscheidungen.
- Periodische Evaluation.
- Die Bereitstellung von Informations-, Trainings- und Bildungsangeboten.
- Regelmäßige Präventionsangebote zu Gewalt in Familien.
- Regelmäßige präventive Angebote bezüglich Scheidungsfolgen bei betroffenen Eltern und Kindern.
- Der Aufbau eines internetbasierten Infopools in allen familienrelevanten Fragen.
- Das Eltern-Kind-Zentrum als Informations- und Kommunikationszentrum ausbauen und stärken.

Familienleitbild: Von der Kinderbetreuung über die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens bis hin zu konkreten Hilfestellungen für Familien – vieles wurde bereits umgesetzt.



Wesentlich war bei der Erarbeitung des Leitbildes die Einbindung der Dornbirner Familien. 300 Haushalte mit Kindern bis 14 Jahren wurden damals befragt. Dabei sollte erhoben werden, wie es den Familien geht und was verbessert werden könnte. Auch eine Spielplatzanalyse wurde erarbeitet und es wurden persönliche Interviews

geführt. Das Kernstück des Leitbildes befasst sich mit der Formulierung von Zielen und Maßnahmen in den vier Bereichen: familienfreundliche Wohnbedingungen, lebensfreundliche Nah-Umwelt, materielle Absicherung und Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben. Hier wurden Idealkriterien auf sozialwissenschaftlicher, fa-

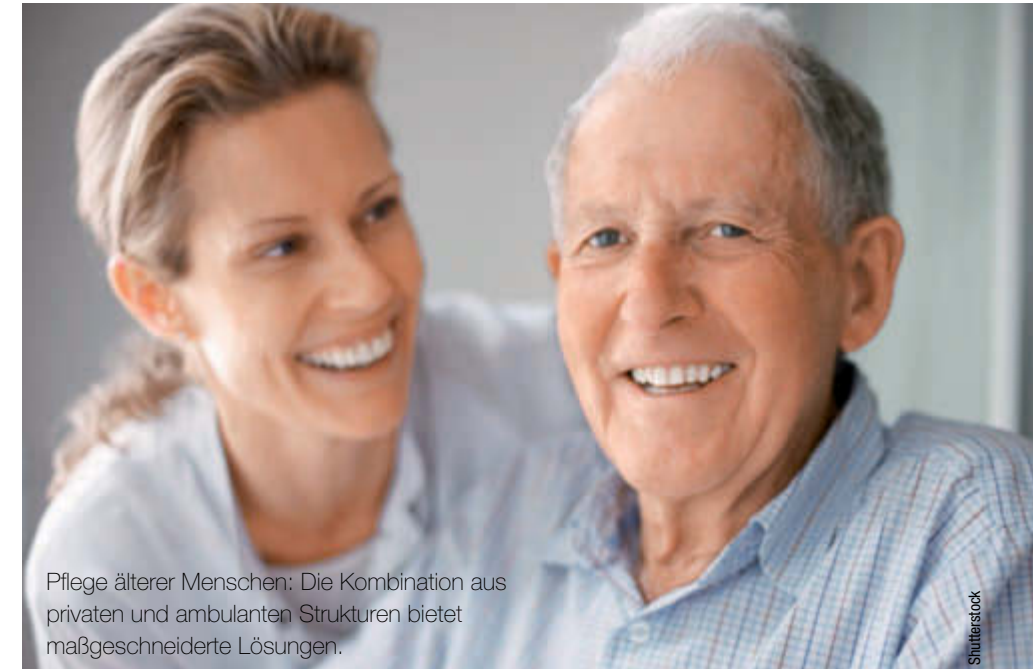
Pflege und Betreuung

Die Zahl der älteren, pflegebedürftigen Menschen nimmt kontinuierlich zu. Das wird auch in den kommenden Jahren anhalten und der Bedarf an Einrichtungen für die Pflege und Betreuung wird langfristig steigen. Die Stadt Dornbirn hat zu diesem Thema ein umfassendes Konzept ausgearbeitet, das die zukünftige Entwicklung und Strategie beschreibt.

Die wesentlichen Ziele des Konzeptes sind: die Stärkung und die bedarfsgerechte Förderung von Prävention, Selbsthilfe, familiäre Netze, ambulante Betreuung und Pflege und Ausbau von betreuten Wohnformen und stationärer Pflege. Durch die Stärkung der privaten und ambulanten Strukturen können maßgeschneiderte Betreuungsbündel angeboten und somit Aufnahmen in die Pflegeheime hinausgezögert oder überhaupt vermieden werden. Als bedeutendes Element in der sozial- und gesundheitspolitischen Strategie ist an dieser Stelle die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit anzuführen. Hier sind es vor allem Familienangehörige, die unbezahlbare, wertvolle Arbeit in der Pflege und Betreuung leisten. Derzeit sind es noch über 70 Prozent Familienangehörige, welche diese Arbeit leisten.

Aufgrund von gesellschaftlichen Veränderungen (Schrumpfung des „Töchterpflegerepotenzials“, Berufstätigkeit der Frauen, etc.) ist damit zu rechnen, dass es zu einer deutlichen Schwächung der familiären Pflege kommt. Besonders wichtig ist daher die Unterstützung und Entlastung der familiären Pflegenetze, z.B. durch Tagesbetreuung, Einsatz von Kranken- und Altenpflegevereinen, mobilen Hilfsdiensten, Seminaren „Rund um die Pflege daheim“, „Aktion Demenz“, Kurzzeitpflege, finanzielle Unterstützung und sozialrechtliche Absicherung der Pflegenden usw., um die familiären Netze möglichst lang und stark zu erhalten.

Die derzeitige Betreuungs- und Pflegequalität kann nur gehalten werden, wenn die schwächer werdenden familiären Netze ausgeglichen werden können. Einerseits wird vermehrter Einsatz von professionellen Diensten unverzichtbar sein – d.h. diese Dienste sind weiterhin auszubauen –, andererseits gilt es, brachliegendes, ehrenamtliches Potenzial, das es in Dornbirn zweifelsohne gibt, zu aktivieren. Wie die



Pflege älterer Menschen: Die Kombination aus privaten und ambulanten Strukturen bietet maßgeschneiderte Lösungen.

Sozialkapitalstudie „Doarobiorar Mitand“ im Jahr 2007 gezeigt hat, besteht in Dornbirn eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren. Die Stadt Dornbirn hat im vergangenen Jahr eine Koordinationsstelle für Ehrenamt im Sozial- und Pflegebereich eingerichtet. Über diese Stelle sind inzwischen eine Reihe von Menschen freiwillig im Dienste von alten und kranken Mitbürgerinnen und Mitbürgern tätig.

Nur wenn auch künftig öffentliche und private Verantwortung für betreuungsbedürftige alte Menschen geteilt wird, ist die Betreuung und Pflege in Zukunft leistbar. Von besonderer Bedeutung wird es sein, eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung an dem Zukunftsthema „Pflege“ zu erreichen, denn die gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Folgen für die Betreuung und Pflege von Menschen haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche.

Die Stadt Dornbirn ist im Betreuungs-

und Pflegebereich Betreiberin von Essen auf Rädern, Tagesbetreuung, Seniorenwohngemeinschaften, Seniorenhäusern, Pflegeheimen, Nachsorgestationen und des Krankenhauses. In all diese Betriebe wird laufend investiert und die Kapazitäten werden kontinuierlich ausgebaut. Daneben gibt die Stadt ideelle und materielle Hilfestellungen für unterschiedliche ambulante AnbieterInnen (Sozialhilfe und Subventionen).

Die enge Verflechtung zwischen ambulanten Diensten und den (teil-)stationären Angeboten ermöglicht maßgeschneiderte und flexible Lösungen für alle Betreuungsbedürftigen der Stadt, auch wenn sich deren Situation öfters ändert. Je wirksamer der ambulante Bereich funktioniert, umso weniger sind höherschwellige Betreuungseinrichtungen erforderlich. Die Planung von stationärer und ambulanter Betreuung und Pflege muss daher integriert erfolgen, da sich diese beiden Bereiche gegenseitig ergänzen.

Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik

Mit rund 13,5 Prozent Dornbirnerinnen und Dornbirnern, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zugewandert sind, weist die Stadt einen relativ großen Anteil an MigrantInnen auf. Einst als „GastarbeiterInnen“ beschäftigt, hatten diese Menschen zunächst die baldige Rückkehr in ihr Heimatland im Sinn.

Dies hat sich im Laufe der Jahre geändert – sie haben ihr „Gastland“ zu ihrer neuen Heimat gemacht. Um die aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Integration zu benennen und um Maßnahmen dagegen zu entwickeln, wurde daher von der Stadt Dornbirn im Jahr 2002 ein Integrationsleitbild erarbeitet, das schrittweise umgesetzt wurde.

Das Leitbild, das von Rebekka Ehret vom ethnologischen Seminar der Universität Basel und von Kenan Güngör, Leiter des Büros für angewandte Sozialforschung und Entwicklung, verfasst wurde, war der Startschuss für einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik der Stadt Dornbirn. Präventiv sollten die Maßnahmen einen positiven Umgang mit der Vielfalt und Differenz ermöglichen. Sensibilität

und Information, vor allem aber auch konkrete Angebote und Maßnahmen wurden in den vergangenen Jahren gelebt. Dornbirn gilt als eine der Vorreiterinnen im Bereich der neuen Integrationspolitik. Die Schaffung einer neuen Struktur, in der die laufende Umsetzung des Leitbildes in der Verwaltung institutionalisiert wurde, war eine der wesentlichen Maßnahmen in der Umsetzung. Neben einer eigenen Fachstelle für Integration wurde bei der Stadt auch ein politisches Referat geschaffen. Die Institutionalisierung ermöglicht auch die Vernetzung der unterschiedlichen Maßnahmen: Integrationsarbeit wird in Dornbirn als Querschnittsmaterie gesehen und behandelt. Integrationsarbeit ist dadurch in verschiedenen Initiativen und Abteilungen der Verwal-

tung ein Thema. Die Fachstelle koordiniert diese Maßnahmen, regt sie an und bringt ihre Kompetenz in der Planung und Umsetzung ein.

Sensibilisierung und laufende Bewusstseinsbildung – sowohl für Dornbirnerinnen und Dornbirner migrantischer Herkunft als auch für die hier Geborenen – sind die Schlüssel für positive Integrationsarbeit. Informationen helfen, die Diskussion und den Umgang mit dem „Unbekannten“ zu versachlichen. Im Dornbirner Gemeindeblatt wurde in den vergangenen Jahren immer wieder auf das Integrationsleitbild und seine Schwerpunkte hingewiesen. Aber auch die laufenden Maßnahmen – beispielsweise aus den Angeboten zum Spracherwerb in allen Altersstufen, oder auch im sozialen Bereich – wurden darin kommuniziert. So werden beispielsweise auch heuer die Feiertage der verschiedenen Kulturen beschrieben und erklärt – eine Information, aber auch ein Zeichen des gegenseitigen Respekts.

Weitere Maßnahmen wurden im Bildungsbereich und insbesondere zum Spracherwerb umgesetzt. Mit dem Projekt „Spracherwerb zum Kindergarten-eintritt“ konnte in den vergangenen sechs Jahren bereits mehr als 500 Kindern der Einstieg in den Kindergarten und später in ihre Bildungslaufbahn erleichtert werden. Neben der Förderung von Kindern mit unzureichenden Deutschkenntnissen wurden in diesen Kursen auch die Eltern befähigt, selbst ihre Kinder zu fördern und damit Eigenverantwortung zu übernehmen. Den Eltern wurden in einer großen Informationskampagne der Stadt die Chancen guter Bildung näher gebracht. Das Echo war und ist sehr gut. ■



Das Projekt „Spracherwerb zum Kindergarten-eintritt“ konnte bereits mehr als 500 Kindern der Einstieg in den Kindergarten erleichtern.

Shutterstock

Europa-Infostelle: Vorsprung durch Information

Dass Österreich vom Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft profitiert hat, ist unbestritten. Wichtige Förderprogramme der EU haben hier Entwicklungen angekurbelt und ermöglicht, die ohne diese Unterstützung nicht möglich gewesen wären.

Dornbirn war als Bezirk unmittelbar nach dem Beitritt als „Ziel-2-Gebiet“ eingestuft. Grund war die Abwanderung der langjährigen Leitindustrie: die Textilfirmen, die jahrzehntelang die wichtigsten ArbeitgeberInnen waren, verlagerten ihre Produktion in Billiglohnländer oder gaben diese überhaupt auf.

Die Förderprogramme der EU bewegten über mehrere Jahre hinweg ein enormes Investitionsvolumen. In relativ kurzer Zeit entstanden in den ehemaligen Arealen der Textilindustrie Wirtschaftsparks, neue Unternehmen und schließlich ein Branchenmix, der die Dornbirner Wirtschaft heute auf vielen und vor allem stabilen Beinen stehen lässt. Die Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes haben private InvestorInnen zu großen und mutigen Projekten animiert. Die Beispiele können sich sehen lassen: In Rhomberts Fabrik, einem ehemaligen Textilareal, arbeiten heute mehr Menschen als zur Hochblüte der Textilindustrie. Aber auch die „inatura“, das naturkundliche Museum der Stadt und des Landes, das ebenfalls in einem ehemaligen Industrieareal eingebettet werden konnte, wurde als landesweites Vorzeigeprojekt – mit Fördermitteln der EU und angeknüpft an andere öffentliche Einrichtungen – finanziert.

Der Bezirk Dornbirn und insbesondere die Stadt haben gemeinsam mit den InvestorInnen die Ziel-2-Förderröpfe ausgesprochen gut ausgeschöpft und damit erheblich dazu beigetragen, das Investitionsvolumen, das ja den Strukturwandel beschleunigen sollte, zu bewegen. Die EU-Infostelle in Dornbirn ist Teil eines EU-weiten Netzes von Informationsstellen der EU-Kommission. Es gibt mittlerweile mehr als 500 solcher Informationsstellen in den 27 EU-Staaten. Wichtigstes Ziel

der EU-Infostellen ist es, unbürokratisch und bürgerInnennah über die EU zu informieren.

Die EU-Infostellen arbeiten mit anderen lokalen, nationalen und europäischen Netzwerken zusammen, wie beispielsweise die Europaabteilung des Landes oder die Vertretung der EU-Kommission in Wien.

Die EU-Infostelle Dornbirn wurde im Jahr 1998 eingerichtet. In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt der Aktivitäten in der Information zu den einzelnen EU-Förderprogrammen. Dazu wurden zahlreiche Veranstaltungen mit EU-FörderexpertInnen sowie EU-Fördersprechtag für Betriebe, Banken und Wirtschaftstreibende organisiert.

Für die Durchführung von Veranstaltungen

steht der EU-Infostelle ein ReferentInnenpool zur Verfügung. Erheblich ausgeweitet hat sich in den vergangenen Monaten die Informationsarbeit mit den Schulen durch Bereitstellung entsprechender Informationspakete für den Unterricht, aktueller Broschüren und Landkarten, Unterstützung bei Exkursionen nach Straßburg und Brüssel, Hilfestellung bei der Vermittlung von Praktika, Teilnahme an Austauschprogrammen, etc. Darüber hinaus werden aktuelle EU-Themen in Form von Infoveranstaltungen und Informationsständen gemeinsam mit PartnerInnen und ExpertInnen aus dem Europabereich diskutiert. ■

INFO: www.europainfo.at



Die EU-Infostelle in Dornbirn ist Teil eines EU-weiten Netzes von Informationsstellen der EU-Kommission.

Stadt Dornbirn

Willkommen in Dornbirn!

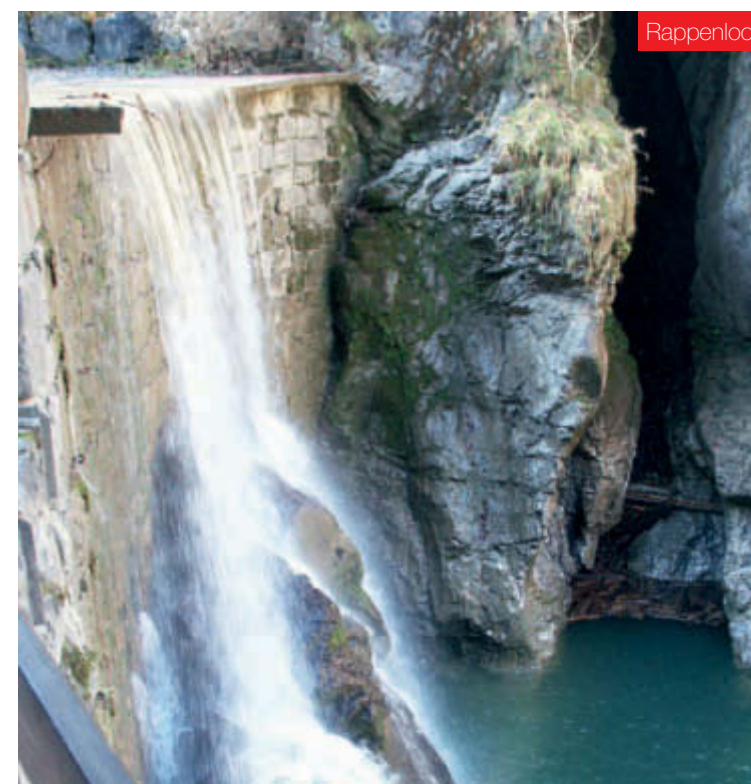
DORNBIRN IN BILDERN – Die Wirtschaftsstadt spiegelt ihre Lebendigkeit in der gesamten Vielfalt wider. Erholungsräume verschiedenster Art sowie Kultur- und Freizeitangebote laden die Gäste zum Verweilen ein.



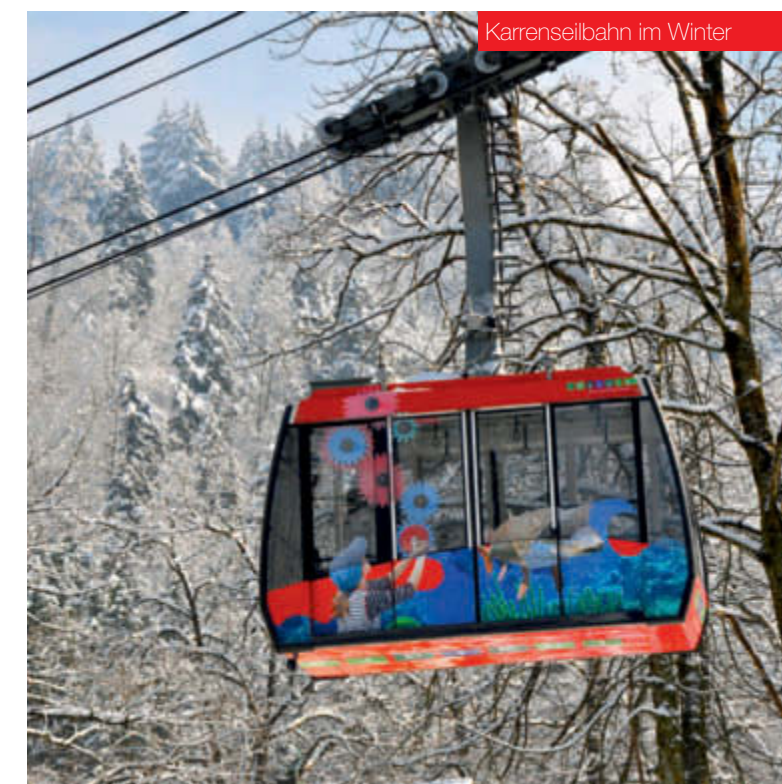
Watzenegg-Kirche



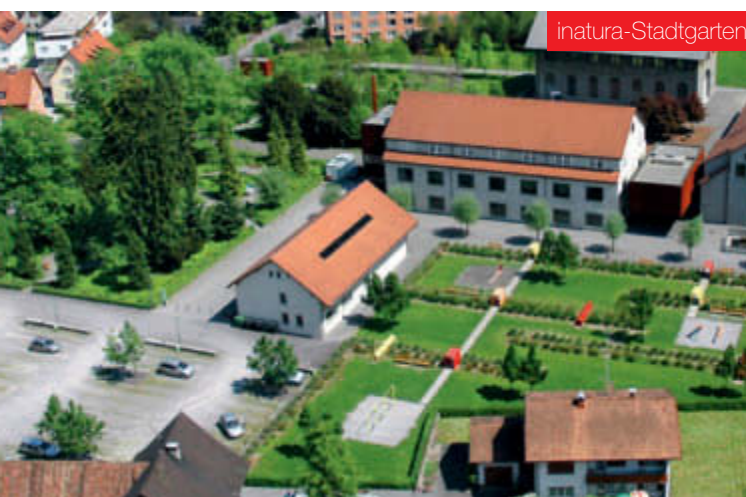
Bahnhof Areal



Rappenloch



Karrensesselbahn im Winter



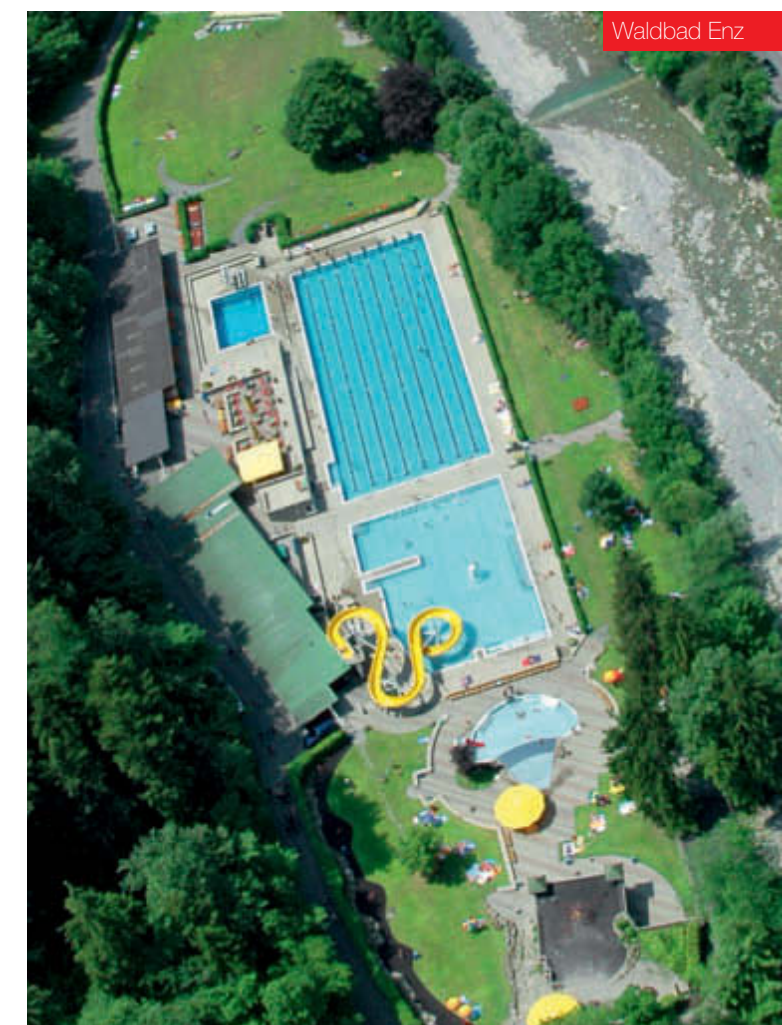
inatura-Stadtgarten



Wochenmarkt



Kläranlage-ARA



Waldbad Enz



Messepark-Messegelände



Krankenhaus-Zubau



Automeile Richtung Norden



Erstes EU-Städteforum: Cities, what else?

Die Frage „Wie kann das Potenzial der Städte im Rahmen der Kohäsionspolitik bestmöglich zur Verbesserung der europäischen Wirtschaft eingesetzt werden?“ stand im Zentrum der Diskussionen beim ersten EU-Städteforum, das im Februar 2012 in Brüssel stattfand.

Um die Dynamik der Diskussion über die städtische Dimension der Kohäsionspolitik aufrecht zu erhalten, die die Europäische Kommission (EK) mit der Vorlage der Verordnungsentwürfe für die Strukturfondsperiode 2014-2020 ausgelöst hatte, lud sie am 16. Februar zu einem EU-Städteforum nach Brüssel. Mehr als 400 TeilnehmerInnen folgten dieser Einladung.

In seiner Eröffnungsrede erinnerte Kommissar Hahn zunächst an die bekannten Fakten: Mehr als zwei Drittel der Europäer leben in Städten, 70 Prozent der CO₂-Emissionen werden in den Städten produziert, teilweise wegen schlechter Wärmedämmung. Thermische Sanierungsprogramme haben die größten kurzfristigen Effekte. Auch soziale Probleme zeigen sich zuerst in Städten, hier müssen sie auch gelöst werden. Städte sind also Plätze, wo sowohl Probleme auftreten, als auch Lösungen gefunden werden. Somit spielen Städte die zentrale Rolle für die zukünftige Entwicklung Europas. Zur Bewältigung der genannten Herausforderungen sei die Kohäsionspolitik das „beste Pferd im Stall“ der EK. Deshalb sollten Städte – nicht nur im Rahmen der Kohä-

sionspolitik – als wichtige Partner anerkannt und ihr Einfluss auf die Politikgestaltung vergrößert werden. Aus all diesen Gründen sollten mindestens fünf Prozent der Regionalfondsmittel für Initiativen verwendet werden, die unterschiedliche Sektoren und Fonds zu einer abgestimmten Investitionsstrategie verbinden, die direkt von Städten gemanagt werden: Sogenannte „ITIs“, Integrierte Territoriale Initiativen. Weiters sieht der Vorschlag der EK vor, dass 0,2 Prozent der EFRE-Mittel – etwa 400 Millionen Euro – für innovative städtische Maßnahmen verwendet werden. Die vorgeschlagene Städteplattform soll dem Austausch innovativer Ideen und Maßnahmen dienen. Laut Kommissar Hahn böten die Regelungen zudem genug Spiel-

raum zur Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten: So lebten in Rumänien nur 5 Prozent der städtischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, in englischen Städten sind es 20 Prozent. In dänischen Städten haben 33 Prozent der BewohnerInnen kein eigenes Auto, weil der Anteil der mit dem Rad zurückgelegten Wege sehr hoch ist, in italienischen Städten ist hingegen der Anteil der mit dem Auto zurückgelegten Wege sehr hoch. Insgesamt war die Rede von Kommissar Hahn ein klares Plädoyer für eine Stärkung der städtischen Dimension der Kohäsionspolitik. Bei den 5 Prozent handle es sich um eine Untergrenze! Dies kam bei den Anwesenden naturgemäß sehr gut an. Dass diese Sichtweise nicht von allen Mitgliedstaaten geteilt wird, zeichnet sich in den Diskussionen zur zukünftigen Ko-

Das „allererste“ europäische Städteforum hat 1998 in Wien stattgefunden.

häsionspolitik allerdings bereits ab. Insbesondere die Mittelreservierung für Städte empfindet eine Reihe von Mitgliedstaaten (leider auch Deutschland) als Einmischung in ihre nationale Kompetenz. Auch die dänische Präsidentschaft steht dem Vorschlag der EK skeptisch gegenüber. Insgesamt sieht es derzeit aber nach einer Mehrheit für den Vorschlag aus. Auf das mögliche neue Instrument „Integrierte Territoriale Investments (= ITIs)“ ging Rudolf Niessler, Direktor der GD Regio, noch detaillierter ein. Dabei soll es sich um größere substantielle Investitionen handeln, zu denen mehrere Partner und unterschiedliche Fonds bzw. operationelle Programme beitragen. Die Hauptprioritäten der Investitionen müssten intelligent, nachhaltig und inklusiv sein. Beispielsweise könnte zu einer Qualifizierungsmaßnahme hinsichtlich der Personen das nationale ESF-Programm, hinsichtlich der erforderlichen Infrastruktur das regionale EFRE-Programm beitragen. Das Management sollte unmittelbar durch Städte oder Metropolregionen erfolgen. Diese sollten dann auch in der geplanten Städteplattform mitwirken und ihre Erfahrungen weiterkommunizieren. Mit ITIs soll auch die Einbeziehung von Mittelstädten und funktionalen Stadtregionen ermöglicht werden. Vor allem letzteres klingt in der Theorie sehr interessant. In der Praxis sind aber noch viele Fragen offen: Ist das Instrument der ITIs verpflichtend anzuwenden? Wie erfolgt die Kofinanzierung? ... Erst wenn diese Fragen geklärt sind, wird sich zeigen, ob eine ITI ein geeignetes Mittel darstellt, die Kooperation in den funktionalen Stadtregionen Graz, Linz oder Wien zu verbessern. In den Beiträgen des Städteforums gab es relativ wenige politische Vorschläge. Gewohnt pointiert argumentierte der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Jan Olbrycht: Er schlug vor, dass in die nationalen Partnerschaftsverträge anstelle der

von der Europäischen Kommission vorgesehenen Liste von involvierten Städten, eine Liste von funktionalen Stadtregionen aufgenommen werden sollte. Dies wäre wirklich innovativ, dafür werde sich das Europäische Parlament einsetzen. Hanna Gronkiewicz-Waltz, Bürgermeisterin von Warschau und Vize-Präsidentin von Eurocities, forderte, die städtische Dimension in allen elf inhaltlichen Prioritätsfeldern explizit zu verankern. Ebenso sollte der für Städte reservierte Anteil deutlich angehoben werden, 10 oder 15 Prozent wären besser. Zweifelsohne. Den Gegenpol zu diesen Ausführungen stellten jene von Mercedes Bresso, der Präsidentin des AdRs, dar: Funktionsgemäß sprach sie sich gegen eine Zuteilung von Finanzmitteln unterhalb der Regionsebene aus. Begründung: Dadurch würde die Umsetzung zu kompliziert. Anstelle der vorgeschlagenen Städteplattform sollten bereits bestehende Netzwerke besser genutzt werden. Allerdings war Bresso auch eine der wenigen, die sich gegen eine vollständige Unterwerfung der Kohäsionspolitik unter die „Europa 2020“-Ziele aussprach: Kohäsion sei ein selbständiges Ziel.

Die meisten anderen Beiträge stellten konkrete Projekte in den Mittelpunkt. Nicht unerwähnt sollte der Umstand bleiben, dass auch die Kommissarin für Klimamaßnahmen, Connie Hedegaard, zu den TeilnehmerInnen sprach. Die Vorteile der thermischen Gebäudesanierung standen dabei im Zentrum, z.B. konnten so in Dänemark mit einer Investition von 135.000 Euro zwei Vollzeitbeitsplätze für ein Jahr geschaffen werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden: Mit dem ersten EU-Städteforum versuchte die EK, etwa zur Mitte der Verhandlungen zur Kohäsionspolitik ab 2014, das Städtethema nochmals in den Vordergrund zu rücken. Dafür gebührt ihr Dank. Ob der Versuch erfolgreich war, werden die nächsten Monate zeigen. Das „allererste“ europäische Städteforum hat bekanntlich 1998 in Wien stattgefunden. Es bleibt zu hoffen, dass bis zum nächsten nicht wieder 14 Jahre vergehen.

Mag. Reinhard Troper, Abteilung Europäische Angelegenheiten, Stadt Wien

Was denken Österreichs SchülerInnen über die Europäische Bürgerinitiative?

90 Prozent der österreichischen SchülerInnen ab 16 Jahre planen, die Europäische Bürgerinitiative als neues politisches Mitspracherecht zu nutzen, wenn ihnen das Thema wichtig ist – selbst wenn sie politische Folgemaßnahmen für unwahrscheinlich halten.

Ab April 2012 tritt in den EU-Mitgliedsländern die Verordnung zur „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt kann die europäische Bevölkerung Unterschriften sammeln, um für ein Anliegen einzutreten und so Anstoß für ein neues EU-Gesetz geben. Voraussetzung dafür ist, dass insgesamt eine Million EuropäerInnen aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten ihre Unterschrift abgeben. Alle wahlberechtigten EU-BürgerInnen können sich an einer solchen EU-weiten Bürgerinitiative beteiligen. Österreich ist das einzige Land, in dem bereits Jugendliche ab 16 Jahren durch ihre Unterschrift eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen können. Vor

diesem Hintergrund hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik im Oktober/November 2011 eine schriftliche Umfrage unter österreichweit 1296 SchülerInnen durchgeführt. Befragt wurden Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren aus 23 Schulen unterschiedlicher Schultypen (BG, BRG, BORG, HAK, HTL, HLW, Fachschule, Handelsschule, Berufsschule) in allen österreichischen Bundesländern.

Bereit zu Mitsprache, aber wenig Vertrauen in politische Umsetzung

Österreichs Jugendliche ab 16 Jahre befürworten die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative zu insgesamt 96 Prozent. Obwohl zwei Drittel (67 Prozent) der SchülerInnen es für unwahrscheinlich halten, dass auf eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative tatsächlich gesetzgeberische Maßnahmen folgen, planen sie, die Europäische Bürgerinitiative als neues europäisches Mitspracherecht auch zu nutzen: 90 Prozent wollen eine Bürgerinitiative unterschreiben, wenn ihnen das behandelte Thema wichtig ist.

Mitspracherecht auch für AltersgenossInnen in den anderen EU-Ländern

84 Prozent stimmen der Aussage zu, dass durch die Europäische Bürgerinitiative die Menschen in der EU mehr Mitspracherecht bekommen. Dieses Recht auf mehr Mitbestimmung wünschen sich die SchülerInnen mehrheitlich (64 Prozent) auch für ihre AltersgenossInnen in anderen europäischen Ländern. Diese dürfen bekanntlich erst ab 18 Jahren eine Bürgerinitiative unterschreiben.

Fehlende Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative

Nur etwa ein Fünftel der Befragten (22 Prozent) hat schon zuvor einmal von der Europäischen Bürgerinitiative gehört. Die Information wurde meist aus Zeitungen (9 Prozent) und dem Fernsehen (8 Prozent) entnommen. Radio (4 Prozent) und Internet (3 Prozent) spielen als Informationsquelle bisher nur eine geringe Rolle. Jene SchülerInnen, die Bereitschaft zu politischem Engagement ausdrücken, zeigen auch eher Wissen zur Europäischen Bürgerinitiative.

Aufwand nicht zu hoch

Die Befürchtungen mancher Erwachsener teilt Österreichs Jugend nicht: Fast zwei Drittel der Jugendlichen (65 Prozent) bestreiten, dass der Aufwand des Unterschriftensammelns in sieben verschiedenen Ländern zu groß sei. Auch die in Österreich erforderliche Angabe der persönlichen ID-Nummer bei einer Unterstützung der Bürgerinitiative stellt für eine überwiegende Mehrheit der SchülerInnen (62 Prozent) kein Hindernis dar.

Abschaffung der Atomkraftwerke vor Gentechnik-Verbot

89 Prozent der SchülerInnen glauben, dass eine Europäische Bürgerinitiative zur Abschaffung der Atomkraftwerke in der EU lohnenswert wäre. Je jünger die Befragten, desto mehr wird eine solche Bürgerinitiative befürwortet. Die weiblichen Befragten, die eine solche Bürgerinitiative unter-

stützen, sind zahlreicher als die männlichen Befragten.

Fast genauso wichtig sind den SchülerInnen die bereits geplanten Initiativen zum Verbot von Gentechnik in Nahrungsmitteln in der EU (82 Prozent) und für faire Handy-Roaming-Gebühren in der EU (78 Prozent). Eine Europäische Bürgerinitiative zu schärferen Asylregelungen wünschen sich 63 Prozent – Männer etwas häufiger als Frauen. Die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie ein europaweiter einkaufsfreier Sonntag stehen mit jeweils 37 Prozent etwas weiter unten auf der Prioritätenliste der jungen ÖsterreicherInnen. Für letzteres Thema zeigten ältere SchülerInnen sowie jene aus den Bundesländern vergleichbar mehr Interesse.

Schul- und Bildungsthemen im Vordergrund

Würden die Jugendlichen selbst ein Thema für eine Europäische Bürgerinitia-

tive vorschlagen, so ist ein direkter Bezug zum Lebensalltag der jungen Menschen erkennbar: 59 Prozent wählen ein Thema aus dem Bereich „Schule und Bildung“. 36 Prozent votieren für Jugend-Themen, 32 Prozent für ein Thema aus dem Bereich Migration, 31 Prozent für ein Thema aus der Arbeitswelt. Dahinter rangieren Wirtschaft (24 Prozent), Sport (18 Prozent), Europa (17 Prozent), Kultur (12 Prozent) und Religion (14 Prozent). Frauen geben in fast allen Bereichen häufiger Nennungen ab als Männer. Speziell zu Arbeits- und Migrationsthemen zeigen Frauen mehr konkrete Ideen und Änderungswünsche im Rahmen einer Europäischen Bürgerinitiative als Männer.

„Welten-Zusammenführungstage“ und die Sorge vor Schulden-Last

Die persönlichen Themen-Vorschläge der SchülerInnen für eine Europäische Bürgerinitiative zeigen, dass den Jugendli-

chen Information, Transparenz und Einbindung wichtig sind: Die Ideen reichen von verkleinerten und transparenteren EU-Institutionen, effizienteren EU-Informationsportalen für einen besseren Einblick in die EU bis hin zur Ernennung von JugendvertreterInnen in den EU-Institutionen als Sprachrohr für die Interessen junger EuropäerInnen.

Unter den weiteren Vorschlägen finden sich unter anderem „Welten-Zusammenführungstage“ mit VertreterInnen aus anderen Kontinenten, europaweit einheitliche Lehrpläne, politische Bildung als europaweites Unterrichtsfach, gratis SMS in ganz Europa, EU-weite Förderung von unbekannten Sportarten, Förderung regionaler Produkte und regionaler Kultur, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und mehr Zukunftsperspektiven für Jugendliche, „um uns nicht in den EU-Schulden sitzen zu lassen“.

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik



Linz AG

MAN TGS mit Euro5+EEV.
Autorisiert von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG).

KONSEQUENT EFFIZIENT 

MAN Truck & Bus Vertrieb Österreich AG
Ein Unternehmen der MAN Truck & Bus AG



Der MAN für kommunale
Einsätze. Einer für alles.

Made in Austria-Nutzfahrzeuge: Ob Winterdienst, Müllabfuhr oder Kanalreinigung - leise, sauber, zuverlässig und wirtschaftlich auch im schwersten Einsatz. Erfüllen Euro5 und EEV.

MAN ist als erster LKW-Hersteller autorisiert für Gemeinden und öffentliche Bedarfsträger von der Bundesbeschaffung GmbH (BBG). Informieren Sie sich bei Ihrem MAN-Partner oder unter www.mantruckandbus.at

**MADE IN
AUSTRIA**

MAN Truck & Bus



Aktives Altern

Das Jahr 2012 wurde von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ erklärt. Federführend wird dieses Jahr in Österreich, wie bereits die letzten beiden EU-Jahre, vom BMASK betreut.

ÖsterreicherInnen machen sich Sorgen über das Älter-Werden

Nicht nur PolitikerInnen beschäftigen derzeit Themen wie Pensionsreform oder Pflegefonds, sondern auch die ÖsterreicherInnen machen sich immer mehr Gedanken über das Älterwerden. Laut einer IMAS-Umfrage gehören zu den größten Sorgen die Angst, ein Pflegefall zu werden und von anderen abhängig zu sein (77%), die Angst allein leben zu müssen und nicht mehr in der Lage zu sein, sich selbst zu versorgen (67%) und die Angst eine/n LebenspartnerIn zu verlieren (63%). Für immerhin noch 47% ist es eine schreckliche Vorstellung, den Lebensabend allein in einem SeniorInnenheim verbringen zu müssen.

Mit dem EU-Jahr sollen die Mitgliedstaaten, ihre lokalen und regionalen Behörden, die SozialpartnerInnen, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft ermutigt werden, in diesem Jahr Aktives Altern zu fördern und mehr zu unternehmen, um das Potenzial der rasch wachsenden Bevölkerungsgruppe der Menschen im Alter von Ende 50 und älter zu mobilisieren.

In Österreich wurde gemäß diesen Vorgaben ein Nationaler Lenkungsausschuss mit den unterschiedlichsten AkteurInnen, zu denen auch der Österreichische Städtebund gehört, eingerichtet. Dieser hat ein nationales Arbeitsprogramm erarbeitet und koordiniert dessen Umsetzung. Für Österreich stehen insbesondere der demographische Wandel sowie die damit verbundenen Herausforderungen im Mittelpunkt.

Das Europäische Jahr soll sichtbar machen, was an Aktivitäten zur Schaffung einer Kultur des Aktiven Alterns gesetzt wird.

Diese sollen während des Europäischen Jahres 2012 in vier zusammenfassenden



Themenbereichen aufbereitet und für eine breite Öffentlichkeit – national und international – sichtbar gemacht werden:

- Arbeitswelten: längerer Verbleib im Arbeitsprozess, Betriebe sollen hinsichtlich der Einsetzbarkeit und Arbeitsfähigkeit von älteren Arbeitskräften unterstützt werden; ältere ArbeitnehmerInnen sollen motiviert werden, dem Betrieb ihren reichen Erfahrungsschatz länger zur Verfügung zu stellen statt auf eine frühzeitige Pension hinzuarbeiten;
- Teilhabe/Partizipation: Optimierung der Möglichkeiten, im zunehmenden Alter die Gesundheit zu wahren, am Leben der sozialen Umgebung teilzunehmen, persönliche Sicherheit gewährleisten zu wissen und somit die Lebensqualität zu verbessern;
- Altern in Würde: Förderung der individuellen und kollektiven Selbstvorsorge; Gestaltung altersadäquater Umfelder wie Wohnen, Verkehr und Zugänglichkeit von Gebäuden, öffentlicher Räume und Institutionen; Stärkung der Lebensqualität äl-

ter Menschen, auch jener die schwach, beeinträchtigt und pflegebedürftig sind;

- Generationenbeziehungen: Stärkung des intergenerationellen Austausches und der Kooperationen von Alt und Jung.

Diese Zielsetzungen wurden und werden in einer Reihe von Projekten auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt, wobei insbesondere regionale Institutionen eine VorreiterInnenrolle einnehmen. So hat beispielsweise die Stadt Salzburg die Beratungsstelle „Arbeit hat Zukunft“ eingerichtet, in der speziell arbeitslose BürgerInnen ab 40 Jahren durch Einzelberatungen, EDV-Coachings und Bewerbungstrainings unterstützt werden sollen. Weiters initiierte die Stadt im Rahmen des Projektes „Sicher Fit über 50“ ein Programm zur Verbesserung der motorischen Fähigkeiten von ArbeitnehmerInnen über 50, um so ihre Mobilität möglichst lange zu erhalten und gleichzeitig auch das Sturzrisiko zu vermindern.

INFOS:

Österreichische Koordinierungsstelle (BMASK): www.aktivesaltern2012.at
Europäische Kommission: <http://ec.europa.eu/social/ey2012.jsp>

Mitglied des Europäischen Parlaments:



MdEP Josef Weidenholzer: Engagement für die Zivilgesellschaft

Er kandidierte bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 auf der Liste der SPÖ auf dem fünften Listenplatz, den er knapp verfehlte, doch mit dem Inkrafttreten des Lisabon Vertrages erhielt Österreich zwei zusätzliche Sitze.

Nach einer langwierigen bürokratischen Prozedur war es allerdings erst am 1. Dezember 2011 möglich, dieses Mandat anzutreten. 2009 war auch das erste Mal, dass er für die Sozialdemokratie an wählbarer Stelle kandidierte.

Neben seiner Tätigkeit als Europa-Abgeordneter ist er Professor für Gesellschafts- und Sozialpolitik und Vorstand des gleichnamigen Instituts an der Johannes-Kepler-Universität Linz. Josef Weidenholzer absolviert seine

„Politik bedeutet, mit Menschen zu sprechen, ihnen zuzuhören und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Ich weiß, dass das der richtige Weg ist und werde diesen auch fortsetzen.“

Josef Weidenholzer

Sprechstunden auch gerne auf öffentlichen Plätzen und Wochenmärkten.

Seit 1991 ist er Präsident der Volkshilfe Österreich. Die Volkshilfe gehört zu den großen Wohlfahrtsverbänden Österreichs und beschäftigt als

soziales Dienstleistungsunternehmen über 9000 MitarbeiterInnen in ganz Österreich. Die Volkshilfe versteht sich aber auch als soziale Bewegung, die aktives Lobbying gegen Armut und jede Form von Ausgrenzung betreibt.

Darüber hinaus ist er als Präsident von Solidar, dem internationalen Netzwerk der nichtkonfessionellen Hilfsorganisationen, schon seit 2007 regelmäßig in Brüssel. Durch dieses Engagement im europäischen Kontext konnte er schon vor seinem Einzug ins EU-Parlament viele Freundschaften zu AktivistInnen in den europäischen NGOs und sozialdemokratischen Parteien knüpfen. Er ist auch Mitbegründer und Vorsitzender des Vereins Momentum. Ziel der jährlich in Hallstatt stattfindenden Kongressreihe Momentum ist die Entwicklung von alternativen Konzepten zum derzeit vorherrschenden Neoliberalismus.

Ausschüsse

Josef Weidenholzer ist Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten Justiz und Inneres (LIBE) mit dem Tätigkeitsbereich Menschenrechte, Asyl, Datenschutz, polizeiliche und justizielle

Zusammenarbeit. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in der Sicherung der Grundrechte. Der Datenschutz war auch gleich ein sehr aktuelles Thema, denn ACTA, das PNR-Abkommen und die Vorratsdatenspeicherung stellen einen massiven Eingriff in die Privatsphäre der BürgerInnen dar.

Er ist darüber hinaus noch Mitglied der Iran-Delegation. Der Iran ist ein Thema, mit dem er sich schon seit Jahren auseinandersetzt und derzeit auch ein sehr kompliziertes. Besonders die Unterstützung der demokratischen Kräfte ist ihm ein Anliegen: es ist zu wenig, nur auf Sanktionen und Drohungen zu setzen.

Für den kürzlich beschlossenen, temporären Sonderausschuss der EU für organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche wurde Josef Weidenholzer als eines der 45 Mitglieder gewählt. Der Sonderausschuss, auch „Mafia-Ausschuss“ genannt, wird in den nächsten zwölf Monaten den Einfluss des organisierten Verbrechens auf die Wirtschaft untersuchen.

HYPO NOE Gruppe – Partner der Gemeinden

Die HYPO NOE Gruppe erkannte schon sehr früh, dass die öffentliche Hand einen Spezialisten für Finanzierungen benötigt und hat daher als eine der ersten Banken Österreichs 'Public Finance' zu einem strategischen Geschäftsfeld entwickelt.



Wolfgang Viehauser,
Stv. Vorstand und Leiter Public
Finance der HYPO NOE Gruppe:

„Wir unterstützen unsere Kunden bereits von der Grundidee weg und bieten im öffentlichen Hochbau Lösungen quasi ‚aus einer Hand‘ an. Das Spektrum reicht von der Erstellung der Planrechnung oder einem Aufbau einer Errichtungsgesellschaft über das Management von Immobilien bis hin zur Nachbetreuung der Projekte.“

Info: www.hyponoe.at

Besuchen Sie uns beim Städtetag auf
Stand Nr. 9 – wir freuen uns auf das Gespräch!

ELF NEUE CAMPUS-STANDORTE FÜR WIEN

In Wien werden in den nächsten Jahren 18 neue Ganztagsschulen und elf Kindergärten um 600 Mio. Euro gebaut. Damit können insgesamt elf neue Campus-Standorte entstehen.

Mehr zum Thema „Schulen in Wien“ auf www.wien.at. Bild rechts unten: Bildungscampus am Donaufeld Nord. Ganz rechtes Bild: Bildungscampus am Nordbahnhof.



Fotos: Andrew Rinkhy (1), Kaufmann - Wanas ZT GmbH (1), Ganguly & Kristiner Architekten ZT GmbH (1)

Die aktuellen Prognosen weisen auf steigende SchülerInnenzahlen hin, außerdem erfordern neue Wohnbauten, die steigende Nachfrage nach Campus-Standorten und nach ganztägiger Betreuung den Bau von Schulen und Kindergärten. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auch auf Kinder mit Behinderungen gelegt werden.

Konkret sollen bis zum Jahr 2022 insgesamt elf neue Volksschulen, drei Hauptschulen und vier Sonderpädagogische Zentren entstehen. Das entspricht 255 neuen Klassen. Außerdem werden elf neue Kindergärten für insgesamt 119 Gruppen gebaut. Die Standorte, die großteils in Form eines Campus realisiert werden, richten sich nach der prognostizierten Bevölkerungs- und Stadtentwicklung: Im Fokus sind dabei die Regionen nördlich der Donau (Stadlau, Jedlese, Kagran, Stammersdorf) sowie am Nordbahnhof und im Süden bzw. Westen der Stadt (Atzgersdorf, Innerfavoriten, Gasometer, Wien-West). Bereits vor einiger Zeit fixiert wurden die Standorte auf den Aspengründen, am Hauptbahnhof und in der Seestadt Aspern.



Um Kindern mit Behinderungen ein optimales Umfeld zu bieten, werden erstmals an vier Campus-Standorten (Aspern, Nordbahnhof, Gasometer, Wien-West) auch neue Sonderpädagogische Zentren mit insgesamt 36 Klassen entstehen.

Diese sollen eine Begegnung aller Kinder, egal ob mit oder ohne Behinderung, durch die gemeinsame Nutzung der vielseitigen Infrastruktur ermöglichen. Für diese neuen Bildungseinrichtungen werden insgesamt rund 600 Mio. Euro investiert. Möglich werden dieses Investitionen in finanziell angespannten Zeiten durch die Zusammenarbeit mit privaten InvestorInnen. Einzelne Schulen werden für die

Stadt errichtet und an diese verleast bzw. vermietet. Die Stadt Wien bringt zur Unterstützung dieser Investitionen einen voraussichtlichen Eigenmittelanteil von 230 Mio. Euro auf.

SIEBEN NEUE GANZTAGSSCHULEN AB HERBST 2012

Weitergeführt wird ebenfalls die Umstellung bestehender Schulen auf Ganztagsschulen. Ab Herbst 2012 wird es in der Kolonitzgasse in Wien-Landstraße, der Florian-Hedorfer-



Straße 20 in Simmering, in der Diesterweggasse in Penzing, in der Wichtelgasse in Hernals, in der Mannagettgasse in Döbling, am Campus Donaufeld Nord in Floridsdorf und am Brioschiweg in der Donaustadt neue Ganztagsvolksschulen geben. Damit verfügt Wien ab Herbst 2012 über 36 Ganztagsvolkschulen, vier Ganztags-Hauptschulen und drei Ganztags-AHS-Standorte.

SCHULSANIERUNG LÄUFT AUF HOCHTOUREN

In Schulsanierungen werden bis 2017 insgesamt 570 Mio. Euro in 242 Standorte investiert. Die Stadt Wien unterstützt die für die bauliche Instandhaltung zuständigen Bezirke mit einer Sonderförderung von 40 Prozent. Von 2008 bis 2011 sind bereits 168 Mio. Euro in die Sanierung von Schulen in allen Bezirken geflossen. 2012 sind insgesamt 143 Sanierungsprojekte mit derzeit 54,5 Mio. Euro veranschlagt. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Impuls für den Wirtschaftsstandort Wien. Von den Sanierungsaufträgen der Stadt Wien profitieren vor allem klein- und mittelständische Unternehmen. Insgesamt werden Ende dieses Jahres bereits 45 Schulen komplett fertig saniert sein. Auch für 2013 laufen bereits die Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten. Im nächsten Jahr stehen 127 Standorte auf dem Sanierungsprogramm.

BürgerInnennah und immer aktuell: www.sozialinfo.wien.gv.at

Die Wiener Sozialdatenbank ist ein datenbasiertes weiterführendes Informationssystem für Menschen in Wien, das sich auch als Arbeitsgrundlage für im Sozial- und Gesundheitsbereich Tätige bewährt.

Wem nützt das?

Betroffene BürgerInnen und in sozialen Arbeitsbereichen tätige Menschen suchen themenzentriert und regional nach Institutionen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Und das barrierefrei. Und in 16 Sprachen.

Rückmeldungen bestätigen, dass die Sozialinfo eine wichtige Arbeitsgrundlage für vor allem im Sozialbereich Beschäftigte ist. Zusätzlich ist die Datenbank mit der europäischen Plattform www.socialinfo.eu vernetzt und kann eigene Seiten generieren. Das System ist beliebig erweiterbar und ausbaufähig.

Was bringt das?

Die Stadt verwaltet die Sozialdatenbank zentral – qualifiziertes Personal wird gezielt und ressourcenschonend eingesetzt. Kosten zur Produktion aufwändiger, aktuell zu haltender Broschüren entfallen. Im Zuge von Sozialberatungen werden bei Bedarf jederzeit aktuelle Informationen für Informationshungrige ausgedruckt. Institutionen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich präsentieren ihre Angebote auf einem öffentlichen Portal und verbessern damit ihre Webpräsenz.

Und die Vernetzung?

Die Wiener und die niederösterreichische Sozialdatenbank sind mit der europäischen Sozialdatenbank SocialinfoEurope www.socialinfo.eu vernetzt. Die einheitliche Terminologie im Sozialbereich ermöglicht eine komfortable Suche auf regionaler/lokaler Ebene. So sind Erkundigungen etwa für in anderen Regionen lebende Menschen in der bevorzugten Sprache einholbar.

Je eher PartnerInnen aus Österreich und Europa am Datenbanknetzwerk teilnehmen, desto früher können ExpertInnen

aus dem Sozialbereich mit sozialen Einrichtungen auch aus anderen Städten / Regionen kommunizieren. So kann auf professioneller Ebene eine Grundlage für gemeinsame Projekte geschaffen werden.

Wie wird das umgesetzt?

Verfügt eine Stadt, Gemeinde oder Region bereits über eine lokale elektronische Datenbank („virtuelle Stadt“, Verzeichnisse von Ämtern und Sozialeinrichtungen mit Links zu deren Homepages, etc.), so kann



sie diese in das europäische Netzwerk einbringen und am österreichischen bzw. in Folge europäischen Informationsaustausch teilnehmen.

Verfügt eine Stadt, Gemeinde oder Region noch über keine derartige Sozialdatenbank, so ermöglicht das dem SocialinfoEurope zu Grunde liegende elektronische System den Aufbau einer solchen Informationssammlung zum Nutzen der lokalen Bevölkerung.

Da es sich bei SocialinfoEurope um eine Vernetzung von lokalen/regionalen Datenbanken handelt, bleibt die Eigenständigkeit der beteiligten Datensammlungen in vollem Umfang erhalten. Die redaktionelle Verantwortung der mit SocialinfoEurope verknüpften Daten bleibt in lokaler Hand.

Wer ist bereits dabei?

Wien (www.sozialinfo.wien.gv.at) und Niederösterreich (www.sozialinfo.noel.gv.at) sind über SocialinfoEurope bereits vernetzt und machen damit die Vorteile des Datenaustausches für 3,6 Millionen EinwohnerInnen nutzbar. Weitere österreichische und europäische Städte und Regionen sind willkommen.

Allein in der Wiener Sozialdatenbank wurden im Jahr 2011 pro Tag durchschnittlich 68.000 Seiten von 6.700 Besu-

cherInnen angeklickt. Die Plattform wird inhaltlich im Auftrag der Stadt Wien vom Fonds Soziales Wien betreut.

Was kostet das der Stadt/der Region?

Um dem sozialen Anspruch des Systems gerecht zu werden, errechnen sich die Lizenzkosten nach der Zahl der EinwohnerInnen der jeweiligen Stadt bzw. Region. Dies gilt auch für die Wartung der Beiträge zur Pflege des semantischen Netzwerkes in allen angebotenen Sprachen.

INFOS:

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an sozialinfo@fsw.at.

Tagung des Rechtsausschusses in Innsbruck: „Bluten“ unsere Städte aus?

Auf Einladung der Stadt Innsbruck fand die Herbstsitzung des Rechtsausschusses am 3. und 4. November 2011 in den Räumlichkeiten des Magistrats Innsbruck statt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden-Stellvertreter Franz Höblinger, dem Hausherrn Bernhard Holas und dem Vertreter der Bürgermeisterin Oppitz-Plörer erwartete die erschienenen Teilnehmer und Teilnehmerinnen neben zahlreichen kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten ein informatives Programm und ein lebhafter Erfahrungsaustausch.

Droht den Städten und Gemeinden die Insolvenz?

Der erste Tag des Fachausschusses war der aktuellen Thematik „Insolvenz von Städten und Gemeinden“ gewidmet. Zahlreiche Vorträge widmeten sich diesem Thema und beleuchteten es von unterschiedlichen Gesichtspunkten.

Hierbei wurden interessante Fragestellungen aufgeworfen und zahlreiche zielführende Diskussionen geführt.

Gerhard Schummer von der Universität

Graz thematisierte die Haftung von Kommunen für Verbindlichkeiten ausgegliederter Rechtsträger und die Exekutionsmöglichkeiten auf deren Vermögen.

Jürgen Fischer vom Magistrat Wien widmete sich in seinem Vortrag der Insolvenzfähigkeit von Städten und Gemeinden und Erich Allinger behandelte aktuelle Fragen und Praxisbeispiele zur Insolvenzfähigkeit aus der Mitgliedstadt Wiener Neustadt. Peter Biwald schließlich gab einen Überblick über die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden aus Sicht des KDZ.

Die Stadtrechtsreform in der Landeshauptstadt Innsbruck

Über ein Jahr lang wurde ein neues Stadtrecht für die Stadt Innsbruck verhandelt. Im Oktober 2011 wurde es vom Landtag von Tirol beschlossen, und war somit bei der Gemeinderatswahl im April 2012 bereits gültig. Damit wird auch in Innsbruck, wie in allen anderen Tiroler Gemeinden, das Stadtoberhaupt direkt von den Bürgerinnen und Bürgern statt von den GemeinderätInnen gewählt. Im neuen Stadtrecht wurde jedoch nicht nur die BürgermeisterInnendirektwahl eingeführt, es wurde

auch eine neue Geschäftsordnung für einen stärkeren Gemeinderat geregelt. Stefan Crepaz vom Magistrat Innsbruck brachte in einem interessanten Vortrag die aktuellen Entwicklungen in Innsbruck den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dar.

Anti-Korruptionsmaßnahmen in den Städten und Gemeinden

Helmut Wunderl vom Magistrat der Stadt Graz berichtet über das Schulungsprogramm „Code of Conduct / Wohlverhaltenskodex“, welches seitens des österreichischen Städtebundes in Kooperation mit einigen Landesgruppen und großen Städten die kommunalen Bediensteten mit grundlegenden Wohlverhaltensregeln des Öffentlichen Dienstes vertraut machen soll.

Weiters wurde von ExpertInnen des Bundesamtes für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung eine Schilderung der Aufgaben des Bundesamtes vorgetragen.

Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Rechtsangelegenheiten wird am 21. und 22. Juni 2012 in Wels stattfinden.

Johannes Schmid



WIENER SCHULPROJEKTE

Wien wendet für bereits laufende Projekte hohe Summen auf. In den Campus Donaufeld Nord, den Campus Hauptbahnhof und die neue Berufsschule in der Embelgasse fließen insgesamt rund 120 Millionen Euro.

Mehr zum Thema „Schulen in Wien“ auf www.wien.at. Unteres Bild: Bildungscampus Hauptbahnhof. Rechtes Bild: Bildungscampus am Donaufeld Nord.



In die bereits eröffneten Campusstandorte Monte Laa und Gertrude Fröhlich-Sandner wurden in den letzten Jahren rund 74 Mio. Euro investiert. In der Embelgasse 46-48 in Wien-Margareten fällt im Herbst 2012 der Startschuss für den Bau einer neuen Berufsschule. Das neue Schulhaus wird auf einer Gesamtnutzfläche von rund 3.700 Quadratmetern 18 Unterrichtsräume für rund 600 Lehrlinge beherbergen. Die ersten Lehrlinge werden mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 hier unterrichtet werden. Für das Projekt sind rund 17 Mio. Euro an Baukosten veranschlagt.

diologische Geräte sowie Materialien und Spiele für die Freizeiteinheiten angeschafft. Insgesamt ist der Bau im Zeitplan. Die ersten Kinder werden hier im Herbst 2012 Kindergarten und Schule besuchen.

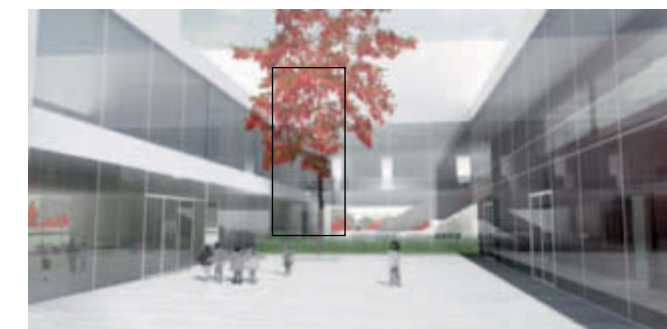
ERWEITERUNGEN UND ZUBAUTEN

Darüber hinaus steht derzeit eine Reihe von Erweiterungen und Zubauten bei Schulen in verschiedensten Bezirken auf dem Programm. Das Gebäude des ehemaligen Pädagogischen Instituts in der Burggasse wird umfassend saniert und in eine 11-klassige Polytechnische Schule umgebaut. Die Kosten dafür belaufen

sich auf 4,5 Mio. Euro.

In der Treustraße 9 in Wien-Brigittenau wird ein Trakt für die Allgemeine Sonderschule neu adaptiert und soll künftig die Expositurklassen, die derzeit in der Volksschule Leystraße untergebracht sind, beherbergen.

Wien investiert hier



CAMPUS DONAUFLD IM ENDSPURT

Die Bauarbeiten am Campus am Donaufeld Nord in Wien-Floridsdorf gehen in die Endphase. Es wurden im zuständigen Gemeinderatsausschuss insgesamt 1,1 Mio. Euro für die Ausstattung der Schule beschlossen. Auf den ehemaligen Bombardier-Gründen entstehen derzeit eine 13-klassige Ganztagsvolksschule und ein 9-gruppiger Kindergarten. Mit dem neuen Bildungscampus kann der zusätzliche Bedarf an Kinderbetreuungs- und Volksschulplätzen abgedeckt werden, der sich durch die Besiedlung der neuen Wohngebiete in der Region Donaufeld Nord ergibt. Die Stadt investiert hier 24,8 Mio. Euro.

Die nun beschlossenen 1,1 Mio. Euro umfassen das Mobiliar zur Einrichtung der Unterrichts- und Sonderunterrichtsräume, der Speisesäle, der Verwaltungsräume und der Freizeitbereiche. Weiters werden Computer und au-

rund 5,4 Mio. Euro. In der Mannagettgasse in Wien-Döbling wird ab Mai ein Holzfernteilzubau um 2,3 Mio. Euro zur Erweiterung der bestehenden Volksschule errichtet. Auch die Volksschule Alma-Seidler-Weg in Wien-Liesing wird um rund 2 Mio. Euro erweitert und von 9 auf 13 Klassen aufgestockt. Bei der Volksschule Kirchenplatz in Wien-Liesing werden derzeit zwei kleinere Zubauten zur künftigen Führung einer Ganztagsvolksschule errichtet. Wien investiert hier 6,5 Mio. Euro. Schließlich werden im Sommer bei der Volksschule Florian-Hedorferstraße in Wien-Simmering 8 Mobilklassen errichtet. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,6 Mio. Euro.

Im Rahmen der Bauarbeiten werden dort, wo es möglich ist, wärmegeämmte Fassaden und Dämmungen der obersten Geschosdecke angebracht. Außerdem werden moderne Fenster mit Wärmeschutz-Verglasungen eingebaut.

Transferrechner für Österreichs Städte

Das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt anlässlich des österreichischen Städtetags einen Transferrechner, um Transparenz in die Transferverflechtungen zwischen Ländern und Gemeinden zu bringen.

Die Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden nach den Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes auf die Gebietskörperschaften und innerhalb der Gebietskörperschaften verteilt (primärer und sekundärer Finanzausgleich). Darüber hinaus kommen landesspezifische Regelungen zur Geltung, auf deren Basis eine Vielzahl von Transferströmen zwischen den Gebietskörperschaften entstehen (tertiärer Finanzausgleich). In der Abbildung (siehe unten) sind diese Transferbeziehungen zwischen den Gemeinden und dem jeweiligen Bundesland vereinfacht dargestellt: Von der Summe der Gemeindeertragsanteile wird ein Vorwegabzug durchgeführt (siehe Pfeil 1), mit dem

die Länder Kapitaltransferzahlungen zur Förderung von Gemeindeprojekten finanzieren können (siehe Pfeil 5). Die restlichen Ertragsanteile werden an die Gemeinden nach den Regelungen des Finanzausgleichs verteilt (siehe Pfeil 2). Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von laufenden Transfers zwischen den Gemeinden und Ländern (siehe Pfeile 3 und 4), die zur gemeinschaftlichen Finanzierung von Leistungen beitragen (z.B. Kinderbetreuung, Pflege, etc.).

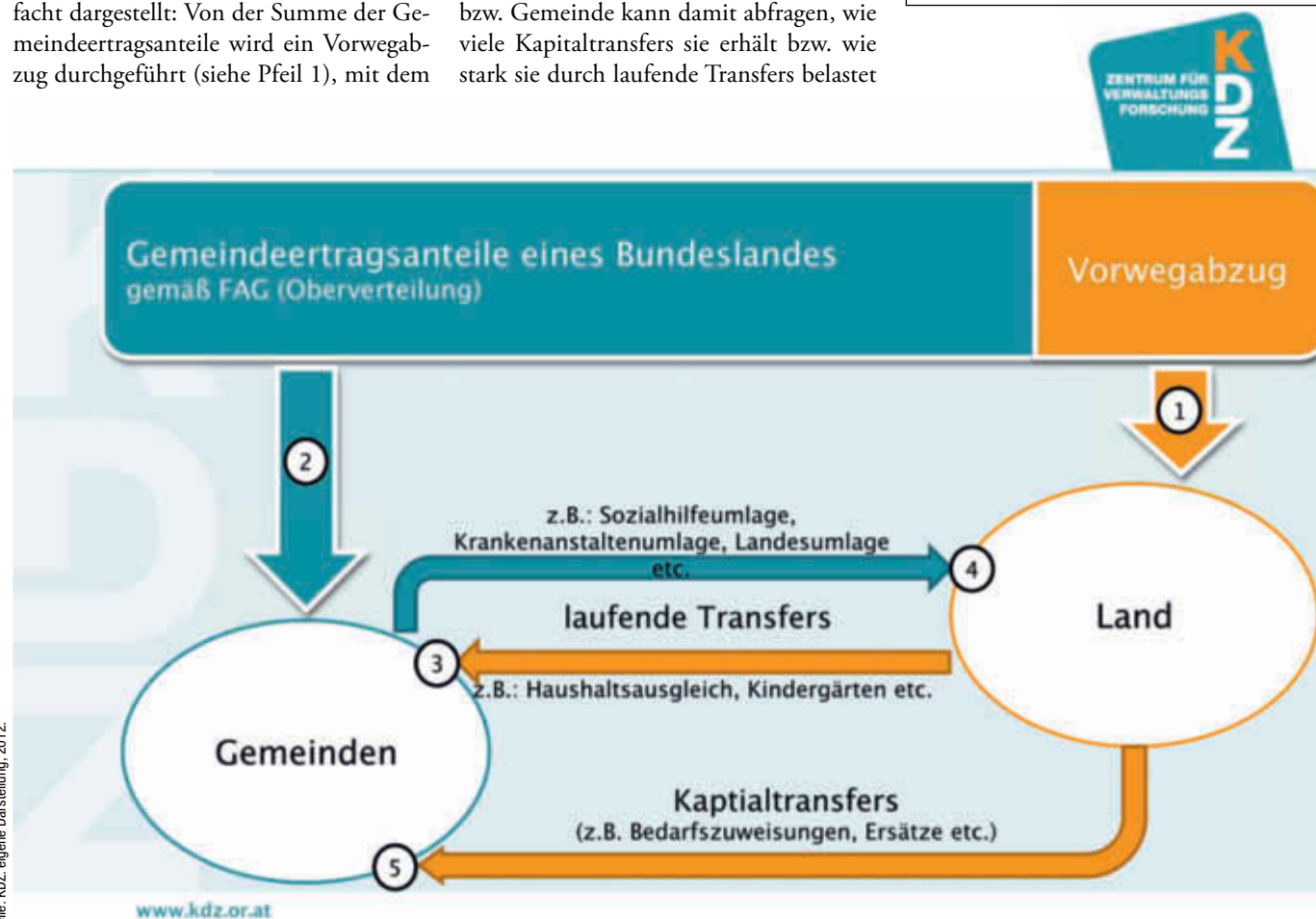
Die finanziellen Auswirkungen dieser Transferverflechtungen sind in den seltensten Fällen vollständig transparent. Für die Städte und Gemeinden ist es mitunter sehr aufwändig, alle nötigen Informationen zusammenzutragen, um einen Überblick über diese Transferverflechtungen zu gewinnen. Mit dem neuen Transferrechner des KDZ kann eine solche Übersicht automatisch erstellt werden. Jede Stadt bzw. Gemeinde kann damit abfragen, wie viele Kapitaltransfers sie erhält bzw. wie stark sie durch laufende Transfers belastet

wird. Darüber hinaus wird die Finanzkraft jeder Gemeinde aufgeschlüsselt (Einnahmen aus eigenen Steuern und Ertragsanteilen) und in Relation zu den Transferbelastungen gestellt. Der Transferrechner bringt somit mehr Transparenz in die komplexen Transferverflechtungen zwischen Ländern und Gemeinden.

Mag. Manuel Köfel,
KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung

INFOS:

Nähere Informationen zum Transferrechner erhalten Sie am Österreichischen Städtetag, Stand Nr. 17 des KDZ. Gerne werten wir die Transfers Ihrer Stadt mit dem jeweiligen Bundesland aus, und besprechen daraus entstehende Frage mit Ihnen. Zudem steht Ihnen Mag. Manuel Köfel (koefel@kdz.or.at) gerne für weiterführende Fragen zur Verfügung.



NutzerInnen der amtstafel 2.0 haben die Möglichkeit, kommunalen Themen und Projekten beizutreten (diese zu „abonnieren“) oder bei Bedarf auch neue zu eröffnen. Zu jedem Thema oder Projekt können Beiträge verfasst, Dokumente eingestellt und Termine hinterlegt sowie Fragen an die weiteren AbonnentInnen gerichtet werden.

Amtstafel: Zahlreiche Neuerungen zum einjährigen Jubiläum

Vor genau einem Jahr ging die Internetplattform „amtstafel.at“ ans Netz. Die europaweit einzigartige Drehscheibe für gemeindeübergreifenden Wissensaustausch und interkommunale Kooperation steht allen österreichischen Städten und Gemeinden kostenlos zur Verfügung. Genau zum rechten Zeitpunkt, betrachtet man die aktuelle Diskussion rund um Gemeindekooperationen, Gemeindezusammenlegungen und sonstige Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

„Wir vernetzen Städte und Gemeinden und fokussieren bewusst Themen, die österreichweit relevant sind. Jeder User findet personalisierte Informationen für seinen Fachbereich und kann sich mit anderen KollegInnen austauschen“, sagt Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Um auch den

politischen EntscheidungsträgerInnen in ihrer Gemeinde die Nutzung der Webplattform „amtstafel 2.0“ so einfach wie möglich zu machen, wurde die Plattform pünktlich zum einjährigen Jubiläum einem Relaunch unterzogen: Neu ist ein eigener „Projektbereich“, in dem smarte Module für Projektplanung, Projektdokumentation und Projektkommunikation zur Verfügung stehen. ProjektleiterInnen werden damit einfach und intuitiv anwendbare Projektmanagement-Werkzeuge zur Hand gegeben, mit denen sie sowohl gemeindeinterne wie auch interkommunale Projekte sehr unkompliziert abwickeln können. Ebenfalls neu ist ein „Gruppen“-Bereich, in dem die TeilnehmerInnen der „amtstafel 2.0“ beliebige geschlossene Gruppen für einen vertraulichen Austausch untereinander anlegen und nützen können. Auch hier stehen Funktionen wie Dokumentensammlung, Diskussion, Termine, Bilder-

Archiv und natürlich diverse Kommunikationskanäle zur Verfügung. Aktuell stehen bereits rd. 45 kommunale Themenschwerpunkte von A wie Abfallwirtschaft bis Z wie Zentrales Personenstandsregister zur Verfügung, zu denen interessante Neuigkeiten, wichtige Unterlagen, offene Fragestellungen, themenbezogene Termine und Weblinks bezogen aber auch von allen TeilnehmerInnen selbst eingestellt werden können.

Das Projekt

Die „amtstafel 2.0“ ist ein Service des Österreichischen Städtebundes und wurde im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit Microsoft Österreich und Public Management Consulting verwirklicht. Für Fragen, Wünsche oder Anregungen wenden Sie sich bitte direkt an das amtstafel 2.0-Team (office@amtstafel.at, Tel. 01 / 89 00 919).



Die Europäischen Kulturstraßen des Europarates

Eine europäische Kulturstraße führt durch mehrere Länder oder Regionen Europas, die geschichtlich, künstlerisch oder gesellschaftlich verbunden sind. Kulturstraßen verbinden die Gemeinden Europas zu einem kulturtouristischen Netzwerk des Dialogs.

Seit 1987 besteht ein eigens dafür vom Europarat eingerichtetes Programm. Sein Ziel ist es, den Beitrag verschiedener Länder und Regionen zum gemeinsamen kulturellen Erbe in Europa zu präsentieren. Das europäische Kulturerbe soll einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig sollen damit Tourismus und eine nachhaltige Entwicklung entlang der Routen auch in bisher noch weniger bekannten Regionen gefördert werden.

Derzeit existieren 29 Kulturstraßen mit verschiedenen Schwerpunkten, vier davon in Österreich (Mozartwege, Transromania, Mitteleuropäische Eisenstraße und die Europäische Friedhofsrouten), die allerdings gegenwärtig einer strengen Evaluierung

unterzogen werden. Durch die stetig wachsende Nachfrage nach dem prestigeträchtigen Prädikat richtete der Europarat 2010 ein erweitertes Teilabkommen mit 14 Gründungsmitgliedern, darunter Österreich, ein. Es bietet den Ländern und Gemeinden der Mitgliedsländer, die eine Kulturstraße gründen wollen bzw. betreiben, wissenschaftliche und technische Expertise an; die Finanzierung erfolgt aus Beiträgen der Mitglieder. Der österreichische Jahresbeitrag beträgt für die bis 2013 laufende Pilotphase 6.786,56 Euro. Er wird vom BMUKK, den Ländern Kärnten, Wien und Vorarlberg sowie dem Städtebund getragen. Das BMeiA trägt die durch den Vorsitz Österreichs im Aufsichtsrat des Teilabkommens anfallenden Kosten.

Die Implementierung des Kulturstraßenprogramms obliegt den einzelnen Kulturstraßennetzwerken in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für Kulturstraßen (EIKS) in Luxemburg. Dieses wiederum hat seine Kooperation mit der Europäischen Kommission ausgebaut, wovon wiederum die Kulturstraßen profi-

tieren. Aufgrund der wachsenden Bedeutung des alternativen Kulturtourismus und seines potenziellen Nutzens für die wirtschaftliche Regionalentwicklung wurde kürzlich vom Europarat und der Europäischen Kommission eine gemeinsame Studie über die Vorteile der Kulturstraßen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben veröffentlicht. Das Kulturstraßensiegel des Europarates bietet in Österreich aufgrund einer Reihe möglicher Routen speziell für strukturschwächere Regionen wirtschaftliches Potenzial. Zur Darstellung der Möglichkeiten organisierte das BMWFJ im Herbst letzten Jahres eine Informationsveranstaltung über die Kulturstraßen u.a. für Gemeinden (www.bmwfj.gv.at/tourismus/veranstaltungen). Beispiele erfolgreicher Kulturstraßen sind auf der Online-Bibliothek des EIKS (www.culture-routes.lu) abrufbar. Für weitere Informationen steht das BMeiA, Abt. V.4 (abtv4@bmeia.gv.at) gerne zur Verfügung.

Gesandte Dr. Elke Atzler, Leiterin der Abteilung für multilaterale Kulturangelegenheiten, BMeiA



Wiener Neustadt: „Bürgerservicestelle“ feiert fünften Geburtstag – eine Erfolgsgeschichte

Als Anfang 2007 das Neue Rathaus in Wiener Neustadt seiner Bestimmung übergeben wurde, begann in der Stadtverwaltung eine neue Zeitrechnung. Neben der Modernisierung aller Räumlichkeiten und dem barrierefreien Zugang zu den Büro- und Amtsräumen stand vor allem die neu geschaffene „Bürgerservicestelle“ – ein zentraler Anlaufpunkt für die BürgerInnen zur Erledigung der verschiedensten Behördenwege – im Mittelpunkt.

Nun, genau fünf Jahre nach Einführung der „Bürgerservicestelle“, kann eine äußerst positive Bilanz gezogen werden. Die Anforderungen und Wünsche an die damals zukunftsweisende Einrichtung wurden voll und ganz erfüllt.

Zu den Räumlichkeiten der „Bürgerservicestelle“

Die Ausgangssituation bzw. der Start des Projektes war die Errichtung eines modernen und multifunktionalen Verwaltungskomplexes. Die Bürgerservicestelle besteht aus einem offenen, weitläufigen Raum, worin sich folgende Komponenten befinden:

1. Der halbkreisförmige Infopoint (ca. 20 m²) wird von zwei MitarbeiterInnen besetzt und dient zur ersten Kontaktaufnahme mit den BürgerInnen. Hier werden Informationen erteilt, Formulare aus-

gegeben und Prozesse, die eine Dauer von ca. zehn Minuten nicht überschreiten und keinen erhöhten Datenschutzmaßnahmen entsprechen, behandelt, wie z.B. Bestätigungen für Meldenachweis, Pendlerpauschale, usw.

2. Der große Vorraum (ca. 208 m²) gliedert sich in eine Kinderspielecke, Sitzgelegenheiten und einen elektronischen Infopoint. Letzterer besteht aus zwei PC mit TFT-Bildschirmen und bietet den BürgerInnen einen kostenlosen Internetzugang. Weiteres stehen die Formulare der Bürgerservicestelle im Internet zum Abrufen, zum Ausfüllen und zum direkten Anbringen zur Verfügung. Das elektronische Formularwesen wird von der Magistratsabteilung 3, Informationstechnologie und Datenverarbeitung, mittels Formular-Server anhand neuester e-Government-Richtlinien installiert und betreut.

3. Es gibt vier „Beratungskojen“ (gesamt ca. 60 m²) für jeweils eine/einen MitarbeiterIn und zwei BürgerInnen, diese sind durch halbhohe Wände getrennt, um den offenen und modernen Eindruck zu wahren. Sie sind für die BürgerInnen mit einem Ablagepult ausgestattet und bieten für Kinderwagen genügend Platz. Überdies entsprechen diese Räume den Datenschutzrichtlinien, sodass in diesen Räumlichkeiten z.B. die Prozesse Reisepass, Kirchenaustritt, An- und Abmeldungen, usw. durchgeführt werden können.



Schwerpunkte

- Leistungskatalog (Melde-, Pass-, Fundwesen, Formularservice, Kirchenaustritte, etc.)
- Versteigerung und Flohmarkt der abgelassenen Fundgegenstände (Erlös wird sozialen Institutionen bzw. Projekten zugeführt)
- Registerabgleiche; Zentrales Melderegister (ZMR) u. Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister (AGWR)
- Public Marketing
- Steigerung der Servicequalität durch Ein- und Durchführung von Customer Relationship Management (CRM), insbesondere Servicemanagement und Konflikt- und Beschwerdemanagement
- Regelmäßige Durchführung von Kundenbefragungen und Frequenzmessungen
- E-Bürgerservice: e-Formularwesen und Informationen auf der Wiener Neustädter-Homepage
- Corporate Identity: z.B. werden die MitarbeiterInnen mit zeitgemäßer und einheitlicher Dienstkleidung ausgestattet
- Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger effektiv abzuwickeln
- MitarbeiterInnenausbildung, div. Schulungen z.B. im Konflikt- und Beschwerdemanagement
- Zeitersparnis bei den jeweiligen Backofficebereichen durch weniger KundInnenverkehr
- Durchgängiger Arbeitsfluss und Senkung der Fehlerquote im Backofficebereich (durch den Wegfall vom KundInnenverkehr, bisher ca. 1.500 Stunden/Jahr)
- MitarbeiterInnenfreundliche Büroräume
- Durch die KundInnenbefragungen und die Beschwerdestelle können entsprechende Maßnahmen zu Verbesserungen getroffen werden
- Besseres Marketing für die Statutarstadt Wiener Neustadt
- Einhaltung der Datenschutzrichtlinien, z.B. Ausstellung eines Reisepasses



Die Büchereien Wien machen schon von klein auf Lust auf das Abenteuer Lesen.

Rund um die Uhr gut versorgt

Wien schaut darauf, dass das Angebot an Trinkwasser, Bildung, Kultur, Energie und sozialen Leistungen für alle gewährleistet ist.

Trinkwasser aus den Bergen, modernste Abwasserentsorgung, verlässliche Müllentsorgung, ein dichtes soziales Netz – dafür und für vieles mehr sorgt die Stadt Wien mit ihren MitarbeiterInnen.

Durstig? Einfach den Hahn aufdrehen und das Hochquellwasser genießen. Für uns WienerInnen ist das selbstverständlich. Andere beneiden uns darum. Unser Wasser kommt von Rax, Schneeberg, Hochschwab und Schneealpe. Allein dort sind unzählige MitarbeiterInnen der Wiener Wasserwerke im Einsatz. Die Stadt investiert rund 50 Millionen Euro jährlich nur ins Wiener Rohrnetz. Mit allen Maßnahmen gemeinsam kann die Wasserqualität auch für künftige Generationen gesichert werden.

Moderne Umweltmusterstadt

Auch bei der Abwasserentsorgung ist Wien vorbildlich. Mehr als eine halbe Milliarde Liter Abwasser werden täglich zu einer der modernsten Kläranlagen Europas transportiert. Mehr als 2.300 Kilometer ist das Kanalnetz lang. Dass kein Tropfen verloren geht, dafür sorgen die MitarbeiterInnen von Wien Kanal. Top ist in Wien auch die Müllentsorgung.



Zwei Bereitschaftsgruppen der Wiener Wasserwerke stehen bei Gebrechen rund um die Uhr zur Verfügung.

Pro Jahr sammelt die MA 48 – Abfallwirtschaft mehr als eine Million Tonnen Mist. Der wird nach höchsten Umwelt- und Qualitätsstandards verwertet, zum Beispiel zu Energie: Allein die Müllverbrennungsanlage Pfaffenua liefert für 25.000 Haushalte Strom und für 50.000 Haushalte Fernwärme.

Breites Maßnahmenpaket

Die Stadt investiert auch massiv in ihr dichtes soziales Netz, damit in wirtschaftlich turbulenten Zeiten niemand im Regen steht. Wien ist für die Menschen auch dann da, wenn sie einmal Hilfe brauchen. Darauf ist Verlass. Auch das macht Wien zur Stadt fürs Leben.

Was ist Daseinsvorsorge?

Sie umfasst all jene öffentlichen Dienstleistungen, die für unser tägliches Leben besonders wichtig sind. Für die Stadt Wien ist nicht die Gewinnmaximierung vorrangig, sondern es sind hohe Qualitätsstandards wie allgemeine Zugänglichkeit, Versorgungssicherheit, Beständigkeit.



Vom Trinkwasser über die Büchereien und die Sauberkeit bis zum sozialen Netz: Wien zählt zu den lebenswertesten Städten der Welt. Die Zauberformel dahinter: eine öffentliche Daseinsvorsorge mit Weitblick.
www.wien.at

Stadt Wien
Wien ist anders.

Smart City Graz: Millionenförderung für Energiekonzept

Mit dem zukunftsweisenden „Smart City Project Graz-Mitte“ zog ein Konsortium aus 14 PartnerInnen unter Federführung der Stadt Graz als einziges österreichisches Leitprojekt eine bis zu 4,2 Millionen Euro schwere Förderung des Bundes aus dem Klima- und Energiefonds an Land.

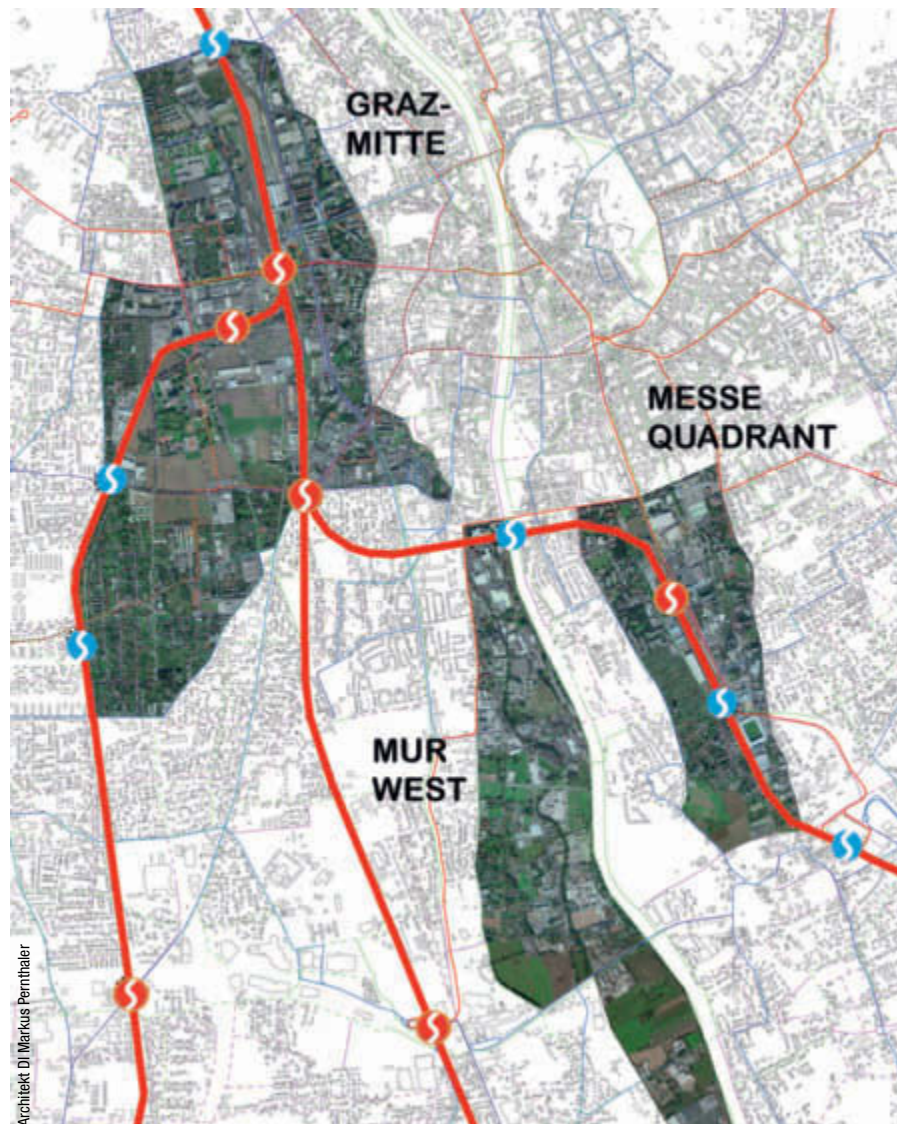
Mit dieser Unterstützung für innovative urbane Energietechnologien im Rahmen zukunftsfähiger Stadtentwicklungsprojekte soll westlich des Grazer Hauptbahn-

hofs ein energieoptimierter integrierter Stadtteil entstehen. Die wissenschaftliche Expertise kommt von der TU Graz, umgesetzt wird das Pilotprojekt bis 2016. Kreative und zukunftsfähige Konzepte für die dynamisch wachsende Stadt Graz sind der Antrieb für das Projekt „Smart City Project Graz-Mitte“, das soeben eine Millionenförderung aus dem Klima- und Energiefonds des Bundes einheimste. Die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, Doris Bures, der Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, die Geschäftsführerin des Klima- und Ener-

giefonds, DI Theresia Vogel und VertreterInnen des Grazer Smart City-Konsortiums stellten vor Kurzem jenes Konzept für die steirische Landeshauptstadt vor, das dem Klima- und Energiefonds eine Förderung von bis zu 4,2 Millionen Euro zur Unterstützung einer raschen Umsetzung wert ist. Mit dem „Smart City Project Graz-Mitte“ hat die Stadt Graz gemeinsam mit namhaften PartnerInnen aus Wirtschaft und Forschung ein Konzept für die Entwicklung eines zukunftsfähigen integrierten Stadtteils vorgelegt, das demonstrieren soll, wie Urbanität und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen können. Damit wird dem überdurchschnittlichen Wachstum der Stadt Graz, das sich allen Prognosen zufolge in den kommenden Jahrzehnten sogar noch beschleunigen wird, in Bezug auf den gesteigerten Ressourcenverbrauch und Anforderungen an die Stadtplanung Rechnung getragen.

Mit dem „Smart City Project Graz-Mitte“ zum energieproduzierenden Stadtteil

„Smart City Project Graz Mitte“ ist ein Projekt zur Demonstration neuer urbaner Energietechnologien im Umfeld einer innovativen Stadtentwicklung. Das derzeit sehr heterogene und unterschiedlich genutzte Stadtquartier in unmittelbarer Nähe zum Grazer Hauptbahnhof wird zu einem Areal, das durch neueste Energietechnologien in einen umweltfreundlichen, lebenswerten und intelligenten Stadtteil verwandelt werden soll. Konkret umfasst das Projektgebiet mehr als 400 Hektar in den Bezirken Gries, Lend, Eggenberg und Wetzelsdorf. Ein pulsierender, funktionsdurchmischter Stadtteil mit geringsten bis gar keinen CO₂-Emissionen und niedrigem Ressourcenverbrauch soll die Marktfähigkeit der neuen Technologien beweisen. Dabei spielen nicht nur die Themen erneuerbare Energie, Energienetze und Gebäudetechnologien eine zentrale Rolle, das Projekt zielt auch auf „grüne“ Mobilität und soziale Durchmischung ab und lädt die BewohnerInnen gezielt zur Mitwirkung an ihrem Stadtteil



Smart City Projekt Graz-Mitte: Urbanität und Nachhaltigkeit gehen dabei Hand in Hand.

ein. Von der urbanen Solarstromerzeugung über integrierte Gebäudefassaden bis hin zur Errichtung einer Wohnanlage mit etwa 80 Wohneinheiten umfasst das Pilotprojekt sämtliche ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte, die es bei der Entwicklung eines smarten Stadtteils zu berücksichtigen gilt. Kurz: Angestrebte Ergebnisse sind die weitestgehende Umsetzung der einzelnen geplanten Demonstrationsvorhaben als Basis des neuen zukunftsfähigen Stadtteils, die Konkretisierung und Sicherung der Finanzierung der weiteren Bauabschnitte sowie neue Erkenntnisse und Modelle für integrierte und ganzheitliche Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsprozesse, die auf weitere Teile des Zielgebietes übertragbar und anwendbar sind. Zudem soll ein integrativer Planungsprozess umgesetzt werden, der eine smarte Stadtentwicklung aus einer ganzheitlichen Perspektive betrachtet und für alle Beteiligten sichtbar, gestaltbar und erlebbar macht.

Grundstein für weitere Förderungen der Europäischen Union

Die jetzige Millionenförderung des Bundes ist nicht die erste Auszeichnung für das innovative Modell: Unter dem Projekttitel „I Live Graz“ war das Konzept für eine „Smart City Graz“ bereits in einer ersten Runde im Vorjahr für seine Gesamtkonzeption unter 30 Einreichungen von einer Fachjury auf Platz zwei gesetzt



Moderne Strukturen statt Wohnsilos.

worden – was eine Förderung des Klima- und Energiefonds des Bundes von 100.000 Euro für die Ausarbeitung konkreter Umsetzungsprojekte und somit den Aufstieg in den „zweiten Durchgang“ bedeutete. Das konkrete Demoprojekt, das den Namen „Smart City Project Graz-Mitte“ trägt, setzte sich nun auch in der zweiten Runde durch, womit nicht weniger als bis zu insgesamt 4,3 Millionen Euro Förderung in die steirische Landeshauptstadt fließen. Voraussetzung ist, dass innerhalb von vier Jahren, also bis 2016, erste Baukörper des Demonstrationsprojekts umgesetzt werden können.

Für Stadtbaudirektor DI Mag. Bertram Werle und Projektleiter DI Kai-Uwe Hoffer ist der Zuschlag noch nicht die Ziellinie im Wettlauf um Förderungen, sondern die nächste wichtige Etappe: „Die Chancen auf hochdotierte Förderungen der Europäischen Union sind damit deutlich gestiegen!“ Nicht zuletzt deshalb werden internationale Netzwerke für das Projekt „Smart City Project Graz-Mitte“ geknüpft. Werle sieht in diesem Projekt einen „weiteren Urbanisierungsschritt mit modernen, hocheffizienten Strukturen statt Wohnsilos, um den Wohnungsbedarf in unserer dynamisch wachsenden Stadt zu decken“. Die zusätzlichen Fördermittel sollen helfen, dieses Ziel auf dem geplanten höchsten Niveau zu verwirklichen.

Bürgermeister Nagl: „Wesentliche Grundlage für Entwicklung unserer wachsenden Stadt!“

Planungsreferent Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl steht voll hinter dem Konzept der „Smart City“: „Ich fordere und fördere seit Langem die Entwicklung zukunftsgerechter, energetisch richtungsweisender Projekte und sehe im ‚Smart City Project Graz-Mitte‘ wesentliche Grundlagen für die künftige Entwicklung unserer wachsenden Stadt!“ Auch für die innovative Entwicklung konkreter Bauvorhaben sei die Vision der „Smart City“ ideal – und das nicht nur im jetzigen Schwerpunktgebiet zwischen Hauptbahnhof und Helmut List Halle.

„Komplexe Aufgabe für Graz“

Theresia Vogel, Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds, gratuliert

Graz zum Förderzuschlag: „Mit diesem Programm hat der Klima- und Energiefonds für Österreichs Städte und Regionen komplexe Anforderungen formuliert. Das Engagement von Graz in diesem Bereich ist jedoch wichtig und richtig. Denn die Zukunft Europas wird in den Städten entschieden. Hier werden die Menschen leben und arbeiten, hier generieren sie ihren Wohlstand. Aber hier entstehen auch die größten Herausforderungen für Europas Zukunft – vor allem in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Nur jene Städte, die diese Herausforderungen meistern können, werden den globalen Wettbewerb um Lebensqualität, Produktivität und die ‚besten Köpfe‘ gewinnen.“

TU Graz liefert wissenschaftlichen Background

Eine umweltbewusste, zukunftsorientierte Stadtentwicklung kommt nicht ohne fundierte wissenschaftliche Expertise und begleitende Forschung aus. Die wesentlichen neuen Energietechnologien kommen aus Forschungs- und Entwicklungsprojekten der FIBAG, für die die Technische Universität Graz ein langjähriger Partner ist. Viele der beim „Smart City Project Graz-Mitte“ demonstrierten Energietechnologien wurden von ForscherInnen der TU Graz mitentwickelt. Daher ist es im Fall des „Smart City Project Graz-Mitte“ naheliegend, dass die TU Graz auch weiterhin der wichtigste Forschungspartner ist. Insgesamt fünf Institute der steirischen Technikerschmiede sind in das Projekt involviert.

„Im ‚Smart City Project Graz-Mitte‘ bringen wir uns besonders in den Bereichen innovative Raum- und Stadtplanung, energieeffiziente Architektur, intelligente Energieverteilung, ‚grüne‘ Mobilität, integrierte Gebäudeentwicklung, Verkehrsmanagement und zukunftsweisende Heizungs-, Kälte- und Klimatechnologien ein“, erläutert Hans Schnitzer vom Institut für Prozess- und Partikeltechnik und Forschungs koordinators seitens der TU Graz. Rektor Harald Kainz ergänzt: „Für die TU Graz sind Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung schon seit vielen Jahren mehr

AUS DEM STÄDTEBUND

als nur Schlagwörter. Im Forschungsschwerpunkt „Sustainable Systems“ haben wir alle Forschungsaktivitäten im weiten Feld der Nachhaltigkeit fakultätsübergreifend gebündelt. Dieses Know-how bringen wir nun als technischer Partner in das einzigartige Projekt für Energietechnologien und Stadtentwicklung ein.“

„Smart Cities“ benötigen „Smart Energy“!

Die Stadt der Zukunft funktioniert vollständig auf Basis einer nachhaltigen Energieversorgung d.h. 100 Prozent erneuerbare Energie aus lokalen und regionalen Quellen. Neben dem Einsatz gebäudeintegrierter Energieerzeugung (Photovoltaik) wird die benötigte Energie (Strom, Wärme/Kälte) in höchstem Maße lokal und bedarfsgerecht aus erneuerbaren Ressourcen bereitgestellt. In einer lokalen Energiezentrale erfolgt die Zusammenschaltung sämtlicher Erzeugungsanlagen mit den energieeffizienten VerbraucherInnen sowie der intelligente Ausgleich mit den Energienetzen („Smart Grids“). „Mit derartig innovativen Energie-Zellen sowie entsprechender BürgerInnenbeteiligung im Bereich der Finanzierung erfolgt die Energieversorgung für die Städte der Zukunft“, so Mathias Schaffer – Innovationsverantwortlicher der Energie Steiermark.



Die Stadt der Zukunft speist 100 Prozent erneuerbare Energien.

Renommierter Architekt plant erstes Demoprojekt

Das erste konkrete Demoprojekt für die „Smarten Urbanen Energietechnologien“ wird vom international renommierten Architekten DI Markus Pernthaler im Auftrag der GrundstückseigentümerInnen und in Abstimmung mit der Stadtplanung Graz und dem Projektkonsortium entwickelt. Vorerst soll unter der Federführung der Stadt gemeinsam mit den 14 ProjektpartnerInnen ein konkretes Demonstrationsobjekt umgesetzt werden. Danach sollen die hier gemachten Erfahrungen sukzessive für andere Stadtteile weiterentwickelt werden. Mit einigen internationalen Partnerstädten werden laufend Erfahrungen ausgetauscht, um die Verbreitung der Ansätze sicherzustellen. In die Entwicklung des Konzepts waren auch Stadtplanungsamtsvorstand Dipl.-Arch. Heinz Schörtl und Dr. Mario Müller vom Konsortialpartner FIBAG maßgeblich eingebunden gewesen.

Die Stadt als Labor – „Smart Cities Days“ in Wien und Graz

Neue Impulse für die nachhaltige Entwicklung von Städten und urbanen Regionen setzt auch die Tagung „Smart Cities Days“, die in Graz und Wien stattfand, und sich unter dem Motto „Die Stadt als Labor“ drei Tage lang dem Erfahrungsaustausch unter nationalen und internationalen AkteurInnen auf dem Gebiet von Smart Cities und der Diskussion und Erprobung zukunftsfähiger Stadtkonzepte widmete. „Bei dieser Tagung wechseln sich Vorträge, Workshops und Diskussionen ab – wir wollen damit die Entwicklung von ganzheitlichen Konzepten für nachhaltige, ressourceneffiziente urbane Regionen vorantreiben“, meinte Hans Schnitzer, Professor am Institut für Prozess- und Partikeltechnik der TU Graz und wissenschaftlicher Koordinator der Tagung. „Interdisziplinärer Erfahrungsaustausch und das gemeinsame Diskutieren von Problemstellungen sind unverzichtbar wenn es darum geht, die Entwicklung einer intelligenten Urbanität zu beschleunigen“, so Schnitzer. „Tagungen wie diese geben uns für unsere Arbeit

Ideen und Inspiration: Durch den direkten, intensiven Austausch mit WissenschaftlerInnen, Unternehmen und Interessengruppen können wir unsere Förderprogramme noch zielgenauer formulieren“, so Theresia Vogel, Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds. Ein besonderer „Ritterschlag“ für die Tagung: Am 13. April nahm eine zehnköpfige ExpertInnengruppe aus den USA teil, unter anderem Vertreter der Stadtplanungsämter von Los Angeles, Atlanta und Chicago. Veranstalter wurden die „Smart Cities Days“ vom Klima- und Energiefonds und der TU Graz in Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie sowie der Wirtschaftskammer Österreich.

INFOS:

Konsortialführung:

Stadt Graz/Stadtbauverwaltung

ProjektpartnerInnen „Smart City Project Graz-Mitte“ (alphabetisch gereiht):

Alfen Consulting

AVL

DI Markus Pernthaler Architekt ZT GmbH

Energie Graz

Energie Steiermark AG

FIBAG

Holding Graz GmbH

SFL

Stadt Darmstadt

Stadt Zagreb

SOT – Süd-Ost-Treuhand

Technische Universität Graz

Verein LaborStadtGraz

Rückfragen:

Stadt Graz

Wolfgang Maget

Öffentlichkeitsarbeit der Stadtbauverwaltung

Tel.: 0316 / 872 3515

Mobil: 0664 / 60 872 3515

E-Mail: wolfgang.maget@stadt.graz.at

TU Graz

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Hans Schnitzer

Institut für Prozess- und Partikeltechnik

E-Mail: hans.schnitzer@tugraz.at

Tel.: 0316 / 873 7467

AUS DEM STÄDTEBUND

Innsbruck ist finanzkräftig und investitionsfreudig

Budgetüberschuss, große Investitionen ohne Kreditaufnahme, historisch niedriger Schuldenstand: „Eine Jahresrechnung, die viel Freude macht“, konnte Finanzreferentin Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer gemeinsam mit Finanzdirektor Josef Hörnler im Rahmen eines Hintergrundgesprächs am 10. April verkünden.

Niedriger Schuldenstand: Insgesamt ergibt sich im Haushaltsjahr 2011 ein Plus von 352.107,83 Euro, anstelle des budgetierten Abgangs von 4,49 Mio. Euro. Investitionen in Höhe von 52,2 Mio. Euro konnten getätigt werden und zwar ohne die Aufnahme von Darlehen, zur Gänze aus Eigenmitteln der Stadt.

„Der Schuldenstand bewegt sich auf einem historischen Tiefstand“, konnte die Bürgermeisterin zudem berichten. 14,29 Mio. Euro Gesamtschulden stehen Rücklagen von 19,43 Mio. Euro gegenüber. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist bei niedrigen 120,08 Euro angelangt (2010: 125,86 Euro). Auch nach den Maastricht-Konvergenz-Kriterien wurde für den Gesamthaushalt 2011 mit plus 2,5 Mio. Euro ein positives Ergebnis erwirtschaftet. „Innsbruck trägt damit zum gesamtstaatlichen Stabilitätspakt bei“, sagte Finanzdirektor Hörnler.

Neue Investitionen

„Die Stadt kann aus eigener Kraft in den nächsten Jahren Infrastruktur und Rahmenbedingungen für die Bevölkerung noch weiter verbessern“, erläuterte die Bürgermeisterin die Folgen des positiven Haushalts. Gleichzeitig dankte sie allen MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung für den diszi-

plinierten Umgang mit öffentlichen Geldern. Langfristiges und konsequentes Handeln und Denken bei der Budgetpolitik hätten sich bezahlt gemacht. So konnten 2011 im außerordentlichen Haushalt 52,2 Mio. Euro ohne Kreditaufnahmen investiert werden – z.B. in den öffentlichen Verkehr, den Umbau der Messe, Grund- und Gebäudeerwerb (etwa die Markthallengarage) oder die

Euro) stiegen auch im Jahr 2011. „Ein Zeichen der Wirtschaftskraft der Stadt“, so die Bürgermeisterin: „In den letzten Jahren ist in Innsbruck in den Bereichen Betriebsansiedlung und Arbeitsplätze viel weitergegangen.“ Einmal mehr sprach sich die Bürgermeisterin aber gegen die Einführung unüberlegter Gratis-Angebote aus: „Was heute gratis erscheint, ist morgen teuer. Zu-



Erfreulicher Jahresabschluss: Finanzreferentin Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Finanzdirektor Josef Hörnler bei der Präsentation der Budget-Ergebnisse 2011.

Errichtung der WUB-Trendsporthalle. „Die Stadt Innsbruck kann damit auch bei zukünftigen Infrastrukturprojekten, die gemeinsam mit Land und Bund verwirklicht werden, ihren eigenen Anteil leisten“, freute sich Bürgermeisterin Oppitz-Plörer über die Finanzkraft der Stadt. Dazu zählen etwa das Haus der Musik, das Frauenhaus, Pflegeheime, neue Kindergartengruppen, etc. Die Kommunalsteuereinnahmen (47,8 Mio.

künftige Generationen müssen dafür bezahlen.“ Die freie Finanzspitze – Ausdruck der finanziellen Leistungskraft einer Gemeinwirtschaft – liegt 2011 bei 13,4 Mio. Euro.

„Der Jahresabschluss 2011 ist ausgeglichen, bei hohem Investitionsniveau und Aufrechterhaltung des städtischen Finanzierungspotenzials für neue Projekte ohne Darlehensaufnahme“, resümierte Finanzdirektor Hörnler.

AUS DEM STÄDTEBUND

Stabilere Gemeindefinanzen – jedoch noch unter dem Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise

Nach den vorsichtigen Prognosen der vergangenen Jahre kann leichte Entwarnung gegeben werden. Die Gemeinden und Städte haben es durch konsequente Konsolidierung geschafft, die Gemeindehaushalte zu stabilisieren. Das geht aus der aktuellen Finanzprognose für Städte und Gemeinden hervor, die das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt.

Entwicklung 2007 bis 2011

Die laufenden Einnahmen stiegen in den letzten fünf Jahren um rund 1,4 Mrd. Euro, die laufenden Ausgaben um 1,7 Mrd. Euro. Auf der Einnahmenseite haben die Ertragsanteile um rund 650 Mio. Euro, die gemeindeeigenen Steuern um 260 Mio. Euro sowie die Gebühren um 170 Mio. Euro zugenommen. Auf der Ausgabenseite stiegen jene für das Personal um 460 Mio. Euro, für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 440 Mio. Euro und die Transfers an Träger des öffentlichen Rechts (insbesondere an die Länder) um 675 Mio. Euro. Der Anstieg der Ertragsanteile in diesem Zeitraum floss umgehend über die Transfers wieder an die Länder zurück. Die steigenden Anforderungen auf kommunaler Ebene (z.B. steigende Leistungen im Kinderbetreuungsbereich) konnten durch die gemeindeeigenen Steuern und Gebühren nur teilweise abgedeckt werden, sodass zwischen

2007 und 2011 der Überschuss der laufenden Gebärung um 0,3 Mrd. Euro von 1,6 auf 1,3 Mrd. Euro gesunken ist. Die Ertragskraft und damit auch das Investitionspotenzial der Gemeinden liegen nach der Wirtschaftskrise 2009 um rund 20 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Vorschau bis 2016

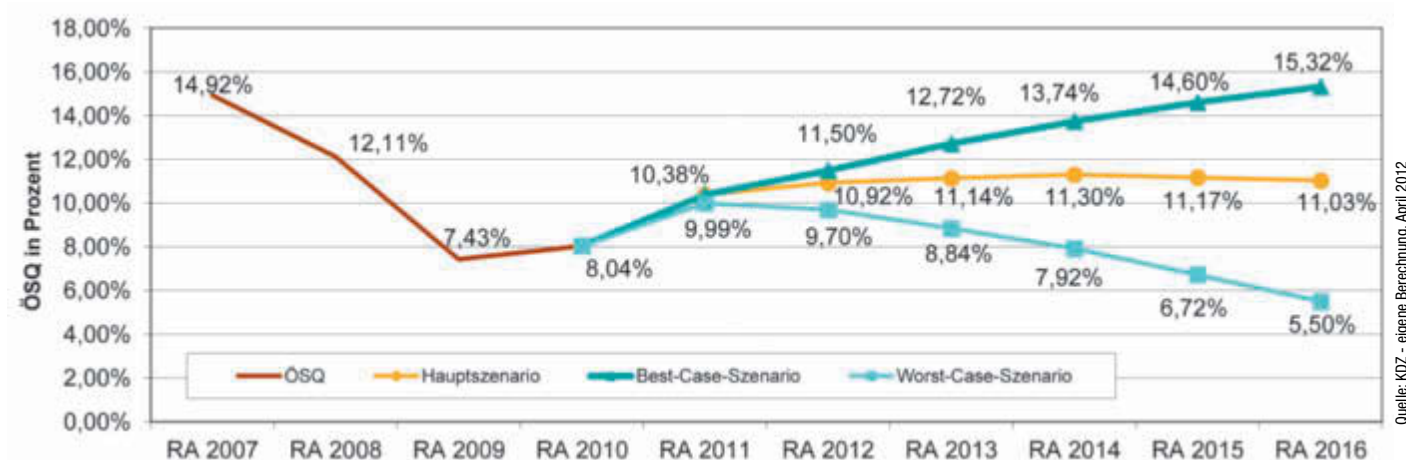
Für die nächsten Jahre werden folgende Veränderungen prognostiziert. Die Ertragsanteile sollten aufgrund des Konsolidierungspakets der Bundesregierung – trotz schwächerer Konjunkturentwicklung – zwischen 3,0 und 3,8 Prozent p.a. steigen. Bei den Personalaufwendungen wird aufgrund der zu erwartenden Gehaltsabschlüsse eine Zunahme von 1,0 bis 3,5 Prozent p.a. erwartet. Die Transfers an Träger des öffentlichen Rechts werden 2012, aufgrund der Wirkung des Pflegefonds, im Österreichschnitt voraussichtlich um 1,5 Prozent steigen, in den Folgejahren ist mit einer Zunahme von durchschnittlich 4,8 Prozent zu rechnen. Die gegenüber den letzten Jahren geringere Steigerung ist neben dem Pflegefonds auf geplante Reformen im Gesundheitsbereich durch die Länder zurückzuführen. Die Folge ist, dass bis 2016 die Ertragsanteile voraussichtlich um fast eine Mrd. Euro steigen werden, während die Transfers „nur“ um 750 Mio. Euro zunehmen. Folglich wird sich der Überschuss der laufenden Gebärung im Jahr 2016 auf rund 1,5 Mrd. Euro belaufen, in realen Werten (unter Be-

rücksichtigung der Geldentwertung von rund 25 Prozent zwischen 2007 bis 2016) wird der Überschuss (in Form der öffentlichen Sparquote) mit rund 11 Prozent in den nächsten Jahren jedoch weiterhin unter den Werten von 2007 (15 Prozent) und davor liegen. Es kann daher von einer Stabilisierung der Gemeindefinanzen gesprochen werden, jedoch wird der finanzielle Spielraum um ein Fünftel bis ein Viertel unter den Werten vor der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen.

Im Best-Case können wieder die Werte vor der Wirtschaftskrise erreicht werden. Dies erfordert jedoch Steigerungen der Ertragsanteile von mehr als 4 Prozent p.a. sowie eine Halbierung der Transferzuwächse im Vergleich zu den letzten Jahren, das wären maximal 3,5 Prozent p.a. Im Worst-Case gehen die Finanzspielräume weiter zurück. Dies kann dann eintreten, wenn die Ertragsanteile konjunkturbedingt um weniger als 3 Prozent p.a. steigen, sowie die Transfers an die Länder auch künftig um 6 Prozent p.a. zunehmen.

Resümee

Mit einem Überschuss der laufenden Gebärung von 1,4 bis 1,5 Mrd. Euro wird eine entsprechende Größe an Investitionen zu finanzieren sein, die jedoch real um rund 20 Prozent unter den Werten von 2007/2008 liegt. Von den Änderungen des Vorsteuerabzugs bei kommunalen Projekten sind Investitionen von jährlich rund 300 Mio. Euro



Übersicht 1: Entwicklung des Überschusses der laufenden Gebärung in Prozent der lfd. Ausgaben.

AUS DEM STÄDTEBUND



Übersicht 2: Anstieg zentraler kommunaler Einnahmen- und Ausgabengrößen 2007 bis 2016.

betroffen. Die Zahl der Abgangsgemeinden wird rückläufig sein, jedoch werden auch in den nächsten Jahren rund 30 Prozent der Gemeinden ihren ordentlichen Gemeindehaushalt ohne strukturelle Änderungen nicht ausgleichen können. Die Ursache liegt darin, dass die Transfers in der 10-Jahres-Perspektive stärker steigen als die Einnahmen aus eigenen Steuern und Ertragsantei-

len. Folglich besteht weiter ein Reform- und Konsolidierungsbedarf. Dies erfordert ein Forcieren der Strukturreformen auf kommunaler Ebene durch umfassende Kooperationen (5 Gemeinden = 1 Verwaltung) bis zu Fusionen. Mit der Schaffung größerer Verwaltungseinheiten auf kommunaler Ebene ist auch die Frage der Bezirksverwaltungsbehörden zu klären. Diese könnten

auch in die größeren kommunalen Einheiten integriert werden. Das Transfersystem – v.a. zwischen Ländern und Gemeinden – ist zu reformieren. Statt der Vielzahl der Transfers und der Vermischung von Lastenausgleich für die Länder mit gleichzeitigem Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden (derzeitige Praxis der Krankenanstalten- und Sozialhilfetransfers auf Basis der Finanzkraft), sollte ein einfacheres System geschaffen werden, das auch dem Transparenzgebot der Nachvollziehbarkeit der Transferlasten folgt. Dies erfordert einen Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden zum Ausgleich der Finanzkraft bis zu einer bestimmten Höhe (jedoch nicht auf 100 Prozent des Durchschnitts, wie es derzeit häufig die Praxis ist) sowie einen Lastenausgleich, mit dem sozio-demographische, geo- und topographische sowie zentralörtliche Lasten abgegolten werden.

Mag. Peter Biwald, Mag. Manuel Köfel,
KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation**.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand – für die öffentliche Hand – informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551 oder wolfgang.viehauser@hyponoe.at

**HYPO NOE
GRUPPE**

WERBUNG



29 Gemeinden. Ein Lebensraum

Bei einem Flug übers Rheintal oder von einem Berggipfel betrachtet – und sei es auch nur ein Luftbild – kann man verschiedenste Dinge erkennen: die Siedlungsgebiete, je nach Flughöhe einzelne Gebäude, Straßen, die Eisenbahn, Gewässer, freie Flächen und vieles mehr.

Eines wird der Betrachter oder die Betrachterin jedoch nie erkennen: Die Gemeindegrenzen, Bezirks- und Landesgrenzen und sogar die Staatsgrenzen. Sie sind in der Natur nicht sichtbar. Man wird das Rheintal vielmehr als einen Raum ohne Grenzen, als einen Lebensraum wahrnehmen. Und genau dies ist das zentrale Ziel von Vision Rheintal. Die gesamte Region als einen Lebensraum zu erkennen und zum gemeinsamen Planungs- und Gestaltungsraum zu machen.

Ein Tal im Wandel

Das Vorarlberger Rheintal hat in den letzten 50 Jahren einen massiven Wandel erlebt. Die Bevölkerung ist von 140.000 EW auf ca. 240.000 EW angewachsen. In keiner anderen Region in Österreich gibt es eine vergleichbar starke Entwicklung in diesem Zeitraum. Das starke Bevölkerungswachstum schlägt sich auch in der Siedlungsentwicklung nieder. Die Zahl der Gebäude hat sich nahezu verdreifacht (1960: 19.096, 2001: 53.294). Die bebauten Flächen haben sich verachtfacht(!). Aus 29 verstreuten und durch ausgeprägte Freiräume von einander getrennte Gemeinden und „Städte“ ist ein nahezu geschlossenes Siedlungsband von Bregenz bis Feldkirch

entstanden. Ein noch stärkeres Ausufern der Siedlungsränder in die Grünbereiche konnte nur durch starkes Gegensteuern der Regionalplanung verhindert werden. Trotzdem ist das Verlassen bzw. der Eintritt in eine Gemeinde heute zumeist nur noch an den Ortsschildern erkennbar.

Doch nicht nur durch die Ausweitung der Siedlungsbereiche ist das Rheintal zusammengewachsen. 1971 wurde das erste Teilstück der Rheintalautobahn eröffnet, dem die weiteren Abschnitte sukzessive folgten. Auch der zweigleisige Ausbau der Eisenbahn fällt in den Betrachtungszeitraum. Der PKW-Bestand hat seit 1960 um den Faktor 13 zugenommen, das Angebot im öffentlichen Verkehr hat sich vervielfacht. Bedingt durch die stark erhöhte Mobilität ist es heute längst nicht mehr so, dass alle Bedürfnisse in der Wohngemeinde gedeckt werden. So wie sich verschiedenste wichtige Einrichtungen im Vorarlberger Rheintal (polyzentrisch) auf viele Standorte und Gemeinden aufteilen, nutzen wir das Rheintal heute als Ganzes.

Wir wohnen im Grünen, arbeiten im Businesspark der Nachbargemeinde, nutzen die Kulturangebote in einer weiteren Gemeinde uvm. Eindrücklich zeigt dies die PendlerInnenstatistik. Im Jahr 2001 pendelten von den 110.000 Beschäftigten rund 50% zur Arbeit in eine andere Gemeinde. Einprägsam auch das Ergebnis einer Befragung von 335 jugendlichen Burschen und Mädchen.

Befragt nach ihrem Wohn- und Lieblingsort, haben rund 40 Prozent ihren Lieblingsort nicht innerhalb ihrer eigenen Gemeinde. Interessanterweise war es ein

Hochhausprojekt, das im Jahr 2000 der regionalplanerischen Diskussion im Vorarlberger Rheintal einen wichtigen Impuls gab. Am Ortsrand von Lustenau sollte mit 23 Etagen und 83 Metern Höhe das bisher höchste Hochhaus in Vorarlberg errichtet werden. Es folgte eine in der Öffentlichkeit breit geführte Auseinandersetzung bezüglich der Höhenentwicklung von Gebäuden. Gekoppelt mit der Erkenntnis, dass sich eine regionale Betrachtung nicht nur auf die Höhenentwicklung beschränken kann, sondern den gesamten Bereich der Raumplanung umfassen sollte, zeigten sich langsam erste Konturen des Prozesses Vision Rheintal. Es folgte im Jahr 2003 eine Befragung von 89 „Schlüsselpersonen“. Ziel dieser Befragung war es, die „Meinungsausgangslage“ zu sondieren. Als Ergebnis zeigte sich, dass die Zeit reif war, eine breit angelegte öffentliche Diskussion über die Zukunft des Rheintals zu führen. Die Initialverantwortung wurde dabei beim Land Vorarlberg gesehen. Es zeigte sich weiters, dass die Vision sowohl auf der Ebene des gesamten Rheintals im Hinblick auf den Wettbewerb mit anderen Standortregionen zu entwickeln wäre, wie auch im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit der „zusammengewachsenen“ 29 Vorarlberger Rheintalgemeinden.

Von der Idee zum Leitbild

Nach weiteren vertiefenden Vorbereitungen startete im Mai 2004 der Leitbildprozess Vision Rheintal. In den folgenden zwei Jahren sollte ein Leitbild zur räumlichen Entwicklung und regionalen Kooperation entwickelt werden. Dieser Prozess

konnte im Sommer 2006 erfolgreich abgeschlossen und die Ziele, Leitsätze und Leitbilder der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Kernaussagen des Leitbildes zeigen das Rheintal der Zukunft als eine Region, in der

- wichtige Einrichtungen der Bereiche Wirtschaft, Kultur, Bildung, Konsum, Freizeit und Verwaltung im Sinne einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung auf verschiedene Standorte aufgeteilt (Polyzentrik) werden,
- die Siedlungsränder gehalten werden und strukturierte und qualitativolle Siedlungsentwicklung nach innen erfolgt,
- die Erschließung insbesondere mit öffentlichen Verkehrsmitteln entscheidend dafür ist, wo welche Formen des Wohnens und Wirtschaftens stattfinden,
- Freiräume zu einem grünen Netz für Landwirtschaft, Ökologie und Freizeit vernetzt sind und

• hochwertige Wirtschaftsstandorte für innovative Produktionsunternehmen gesichert werden. Die inhaltliche Bearbeitung erfolgte schwerpunktmäßig durch Fachteams. Ergänzt wurde die Bearbeitung durch eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung. Insgesamt haben über 800 BürgerInnen, ExpertInnen, Gemeinde- und LandespolitikerInnen und viele andere aktiv an diesem offenen Planungsprozess mitgearbeitet. Zahlreiche Möglichkeiten wurden dazu angeboten: Rheintal-Foren, Planungswerkstätten, Think Tanks, etc. gaben die Möglichkeit zu detaillierter Information und Diskussion, aber auch zur Erarbeitung von Zukunftsbildern und Visionen. Exkursionen eröffneten die Chance zur Auseinandersetzung mit erfolgreichen Projekten im In- und Ausland. Und in vielen Infoveranstaltungen in Gemeinden, bei diversen Interessengruppen, Vereinen, etc. wurde über Zwischenergebnisse infor-

miert und wiederum viel Platz für Gespräch und Meinungsaustausch gegeben. Diese von einer breiten Öffentlichkeit getragene Vision Rheintal-Diskussion war dann auch ausschlaggebend dafür, dass sich bereits im Frühjahr 2006 abzeichnete, dass der Prozess Vision Rheintal weitergeführt werden musste. Die Leitsätze und Leitbilder sollten nun konkretisiert und umgesetzt werden. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die offizielle Kenntnisnahme des Leitbildes durch das Land Vorarlberg. Den entsprechenden Beschluss fasste die Landesregierung am 12. September 2006. Die Gemeinde Zwischenwasser hatte einen ähnlichen Beschluss bereits vor dem offiziellen Erscheinen des Leitbildes im Mai 2006 gefasst, die meisten übrigen Gemeinden folgten im Herbst 2006 bis Frühjahr 2007.

Martin Assmann, Vision Rheintal



HUSQVARNA 535 RX
Mit umweltfreundlichem X-Torq® Motor und umfangreichem Zubehör wie Trimmer, Dickichtmesser, Kombischutz und Balance 35 Gurt. 2,2 PS / 1,6 kW, 6,1 kg.

HUSQVARNA MOTORSSENSE 535 RX

Die Husqvarna 535 RX mit X-Torq® verbindet Leistung, Ergonomie und Funktionalität. Gleichzeitig ist sie robust und zeichnet sich durch eine lange Lebensdauer aus. Ihre leichte Bedienbarkeit, das ergonomische Design und die effektiven Vibrationselemente machen sie zum idealen Gerät für lange Arbeitseinsätze. Mit der 535 RX stellen Sie sicher, dass Sie ein Ergebnis erzielen, auf das Sie stolz sein können. www.husqvarna.at



35. Bericht über den Föderalismus in Österreich (2010)

Autor: Institut für Föderalismus - Innsbruck

Verlag: Wilhelm Braumüller Universitäts- Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.

Preis: € 46,00, 384 Seiten, broschiert, ISBN: 978-3-7003-1829-3

Das Institut für Föderalismus ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg sowie Oberösterreich. Der 35. Bericht über den Föderalismus in Österreich umfasst das Jahr 2010.

Im Hinblick auf das auch für den Föderalismus charakteristische Subsidiaritätsprinzip sowie wegen ihrer Bedeutung für Staat und Gesellschaft finden darüber hinaus auch die Städte und Gemeinden Berücksichtigung. Diese beschränken sich im wesentlichen jedoch auf die Aktivitäten des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes sowie auf die Besprechung relevanter Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes. Die finanziellen Beziehungen der Gebietskörperschaften im Jahre 2012 waren von den massiven Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet, die zu einer Zunahme der Neuverschuldung führten. Deshalb waren die begonnenen Verhandlungen über den neuen Österreichischen Stabilitätspakt von besonderem Interesse. Der Bericht stellt die Auswirkungen des FAG 2008 auf die Haushalte der Gebietskörperschaften sowie die Neugestaltung des Glücksspielwesens dar und behandelt das Budgetbegleitgesetz 2011. Neuerungen im Bundesverfassungsrecht wurden durch drei Novellen des Bundes-Verfassungsgesetzes, zwei Bundesverfassungsgesetze sowie drei einfache Bundesgesetze, die insgesamt 21 Verfassungsbestimmungen enthalten, vorgenommen. Von besonderer Bedeutung dabei waren die Lissabon-Begleitnovelle und die Ausweitung der Prüfkompetenzen der Rechnungshöfe auch auf kleinere Gemeinden. Im Bericht werden weiters wichtige Gesetze des Bundes und der Länder besprochen und die Einbindung der Länder in den Gesetzgebungsprozess des Bundes (Mitwirkung des Bundesrates, Begutachtungsverfahren und Konsultationsmechanismus) beleuchtet. Dargestellt werden föderalistisch

wichtige Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes und Urteile des Europäischen Gerichtshofes; es wird auf die gut funktionierende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften eingegangen, und die zahlreichen grenzüberschreitenden Kontakte der österreichischen Länder und die Tätigkeit der Europaregionen dargestellt.

Johannes Schmid

Kapitalmarkt unter Druck – und die Rolle der Ratingagenturen

Autor: Dr. Hannes Jarolim

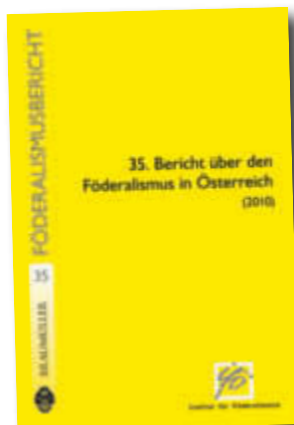
Verlag: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG, Wien

Preis: € 22,00, 72 Seiten, broschiert, ISBN: 978-3-7007-5159-4

Die Enquete „Kapitalmarkt unter Druck und die Rolle der Ratingagenturen“ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dialog im Parlament“ beleuchtete unter hochkarätiger Besetzung die Rolle der Ratingagenturen und deren Bewertungen im Rahmen der gegenwärtigen Krise im Kapitalmarkt. Bis vor Kurzem war es eine Selbstverständlichkeit, dass Unternehmen „geratet“ werden. Keine Selbstverständlichkeit war es allerdings, dass auch Staaten geratet werden sollen bzw. schlicht werden und hier plötzlich große Probleme bekommen können. Den daran anknüpfenden Fragen sind prominente Expertinnen und Experten aus Theorie und Praxis nachgegangen. Der Bogen wurde dabei weitgespannt, von Ausführungen zur generellen Systemkrise des Kapitalmarkts, den rechtlichen Rahmenbedingungen von Ratings bis hin zur operativen Bedeutung der Ratingagenturen für die Finanzmarktaufsicht und den Bankensektor. Ebenso wurden aktuelle europäische Vorhaben dargestellt und abschließend die künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit Ratingagenturen erläutert.

Jeder weiß, dass es diese Agenturen gibt, viele jedoch nicht, wie sie funktionieren, wem sie gehören und nach welchem Regime sie aufgebaut sind. Weitere Fragen, die in dieser Enquete behandelt wurden, sind folgende: Sollen Staaten tatsächlich geratet werden und wenn ja, wie kann so etwas überhaupt funktionieren? Kann man Staaten mit Unternehmen vergleichen und welche Möglichkeiten gibt es, hier Transparenz zu schaffen? Ist die Ratingagentur das geeignete Mittel zur Beurteilung von Staaten, bieten sie die hierfür enorm wichtige Zuverlässigkeit und Objektivität, und wie ist es dann erklärbar, dass etwa die Kapitalmarktkrise in den USA ausgehend vom dortigen Bereich des Immobiliensektors viel zu spät bzw. überhaupt nicht von den Ratingagenturen erkannt wurde?

Johannes Schmid



AUSSCHÜSSE, SITZUNGEN UND TAGUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN STÄDTEBUNDES FINDEN SIE UNTER:

<http://www.staedtebund.gv.at/services/termine>

Neue Effizienz auf vier Rädern – die Husqvarna P 500 Rider für komplexe Großflächen

Die drei neuen Modelle der P 500-Serie setzen Standards im Segment der Aufsitzmäher mit Frontmäherwerk (Rider) hinsichtlich Beweglichkeit und Handhabung. Das Trio (P 524, P 520D und P 525D) ist einfach zu bedienen und bietet einige Features. Das Combi-Mähdeck ermöglicht Mulchen und Heckauswurf. Das kompakte Design und die praktische Hinterachslenkung mit dynamischer Gewichtsübertragung sorgen für hohe Wendigkeit und einen außergewöhnlich kleinen Wendekreis, der vor allem auf schwierigem Gelände mit vielen Hindernissen von Vorteil ist. Durch das randnahe Mähen werden Nacharbeiten mit Trimmern oder Schiebemähern deutlich reduziert. Ein weiteres Plus sind die Vibrations- und Lärmdämpfung sowie die optimierten Fußpedale und der Steuerhebel. Mit dem dieselmotriebenen P 525D erschließt Husqvarna die höchste Leistungsklasse der kommunalen Rasen- und Grünflächenpflege



Das kennzeichnet den Husqvarna Rider P 525D:

- Das größte und leistungsstärkste Modell der Husqvarna P 500-Serie für den ganzjährigen Einsatz.
- Ausgerüstet mit der einzigartigen Husqvarna „Hundeknochen“-Hinterachslenkung, die die Nacharbeit mit einem Trimmer minimiert.
- Eine extrem stabile Fahrlage dank eines niedrigen Schwerpunkts, Allradantrieb und einem kompakten Maschinendesign.
- Eine große Auswahl an Zubehör, zum Beispiel: Fahrerkabine, Schneeschild, Kehrmaschine, Schlegelmäher und vieles mehr.

WERBUNG

FINANZEN

Zwischenabrechnung (ZWAR) 2011¹⁾

(Beträge in 1.000 Euro)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	ZWAR 2011	ZWAR 2010	Differenz
	in 1.000 Euro	in 1.000 Euro	in 1.000 Euro
Burgenland	1.817	1.066	751
Kärnten	5.454	746	4.708
Niederösterreich	10.700	6.260	4.440
Oberösterreich	10.112	6.117	3.995
Salzburg	3.162	4.077	-915
Steiermark	7.663	6.389	1.274
Tirol	7.346	2.643	4.703
Vorarlberg	2.800	2.806	-6
Wien	17.983	16.444	1.539
Summe	67.037	46.548	20.489

¹⁾ Differenzzahlung an Gemeinden, die sich durch Gegenüberstellung der erhaltenen Vorschüsse mit dem tatsächlichen Steueraufkommen ergibt



Ertragsanteilsvorschüsse für April 2012

(Beträge in 1.000 Euro)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 04/2012 ¹⁾	Veränderung ggü. 04/2011	Ertrag für 01-04/2012	Veränderung ggü. 01-04/2011
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	5.130.628	5,0%	24.176.107	5,5%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	581.027	-0,2%	1.474.424	-6,0%
Lohnsteuer	1.721.467	5,8%	7.656.230	6,6%
Körperschaftsteuer	1.010.967	16,6%	2.370.783	10,6%
Umsatzsteuer	2.318.705	1,9%	8.395.930	3,2%
Mineralölsteuer	291.718	22,6%	1.391.823	10,7%
GBA mit speziellen Schlüsseln	1.628.913	10,2%	622.353	9,5%
davon:				
Bodenwertabgabe	11.796	3,3%	2.523	0,2%
Werbeabgabe	96.086	4,6%	42.908	-2,2%
Grunderwerbsteuer	756.400	18,9%	284.847	18,2%
GBA gesamt	6.759.540	5,2%	24.798.461	5,6%
¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats				

b) Gemeindeertragsanteile				
	Vorschuss für 04/2012	Veränderung ggü. 04/2011 ²⁾	Vorschuss für 01-04/2012	Veränderung ggü. 01-04/2011 ²⁾
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
Burgenland	20.297	1,5%	75.760	3,5%
Kärnten	49.701	4,9%	185.251	5,3%
Niederösterreich	129.930	3,9%	480.918	3,9%
Oberösterreich	125.912	4,0%	463.603	4,6%
Salzburg	53.911	0,9%	200.898	2,9%
Steiermark	101.658	5,4%	374.090	4,2%
Tirol	68.771	6,1%	256.283	6,7%
Vorarlberg	36.843	7,2%	136.073	5,3%
Wien	208.293	6,7%	772.685	7,2%
Summe	795.316	5,0%	2.945.561	5,2%

²⁾ der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt gegeben, da ab 2012 von den Gemeindeertragsanteilen ein Vorwegabzug für den Gemeindeanteil am Pflegegeld einbehalten wird



WIR TRANSPORTIEREN

DEN STROM DER ZUKUNFT

Die **Austrian Power Grid AG** ist der unabhängige Übertragungsnetzbetreiber Österreichs und für das heimische Übertragungsnetz auf der Höchstspannungsebene verantwortlich. Das APG-Netz erstreckt sich auf einer Trassenlänge von etwa 3.500 km, welches das Unternehmen mit einem Team von 450 Spezialistinnen und Spezialisten betreibt, instand hält und laufend den steigenden Anforderungen seitens Wirtschaft und Gesellschaft anpasst. Nur ein leistungsfähiges Übertragungsnetz macht es möglich, Strom aus erneuerbaren Energien in die europäische und die heimische Stromversorgung einzubinden und so die **Energiewende** zu verwirklichen.

APG macht Energiezukunft möglich.

Leben. Vor dem Raum kommt das



Zukunft gemeinsam gestalten.

Die PRISMA Unternehmensgruppe entwickelt das klassische Verständnis von Handels-, Gewerbe- und Wohngebieten zu sich wechselseitig befruchtenden Arbeits-, Lebens- und Stadträumen weiter. Alle Standortentwicklungen werden auf regional verträglicher Basis und einem umfassenden Nachhaltigkeitsansatz vorgenommen. Die Tätigkeitsfelder liegen in der aktiven Gestaltung von Dorf-, Stadtteil- und Stadtentwicklungsprojekten sowie der Entwicklung, Umsetzung und langfristigen Führung von Impulsstandorten für Innovationen, Technologie und Kreativität. Kooperative, langfristig angelegte und regional abgestimmte Investoren und Public-Private-Partnership Modelle bilden dafür eine gute Basis.